

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Donnerstag, den 31. Januar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
Einzeln Nummern 5 Pf. Sonntags-
Nummer mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnent: 1,10 Mark pro Monat,
eingetragen in der Post-Zeitungs-
Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7671.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingungen

Betrifft für die sozialpolitische Kolonne
alle oder deren Raum 40 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg.
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
(nur das erste Wort frei). Insetate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Mit dem 1. Februar 1901 eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden
Unterhaltungsblatt
und der Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Der im Unterhaltungsblatt bisher erschienene Teil des Romans
„Der Raftl vom Hollerbräu“
wird neu eintretenden Abonnenten kostenlos nachgeliefert.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungsverleger
sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum
monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für das übrige Deutschland nehmen sämtliche Post-
anstalten Bestellungen zum Preise von

1 Mark 10 Pfennig pro Monat

(ausschließlich Bestellgeld, 14 Pfennig pro Monat) entgegen. (Ein-
getragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 7671.)

In Belgien, Dänemark, England, Frankreich,
Holland, Italien, Luxemburg, Oesterreich-Ungarn,
Rumänien, Schweden, in der Schweiz, in Spanien und
Portugal, den Vereinigten Staaten von Nord-
amerika und andern zum Weltpostverein gehörenden
außereuropäischen Ländern kann der „Vorwärts“ gleichfalls bei der
Post bestellt werden.

Unter Kreuzband direkt von der Expedition bezogen kostet der
„Vorwärts“ pro Monat 2 Mark innerhalb Deutschlands und
Oesterreich-Ungarns, im Ausland 3 Mark pränumerando.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Das Reichsamt gegen Socialpolitik.

Zwölf Tage lang hat das Reichsamt des Innern im
Reichstage auf der Anlagebank gefesselt; die Wirtschaft,
die unter des Grafen Posadowsky Leitung eingegriffen ist,
forderte ebenso eine eingehende Kritik und Zurückweisung, wie
die zahlreichen Unterlassungssünden auf dem Gebiete der
Socialreform öffentlich festgenagelt werden mußten. Hilft
dies nichts bei den Vertretern der Herrschaft der besitzenden
Klasse, so zeigt es doch der hilflosen Klasse, der Arbeiterschaft,
wie berechtigt und notwendig ihre Opposition gegen das ganze
bestehende System ist und wie sie ihren Ansturm noch immer
stärker werden lassen muß, wenn er das feste Bollwerk des
Kapitalismus erschüttern soll.

Ein großer Teil der Debatte beschäftigte sich mit dem
drohenden Brotwucher. Die wohlwollende Stellung, die
Graf Posadowsky den Agrariern gegenüber einnimmt, brachte
ihm zur Belohnung die lebhafteste Verteidigung seines social-
politischen Geheimbunds mit den industriellen Hochschul-
zöllnern — eine Hand wäscht die andre und je weniger rein
alle beide sind, um so eifriger werden sie sich gegenseitig zu
säubern bemühen. Das arbeitende Volk weiß schon lange,
daß sich Graf Posadowsky als Schuttpatron der Brotverteuerer
in seinem Element fühlt. Er soll auf diesem Gebiete sowohl
selbst wie durch seine Hülfsträfte außerordentlich fleißig gewesen
sein — die Schutzzöllner haben ihm dies Zeugnis wiederholt aus-
gestellt. Plump und ungeachtet wie stets hat Dr. Dertel sogar
ganz offen ausgesprochen, daß die Agrarier für ihre Unter-
stützung des Grafen Posadowsky bei seinem Kampfe gegen
die Bestrebungen der Arbeiter auch auf prompte Bezahlung
durch Erhöhung des Brotzolls rechnen, denn Dr. Dertel sagte,
nachdem er die Lichtigkeit, große Sachkenntnis und Lauter-
keit Posadowskys herausgestrichen, „daß wir (die Agrarier)
auf diese Eigenschaft die Hoffnung gründen, daß er die be-
rechtigten Forderungen, die wir vertreten, seinerseits
unterstützen werde.“

Graf Posadowsky spielte bei den Verhandlungen
eine armselige Rolle. Als ihn Genosse Fischer wegen des
Bued-Briefes Nr. 1 in die Enge trieb und ihm seine
feindselige Stellung gegen die Arbeiterkoalition vorhielt,
flüchtete er sich in die Heimlichkeit der Bundesrats-
Verhandlungen und erklärte es mit dem ihm eignen
schönen Pathos für einen staatsrechtlichen Irrtum,
daß er der Schuldige sei, wenn irgend eine gesetzgeberische
Action nicht unseren Ansprüchen genüge: er habe ja nur die
Ansichten der verbündeten Regierungen zu vertreten. Ja,
auch für die berüchtigte Denkschrift zum Fuchthausgesetz suchte
er Deckung hinter dem Rücken des Bundesrats. „Wenn das
Material (der Denkschrift) unzutreffend war“, erklärte er,
„müssen Sie sich gefälligst an die Regierungen wenden, die
das Material geliefert haben“. Daß er, der dem Reichstage
verantwortliche Staatssekretär, diese Denkschrift mit seinem
Namen zu decken verpflichtet ist, wenn auch formell der
Reichskanzler zeichnet: das anzuerkennen, unterließ er. Und
als er sah, daß ihm das alles nichts half, seine schwächliche

Stellung zu rechtfertigen, suchte er sich wenigstens als eine
zuverlässige, treue Stütze des Staats zu empfehlen, indem
er den später von unsren Rednern gebührend gezeigten
Ausdruck that:

„Wenn jemals, was Gott verhüten möge, an dieser Stelle
ein Mann stände, der das Lob und die Billigung des Abg. Fischer
hätte, dann würde es nicht nur um die Existenz der bürgerlichen
Parteien, sondern auch um die Existenz des Deutschen Reichs
gehen sein!“

Graf Posadowsky als Schutz und Schirm des Deutschen
Reichs — es sähe doch trübe aus, wenn es keinen besseren
Sachwalter hätte.

Bei der Bäckerei-Verordnung freilich mußte sich
Graf Posadowsky einen sanften Klüffel seitens des Schutz-
heiligen der Bäckermeister, Dr. Dertel, gefallen lassen, weil
dieses „Enkelkind des Abg. Vebel“, wie er es nannte, nicht
so rasch wieder beseitigt wird, wie die Bäckermeister wünschen.
Aber Posadowsky wird sich gewiß nicht noch einmal sagen
lassen, daß er die braven Bäckermeister beunruhigt — übers
Jahr ist die Bäckerei-Verordnung sicher rückwärts revidiert,
wenn nicht die Bäckerei-Arbeiter ganz energisch auf dem
Posten sind.

Die Lage Durchführung der Gewerbe-Auf-
sicht mußte von unsren Fraktionsrednern, so wie stets, ge-
tadelt werden, nur daß sich von Jahr zu Jahr immer mehr
zeigt, daß Sachsen und Preußen diejenigen Staaten sind,
die sich am rückständigsten zeigen, während Süddeutschland
durch unsre Genossen in den Landtagen zu immer besserer
Organisation der Gewerbeaufsicht angetrieben wird. Lehnen
es doch in Preußen und Sachsen die meisten Beamten ab, mit
den Arbeiterorganisationen in Verbindung zu treten, während
in Bayern, Baden, Württemberg, Hessen und andren mittel-
und süddeutschen Staaten die Beamten in ständigem, regem
Verkehr mit den Gewerkschaftskartellen und Beschwerdefom-
missionen stehen. Die niedrigen Strafen, welche die Gerichte
über die wenigen Arbeitgeber verhängen, die wirklich einmal
bei ihren Uebertretungen der Gewerbeordnung erwischt werden,
wirken ohnehin wie eine Prämie auf Nichtachtung des Arbeiter-
schutzes.

Mit vollem Recht wurde während der Debatte von unsrer
Seite darauf hingewiesen, daß allerdings Graf Posadowsky
insofern eine Entschuldigung für seine lahme Durchführung
des Arbeiterschutzes und den Stillstand der Socialreform hat,
als die den Reichstag beherrschende Partei, das Centrum,
sich so möglich, so zurückhaltend zeigt, daß es als mit-
verantwortlich für den mangelnden Arbeiterschutz be-
zeichnet werden muß. Es bedarf von Beweise dafür nur,
den Ausdruck des Abg. Ditzel festzusetzen, den er am
15. Januar that. Er regte an, für die nächstjährige Berichter-
stattung die zehnjährige Wirksamkeit der Arbeiterschutz-
Gesetzgebung als Specialthema von den Gewerbe-Aufsichts-
beamten behandeln zu lassen. Und dann gab er wörtlich
folgende Anweisung, wie diese Berichterstattung abzufassen sei:

„Wir würden wahrscheinlich eine glänzende Apologie
(Verherrlichung) unsrer deutschen Arbeiterpolitik erhalten.“

Das sagte Herr Dr. Ditzel in vollem Ernst — und das
genügt, um die Stellung des Centrums zur Socialreform zu
kennzeichnen.

Und auf wie viel Unterlassungssünden, wie viel Miß-
griffe der Regierungen mußte von unsren Rednern hingewiesen
werden! Da ist die undenkliche Art, wie Enquêtes ver-
anstaltet werden, bei denen geradezu geflüstert die Arbeiter
keine Berücksichtigung finden, dann das Hinziehen längst ver-
sprochener, dringend notwendiger Verordnungen, die den
Arbeiterschutz erweitern; ferner das völlige Einschließen der
Kommission für Arbeiterstatistik, die fast gar nicht mehr zu-
sammenberufen wird, obwohl so viele Arbeiterkategorien unter
Mißständen leiden, die mit leichter Mühe zu beseitigen wären.
Gerodeten wollen wir noch aus der Fülle der Verhandlungs-
gegenstände, bei denen die Regierung um Abänderung der
vorhandenen traurigen Verhältnisse erucht wurde, das Verbot
der Fabrication von Zündhölzern mit weißem Phosphor, das
von unsrer Fraktion in einem später zu verhandelnden be-
sonderen Antrag gefordert wird und schon jetzt mehrfach be-
sprochen wurde, ferner die Unwirksamkeit der Konfektions-
arbeiter-Verordnung von 1897, die Unzulänglichkeit und das
meist gänzliche Fehlen des Bauarbeiterschutzes, die willkürliche
Rechtsbeugung seitens der Unternehmer bezüglich des § 616
des Bürgerlichen Gesetzbuchs und die geheime Kennzeichnung
der Arbeiterzeugnisse, sowie die für die Arbeiter immer
ungünstiger werdende Rechtsprechung bei Unfällen, die
gesundheitsmörderischen Zustände in der Spielwaren-
fabrication, den Ziegeleien, den Steinbrüchen und Steinmetz-
werkstätten.

Graf Posadowsky war ebenso wie die Mehrheit des
Reichstags nicht etwa dankbar für diese zahlreichen An-
regungen, die unsre Fraktion ihm gab, sondern man merkte
deutlich, wie er gleich den reaktionären Parteien es als ein
lästiges Uebel empfand, daß über Socialpolitik so viel ge-
sprochen wurde. Das Unternehmertum will seine Ruhe haben
und Graf Posadowsky betrachtet es als seine Aufgabe, dafür
zu sorgen! Wied triumphiert! Was er in dem jetzt bekannt
gewordenen Brief vom 1896 ankündigte, ist in Erfüllung ge-
gangen: der Centralverband der Schürfmacher hat nicht nur
den Minister Verlepsch, sondern die ganze Socialreform klein
bekommen. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Januar.

Der Reichstag

Beschäftigte sich an seinem heutigen Schwertstage mit den
drei Anträgen zur Wohnungsreform, deren Diskussion vor
acht Tagen bereits erledigt worden ist. Nur die Antragsteller
selber hatten noch das Schlusswort. Namens der National-
liberalen erklärte Abg. Müller, daß der socialdemokratische
Antrag durch die Erklärung des Grafen Posadowsky aus-
sichtslos geworden sei. Er hielt es für gut, wenn eine be-
ständige Kommission, die dem Reichsamt des Innern an-
zugliedern sei, sich mit der Wohnungsreform beschäftige.
Unser Antrag verteidigte Genosse Dreesbach in einer
längeren Rede, in der er die unverständliche Haltung der
Reichsregierung in der Wohnungsfrage scharf kritisierte. Er
fragte an, ob denn der Einheitsstaat nur zur Beschaffung un-
gezählter Millionen für Heer und Marine da sei, aber versage,
wenn es sich um allgemeine Wohlfahrts-Einrichtungen handle. Der
Reichskanzler will die Wohnungsreform zur Sache der Landtage
und der Kommunen machen. Unser Redner erinnerte daran,
daß diese Vertretungen ihrer ganzen Zusammensetzung nach
nicht dazu angethan seien, wirksame Reformen zur Milderung
des Wohnungsleids zu schaffen. Nachdem der süddeutsche
Volksparteiler Baumeister Eckart den Antrag Schrader kurz
verteidigt hatte, wurde unter Ablehnung unsres Antrags der
Antrag der Nationalliberalen gegen die Stimmen der Konser-
vativen und Charakteristischerweise auch der Freisinnigen an-
genommen.

Dann wandte sich die Beratung einem Initiativantrage
der freisinnigen Volkspartei zur Aufhebung der Theater-
censur zu. Danach soll der § 32 in der Gewerbe-Ordnung
einen Zusatz erhalten, wonach für die theatralischen Vor-
stellungen sowohl für die einzelnen Einzelspiele wie Gesangs-
und declamatorische Vorträge u. eine vorläufige Erlaubnis-
nicht erforderlich sein soll. Das soll auch für die nicht
gewerbsmäßigen Veranstaltungen derartiger Vorstellungen
gelten.

Der Amtsrichter Müller-Weiningen, der schon bei
der lex Heinze sich durch eine entschiedene Abwehr aller
reaktionären Anbelagerungsversuche der Kunst bemerkbar gemacht
hatte, verteidigte diesen Antrag in einer trefflichen Rede.
Zwar waren die Beispiele, die er für die Thorheit der Theater-
censoren anführte, nicht neu, aber in ihrer Zusammenstellung
außerordentlich wirksam, so wirksam, daß der neben dem
Redner sitzende Geheimrat Berner, der von seiner Nervosität
schon bei der Verteidigung des Inhaltsverzeichnis der
Fabrikinspektoren-Berichte gegen die socialdemokratische Kritik
Proben abgelegt hatte, beständig Zwischenbemerkungen machte,
die schließlich den Tadel des Präsidenten hervorriefen.

Für die Censur eiferte der fromme Konfistorialrat
Stoßmann von der Reichspartei in einer selbst für das
Kulturmilieu der Freikonservativen blamablen Rede. —
Danach verlagte sich das Haus. — Morgen wird die zweite
Lesung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt. —

Das Abgeordnetenhaus

hat am Mittwoch das Ordinarium des Etats der landwirtschaftlichen
Verwaltung genehmigt. Die Debatte drehte sich in der Hauptsache
um die Fragen der Organisation der General-
kommissionen und der Reform des Wasserrechts.
Zu der ersten Frage lag ein Antrag Gerold (C.) vor, die
Regierung zu ersuchen, eine Umgestaltung der Generalkommissionen
nach der Richtung herbeizuführen, daß dem Laien-Element bei der
Beschlussfassung in den verschiedenen Instanzen eine angemessene
Mitwirkung zugewiesen und die Zuständigkeit den allgemeinen
Staatsverwaltungsbehörden gegenüber anderweit geregelt wird
sowie eine Ausbildung der Generalkommissionen zu Agrar-
gerichten in Erwägung zu nehmen. Der Antrag wurde
einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Zu der
Frage des Wasserrechts hatte Febr. v. Gnatten (C.)
beantragt, die Regierung zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf
über das Wasserrecht vorzulegen, welcher insbesondere die Beseitigung
der zunehmenden Verunreinigung der Flüsse und Bäche durch die
Abwässer industrieller Werke ermöglicht. Die Regierung verspricht
sogar eine Reform des Wasserrechts, betonte aber, daß die Frage der
Verunreinigung von Flüssen nicht landesgesetzlich geregelt werden
könne. Trotzdem nahm das Haus den Antrag an.

Eine handelspolitische Debatte versuchte Abg. Febr. v. Zedlitz (L.),
der an den Blamagen der letzten Tage noch nicht genug hat, herbei-
zuführen, indem er eine längere Vorlesung über die auf den land-
wirtschaftlichen Hochschulen zu treibende Statistik hielt und dabei die
tiefe Beldtheit verzapfte, daß es stark und schwache Eier gebe und
daß es doch wohl unmöglich sei, den durchschnittlichen Brotlohn einer
Familie zu berechnen. Der Präsident v. Kröcher, der mit seinem
Freunde Mülke hatte, verhinderte ihn am Weiterreden und ersparte
ihm so eine neue Blamage.

Des weiteren verlangte Abg. Faltin (C.) eine mildere Praxis
in der Handhabung veterinärpolizeilicher Anordnungen mit der dens-
würdigen Begründung, daß der Bauer die Grenzkontrolle mehr
fürchte als die Maul- und Klauenseuche. Vermünftigerweise verbielt
sich die Regierung diesem agrarischen Ansuchen gegenüber ablehnend.

Am Donnerstag soll die Beratung zu Ende geführt und damit
der Justizetat in Angriff genommen werden. —

Im Geschichte der preussischen Legende.

Wenn wir noch einmal auf unsere Nummer vom 18. Januar zurückkommen, so geschieht es nicht, um uns mit den Herren Stöcker und Oertel weiter auseinanderzusetzen. Diese byzantinischen Jungendbrecher taugen für die Ausübung der historischen Kritik wie der Esel für's Pantenschlagen, und es erregt uns nur das Gefühl äußerster Würstigkeit, wenn sie von der Reichstags-Tribüne ihre Denunziationen gegen unsere „Kundsgemeinen“ und „elasteregenden“ Artikel loslassen.

Wir sind die Thoren nicht, vom Dornenstrauche Feigen pflücken zu wollen, und wir wissen die Thatsache vollkommen zu würdigen, daß jede Monarchie ihre Legende hat. Das ist ganz gewiß keine preussische Eigentümlichkeit, aber was eine preussische Eigentümlichkeit ist, und eine sehr unbedeutende dazu, das ist die ungeheuerliche Ausdehnung der preussischen Legende und ihr Mißbrauch für politische Unterdrückungszwecke. Dergleichen kommt in keinem europäischen Lande sonst vor, oder wenn man etwa auf Rußland und die Türkei verweisen wollte, wenigstens in keinem Lande, wo es ein öffentliches Leben giebt. Das war nicht immer so, und beispielsweise des Breslauer Professors Stenzel Preussische Geschichte, die von 1800 bis 1851 erschien, hält immerhin ein gewisses angenehmes Mittelmaß zwischen Lönig-treuer Bestimmung und wissenschaftlicher Forschung inne. Weilandig bemerkt, was der Schrift, den wir am 18. Januar von der Regierung Friedrichs I. gaben, in seinen tatsächlichen Angaben dem Werke Stenzels entnommen, und die fremdlichen Kritiker, die da meinen, wir hätten nur die „Schattenseiten“ dieser Regierung hervorgehoben, würden uns sehr verdäunen, wenn sie uns aus den 233 Seiten, die Stenzel im dritten Band seines Werks dem ersten preussischen Könige widmet, etwas von dessen „Virtütsiten“ anstreichen wollten.

Man kann den Zeitpunkt, an dem die preussische Legende ins Ungeheuerliche auszuwachsen begann, etwa auf's Jahr 1850 festlegen. Die deutsche Bourgeoisie hatte sich in der Revolution von 1848 an Angst vor den ersten, noch sehr schätzbaren Regungen der Arbeiterklasse unter den Schutze der hohenzollernschen Dynastie geflüchtet, aber die künftige Niederlage bei Olmutz hatte allen Schönen, an dieses Bündnis geknüpften Plänen ein jähes Ende bereitet. Es kam nun darauf an, die öffentliche Meinung in Deutschland im Sinne jenes Bündnisses zu bearbeiten, und die deutsche Bourgeoisie, auf dem Weltmarkt von jeder Ael berufen wegen ihrer Virtuosität im Warenfalschen, übertrug diese Virtuosität nunmehr auf das Gebiet der Geschichtsschreibung. So entstand die „kleindeutsche Geschichtsbaumeister“, von deren Vertretern wir nur Droysen, Schbel und Treitschke nennen wollen; ihre Aufgabe bestand darin, der deutschen Nation die bis dahin außerhalb Ost-europas sehr wenig bekannten Hohenzollern als ein ganz besonders begnadetes Fürstengeschlecht darzustellen. Daß ihnen dies gelang, verdanken sie neben ihrem meist ganz bedeutenden Geschick namentlich der Thatsache, daß die deutsche Entwicklung die von ihnen erstrebte Richtung tatsächlich nahm und das Deutsche Reich wirklich durch ein Bündnis der deutschen Bourgeoisie mit dem preussischen Königtum fertig wurde. Und es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß und weshalb jene Geschichtsbaumeister forsan wahre Organe feierten.

Jedoch ist zu sagen, daß die bürgerlichen Historiker längst selbst unter dem Alj dieser aus politischen Tendenzen zurecht fabrizierten Legende zu ähnen begonnen haben. Seit etwa anderthalb Jahrzehnten macht sich unter ihnen ein immer anwachsendes Bestreben geltend, endlich mit dem furchtbaren Wust der kleindeutschen Geschichtsbaumeister aufzukommen. Wir erinnern nur an Georg Knapp's treffliches Werk über die preussische Bauernbesteuerung, das den tiefsten Mächtigkeitsdelirium über die nach-jennische „Socialreform-Gesetzgebung“ mit einem Schlag gestäubte. Ja, diese rückläufige Tendenz gegen die „borussische Legende“ droht gelegentlich schon in das entgegengesetzte Extrem umzuschlagen. Der Nachweis des Professors Max Lehmann, daß der alte Feind der siebenjährigen Krieg nicht oder doch nicht allein als Verteidigungskrieg, sondern zugleich als rücksichtsloser Eroberungskrieg begonnen habe, ist unres Erachtens nicht gelungen. Aber wenn die preussische Legende in offiziellen Kreise eintritt, dann fehlt auch den besseren bürgerlichen Historikern der Mut des ehrlichen Protestes. Und nun gar den bürgerlichen Zeitungschreibern! Als vor einigen Monaten die Nachricht auftauchte, der 18. Januar solle nicht gefeiert werden, schrieb ein großes liberales Blatt, das sei sehr verständlich, der Ursprung des preussischen Königtums erinnere an sehr häßliche Zeiten, mit Friedrich I. sei absolut kein Staat zu machen usw. Als dann aber Kontroverden kam, war dies selbe Blatt unter den ersten Heulmeiern über unsere Nummer vom 18. Januar.

Es ist das alte Schicksal der deutschen Bourgeoisie: der Strid, den sie für das Proletariat gedreht hat, tanzt jetzt auf ihrem eignen Rücken, gedungenen von Junkerhänden. Die Sykophanten des Brotwuchertums freisen mit der preussischen Legende für ihre Scharfmacherzwecke. Was uns anbetrifft, so beugen wir uns diesem verächtlichen Terrorismus nicht. Wir wissen sehr wohl, daß die Spalten einer Tageszeitung nicht der Ort sind für die eingehende Erörterung historischer Probleme, und wenn wir uns ja mit historischen Fragen an dieser Stelle beschäftigen wollten, so kennen wir unendlich viel annützigere und lehrreichere Kapitel der Geschichte, als die Historie der Hohenzollern. Aber wo politische Unterdrückungszwecke die historische Wahrheit vergewaltigen, da werden wir sie immer zu wahren wissen.

Deutsches Reich.

Edelmütige Rache nimmt Herr Bued für die Veröffentlichung seiner Briefe. Zwar fordert er oder sein Vertrauensmann in den Berliner Neuesten Nachrichten“ zur Verhütung derartiger unliebsamer Publikationen ein Socialistengesetz, das die socialdemokratische Presse ausrödet und damit die Herausgabe von Bued-Briefen verbietet. Aber zwischen diese hübschen Wünsche pflanzt er solche Vor-sprüche auf die socialdemokratische Bewegung, daß man fast meinen könnte, der berühmte Geheimsocialdemokrat in dem Bureau des Centralverbandes sei nicht nach Rußland, sondern in die Redaktion der „Berliner Neuesten Nachrichten“ gewandert, um dort unter dem Schirm tüftelster Scharfmacher der Socialdemokratie Ruhmeskränze zu winden. Man lese nur die folgenden Sätze:

„Glaubt man ernsthaft, daß die Führer der Socialdemokratie auf dies Ziel endgültig verzichtet hätten? Die älteren unter ihnen mögen mit der Zeit bequem geworden sein, und die jüngeren mögen an der „Parteitippe“ ein hinreichend angenehmes Leben führen, um wenig Neigung zu empfinden, ihre Haut in einer Revolution zu Markte zu tragen. Dennoch sind wir von ihnen allen überzeugt, daß sie das äußerste zu wagen bereit sein würden, sobald ihnen die Stunde zur Erreichung ihres Ziels gekommen zu sein scheint. Wovon man bei ihnen allerdings vollkommen sicher sein kann, das sind jene unreflexen Rutsche, die immer nur den gegnerischen Interessen zu gute kommen, der revolutionären Sache aber großen Schaden zufügen. Das beweist jedoch nur, daß sie klüger geworden sind.“

*) Verleumder und Ankläger in gewinnsuchtiger Absicht. Das Wort ist griechisch und bedeutet wirklich: Reigenangeber. Die historische Herkunft des Begriffs ist nicht ganz aufgeklärt. Nach einer Erklärung wurden mit dem Ausdruck ursprünglich die Auspitzer bezeichnet, die gegen Entgelt die Leute anzeigten, die trotz des Verbots Feigen aus Aitika ausführen.

Auch das folgende ist erbäulich:

„So mancher bürgerliche Socialreformer bildet sich ein, durch das bloße Schwergewicht seines höheren geistigen und socialen Niveau's den socialdemokratischen Freund mit sich fort-zureißen zu können. Hier kommt aber alles darauf an, was den stärkeren und zielbewußteren Willen hat. Man man denselben der Socialdemokratie ansprechen, dann ist klar, daß sie durch ihr Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Kreisen nur noch gefährlicher geworden ist. Niemand hat die Socialdemokratie schlimmer aufgefaßt, als der von den Mauererschwämmern so sehr verehrte „Genosse“ Bernstein, indem er ihr riet, die bestehende Gesellschaft nicht mehr von außen anzugreifen, sondern sie von innen heraus auszuheulen.“

Das höchste aber an lobender Wahrhaftigkeit bietet das an-ständige Jugendbündnis, das unser Freund mit dem nächstfolgenden Soy einschmuggelt:

„Mit der Steigerung der allgemeinen Lebenshaltung, der Bildung und der politischen Routine wird die Arbeiterschaft wahr-scheinlich den Nachbestrebungen der Socialdemokratie nur noch zugänglicher werden.“

So zu lesen in den Berliner Neuesten Nachrichten. „Ames betrogenen Bued — das muß Dir Dir in Deinem eignen Blatt sagen lassen: Je höher die Bildung des Volks, um so größer der Anfang der Socialdemokratie. In der That, das ist eine treff-liche Einsicht: Der Siegeszug des Socialismus ist aus der Siegeszug der allgemeinen Volksbildung; mit wachsender Bildung wächst die Macht des Socialismus.“

Das russische Echo.

Das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ giebt jetzt eine wohl ver-zingelte russische Prehöhung zur Forderungsbekämpfung des Grafen Bälw wieder. Das Telegraphenbureau hat anheimend so lange gezögert, weil man auf Grund der bisherigen Übung hofft, von Berlin aus inspirierte Urteile über die ausgezeichnete Politik des Grafen Bälw veröffentlichen zu dürfen. Diesmal ver-zögert aber die Auslandspresse die Aufnahme des Berliner Eigen-lobs, und so muß sich denn das offiziöse Bureau zu Mittelungen verstehen, die dem Reichskanzler und preussischen Ministerpräsidenten kein angenehmes Echo seiner Politik bedeuten.

Die Petersburger „Nowoje Wremja“ erklärt, es sei eine Ver-ständigung zwischen den beiden großen Konkurrenten im Getreide-Abzug, den Vereinigten Staaten und Rußland, nötig; „in Amerika solle man doch bemerken, daß auch dem Stern-banner der Republik von Deutschland Gefahr drohe. Charactertisch sei, daß einer der Hauptführer der Agrarier, Graf Kanih, für Rußland noch Kompensationen auf Kosten Amerikas suche. Die Gemeinnützigkeit der Interessen, Rußlands und Amerikas in der Getreidefrage sei so offenbar, daß mit das übermäßige Selbstvertrauen der transatlantischen Freunde und Konkurrenten Rußlands auf den europäischen Getreidemarkt sie verbleiben und an der richtigen Abschätzung der Lage hindern könne, welche deutlich für den Vorzug einer Verständigung und das Unvorteilhafte einer Konkurrenz spreche; denn die Konkurrenz der Handhülferanten von Getreide für den Weltmarkt sei wohl die schwerwiegendste Ursache für die auf den ersten Blick unerklärliche Erscheinung, daß in Industrieländern, welche nicht genug eigenes Getreide produzieren, die Getreidepreise nicht nur bestehen und sich halten, sondern auch beständige Neigung zum Steigen offenbaren.“

Die „Nowoje Wremja“ macht sich schließlich die Ansicht der einflussreichen Zeitung des russischen Sibirien „Sibirskanin“ zu eigen, daß es infolge der agrarischen Agitation in Deutschland zwischen Rußland und Deutschland nicht ohne Volkrieg ab-gehen dürfte, so zerrütend derselbe auch sein würde.

Der Kaiser und der Brotwucher. Die Berliner Neuesten Nachrichten“ erklären es — mit Bezug auf die kaiserliche Wendung vom Brotwucher, an die wir neulich erinnerten — für geradezu widersinnig, eine auf den Antrag Kanih gemüthete Bemerkung auf jede etwa vorzunehmende Erhöhung der Getreidepreise an-zuwenden.

Dalton es die Berliner Neuesten Nachrichten“ auch für wider-sinnig, die andre kaiserliche Aeußerung über die Zoll-Herab-setzung von 5 M. auf 3,50 M. gegen die jetzige Brotwucher-Campagne anzuwenden, jene Rede auf Caprioli nach Annahme des deutsch-österreichischen Handelsvertrags, in der es heißt:

„Mit weitem politischen Blick hat er (der Kanzler) es ver-standen, im richtigen Augenblick unser Vaterland vor schweren Ge-fahren zu behüten. Ich glaube, daß die That, die durch Einleitung und Abschluß der Handels-verträge für alle Wit und Nachwelt als eines der bedeutendsten geschichtlichen Ereignisse da- stehen wird, geradezu eine rettende zu nennen ist... Troy Verdächtigungen und Schwierigkeiten, die dem Reichskanzler und meinen Räten von den verschiedensten Seiten gemacht worden sind, ist es uns gelungen, das Vaterland in diese neue Bahnen einzulenkten. Ich bin überzeugt, nicht nur unser Vaterland, sondern Millionen von Unterthanen der andren Länder, die mit und bei dem großen Zollverband stehen, werden dereinst diesen Tag segnen.“

Agrarische Weisheit. Nach der amtlichen Statistik berechnet sich der Brotgetreideverbrauch pro Kopf und Jahr auf 200 Kilo-gramm. Daraus folgt, daß eine fünfköpfige Familie 1000 Kilo-gramm = 1 Tonne an Brotgetreide verbraucht und folglich durch die Zollhöhe belastet wird: bei einem Zoll von 8,50 M. muß die Arbeiterfamilie 85 M. jährlich über den Weltmarktpreis an die Junker zahlen, bei 6 M. Zoll 60 M., bei 8 M. Zoll 80 M. Auf diese ein-wandfreie, unvorteilhafte und alsbekannte Thatsache hatte der Abg. Barth am Dienstag im preussischen Abgeordnetenhause hingewiesen. Darauf erwiderte der Hr. v. Jedlich nach dem Bericht seiner „Post“ das folgende:

„Zunächst hat Herr Abg. Dr. Barth unterstellt, daß der Ver-brauch einer Arbeiterfamilie in Deutschland im Jahre 1000 Kilo-gramm, also eine Tonne Getreide sei. Er hat das daraus ge-schlossen, daß nach langjährigen statistischen Erhebungen ungefähr ein Durchschnittsverbrauch von 200 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung angenommen werde. Meine Herren, ich will gegen diese statistischen Erhebungen hier nichts Besonderes sagen; ich bin im Augenblick nicht in der Lage, sie nachzu-prüfen. Nach den zahlreichen Irrthümern, die gerade auf diesem Gebiete auch der Reichsstatistik untergelaufen sind, wird man gut thun, diese Zahlen mit einer gewissen Vorsicht anzusehen und sie, wie ich es nachher auch thun werde, an der Hand der praktischen Erfahrungen nachzuprüfen. Aber gesagt auch, die Thatsache wäre richtig, daß im Durchschnitt unser Bevölkerung — ich glaube, es werden ja noch weniger sein, als 200 — 198 Kilogramm an Brotgetreide verbraucht werden, wie kann man daraus deducieren, daß eine Arbeiterfamilie von 2 Erwachsenen und 3 Kindern, häufig kleinen Kindern, den Durchschnitt der ganzen Bevölkerung verbraucht. (Lachen links.) Da liegt doch offenbar ein schwerer Rechnungsfehler vor. (Lachen links.) Ja, gewiß, der Arbeiter ist mehr Brot als wir; aber zu einer Arbeiter-familie von fünf Personen gehören doch auch eine Frau und Kinder, und Sie werden doch nicht behaupten wollen, daß eine Familie von 5 Personen so viel isst, wie 5 Arbeiter! (Lachen links.) Also das Rechenexempel ist einfa. auch nach dieser Richtung hin völlig unhaltbar. Wer das leugnet, der versieht eben nichts; er weiß nicht, wie die Familien leben.“

Wir würden unsre Leser beleidigen, wollten wir die haar-sträubende Unwissenheit und Dummheit dieses Einwands des Freiherrn v. Jedlich näher beweisen. Der Herr weih noch nicht einmal, daß bei der Durchschnittsberechnung pro Kopf natürlich alle Kinder mit eingerechnet sind, daß darum der Durchschnittsverbrauch viel niedriger ist als der eines Erwachsenen und daß man nur das einfache Exempel,

durch das der Durchschnittsverbrauch gewonnen würde, wiederholt, wenn man den Familienverbrauch in der Weise berechnet, daß man die Durchschnittsziffer der Familienmitglieder mit der Durchschnittsziffer des Kopfverbrauchs multipliziert. Selbstverständlich ist ein erwachsener Arbeiter mehr Brot als ein Kind von einem Jahr, aber in der Durchschnittsziffer pro Kopf wirkt dieser geringe oder völlig ansässige Verbrauch der Kinder ja bereits mit. Der erwachsene Ar-beiter verbraucht natürlich erheblich mehr Brotgetreide als den 200 Kilogr.-Durchschnitt. Ein erwachsener Gefangener, der doch auf das Ernährungsminimum gesetzt ist und nur wegen des Mangels an Bewegung in freier Luft auch weniger Nahrung bedarf, erhält täglich 1 Kilogramm Brot, das macht im Jahr 365 Kilogramm; und damit ist sein Anteil am Brotgetreideverbrauch noch nicht erschöpft, da ja das in Mehlsuppen usw. stehende Brotgetreide hinzugerechnet werden muß.

Diese simplen Kenntnisse beherzigt bereits jeder mittelmäßig gebaute Volksschüler. Herr v. Jedlich jedoch kennt selbst nicht das Geringste der Statistik. Es ist vielleicht nicht verwunderlich, daß ein solcher Mann im preussischen Landtag sitzt; denn das Klassenwahl-system wirkt als Privileg der Nichtintelligenz. Unfassbar aber ist, daß ein Mensch, der in den elementarsten Dingen derartige tolle Schmier-vegeit, Präfixen der Sprachbildung, der Leiter der preussischen Staatsbahn gewesen ist. Man muß es ja für ein wahres Glück halten, daß Herr v. Jedlich infolge seiner journalistischen Lebens-arbeiten wenig Zeit übrig behalten hat, sich um die ihm anvertraute Staatsbahn zu kümmern, sonst hätte er — nach diesen Proben nationalökonomischer Weisheit — das Unternehmen in Grund und Boden rechnen können.

Württemberg und der Kornzoll. In der Württembergischen Kammer der Abgeordneten erklärte auf eine Anfrage des Centrums Ministerpräsident Freiherr Schott von Schottenstein, die Regierung halte eine namhafte Erhöhung der Getreidezölle für gerechtfertigt und unvermeidlich; die Zölle dürften aber keine solche Höhe erreichen, daß der Abschluß neuer Handelsverträge unmöglich gemacht würde.

Wenn es wirklich gelingt, unter Befriedigung der agrarischen Ansprüche Handelsverträge zu Stande zu bringen — wie werden solche Handelsverträge aussehen? Es ist unmöglich, höhere Kornzölle durchzusetzen ohne schwerste Schädigung der Industrie, des Handels und der gesamten nicht Korn verkaufenden Bevölkerung.

Vom Hunnenkrieg. Aus Köln wird telegraphisch berichtet: Die „Köln. Volksztg.“ veröffentlicht unter der Rubrik „Ungeschminktes aus China“ einen Bericht, welcher besagt:

Goffentlich hat dieser unselbige Zustand bald ein Ende. Die Rohrit auch unter unseren Soldaten nimmt erschreckend zu. In großer Zahl werden Soldaten zu lang-jährigen Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen wegen Mord, Raub und Einbruch verurteilt. Wir verlieten mehr an Zuchthaus als an Tod. Krank-heiten grassieren gleichfalls in sehr bestiger Weise; sehr viele Typhusfälle sind zu verzeichnen.

Welche Hochschule militärischer Tugenden, dieser auch von der katholischen Wirtenträgern und katholischen Wissenschaftsleuchten ver-berrlichte koloniale Eroberungskrieg!

Der Arbeitgeber-Verband Hamburg-Altona bespricht in seinem Jahresbericht für 1900 auch die Aussperrung der Ham-burgischen Werftarbeiter in der bekannten leichfertigen Weise, deren Unwahrscheinlichkeit schon mehrmals nachgewiesen worden ist. Wir brauchen uns hier nicht nochmals in eine Erörterung dieser Thatsachen einzu-lassen; dagegen wollen wir an einem eklatanten Beispiel zeigen, wie wenig Anspruch auf Glaubwürdigkeit die Berichte dieses Verbands machen können. In einer auffallend kindlichen Betrachtung über das Verhältnis zwischen der socialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften heißt es:

„Es entstand aus Bestrebungen, die deutlich den Stempel der Gewerkschaftsbewegung tragen, die rein politische Socialdemokratie. Wir finden also Gewerkschaft und Socialdemokratie abwechselnd als Wechselbalg bald hier, bald dort. Vielleicht wären die beiden Schachherbesetzungen ganz in einander ausgegangen, wenn das Gesetz gegen die gemeinheitsgefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie es der Unklarheit nicht hätte ratium erscheinen lassen, die Scheidung ihrer Truppen bestehen zu lassen. Nachdem aber das Socialistengesetz aufgehoben und auch das Verbindungsverbot poli-tischer Vereine gefallen ist, scheint die Beforgnis, daß die Gewerkschaftsmasse fallen und der naechte Umsturz sich dem Licht des Tags präsentieren könnte, geringer geworden zu sein. Zwar hat Rebel aus tittischen, mit dem Mitgliederang im Zusammen-hang stehenden Gründen die Neutralitätspartei für die Gewerkschaften ausgegeben, der diesjährige Parteitag hat es aber abgelehnt, die Neutralitätsfrage der Ge-werkschaften überhaupt auf die Tagesordnung zu stellen, obgleich solches von den Partei-genossen des fünften Berliner Wahlerkses, der Geschäftscommission der Vertrauensmänner-Centralisation der Gewerkschaften Deutschlands und der Parteigenossen von Stettin ausdrücklich beantragt war.“

Man kann sich keine Argere Verdringung des wirklichen Sach-verhalts denken wie diese Darstellung. Es soll der Ansicht erweckt werden, als ob die genannten drei Antragsteller einen Beschluß des Parteitag hätten herbeiführen wollen, daß die Gewerkschaften partei-lostlich neutral sein sollen und als ob der Parteitag durch Ab-kehrung der Erörterung dieser Anträge implicite ausgesprochen hätte, daß davon gar keine Rede sein könne.

In Wirklichkeit sind die Anträge gestellt worden, weil die drei Antragsteller einen dem Bebel'schen entgegengesetzten Stand-punkt einnehmen und der Parteitag hat die Erörterung der Frage abgelehnt, weil es nicht Sache des Parteitag einer politischen Partei, sondern Sache der berufenen Organe der Gewerkschaften selbst ist, auf welchen Standpunkt sie sich stellen wollen.

Danach kann man den Wert der Erörterungen in dem Bericht dieses Scharfmacher-Verbands überhaupt wie über den Kampf der Werftarbeiter im besonderen beurteilen.

Eine stärkere Kolonialtruppe für Kiautschou fordert ein militärischer Mitarbeiter der „Köln. Volksztg.“: „Bisher hatte man sich geteilt, mit Forderungen einer Garnisonsverfäuerung auf-zutreten, denn man muß ja bei und alle Fragen unserer Kolonien, besonders wenn es Geldfragen sind, wie rote Eier be-handeln, weil unsere Vinnenlands-Politikern der Zusammenhang von See-Interessen und deren militärischer Schutz mit der Wohl-fahrt des ganzen Deutschen Reichs oft noch sehr dunkel ist. Jetzt aber, wo die Wirren in China gezeigt haben, was plötzlich ein-treten kann, und wo man, wie ich aus den Briefen meiner Bekannten ersehe, außer erkannt hat, daß eine hinreichende Verlegung der Werke von Tientsin und eine gleichzeitige, an offensive Gegenstößen reiche Verteidigung der Festung mit den vorhandenen Kräften einfa. unmöglich ist, muß etwas geschehen.“

Der Herr Mitarbeiter ist aber wenigstens so gnädig, nicht gleich eine Truppenmacht zu verlangen, die ausreicht, um die ganze Provinz Schantung zu besetzen, schon es „da draußen“ auch Herren gebe, welche eine Dauerbesetzung von fast ganz Schantung verlangen.“ Es genügt, im Falle von neuen Verwicklungen mit hinreichend starken siesenden Kolonnen aufzutreten.“

„Rein, wir können in solchen Tagen nur mit siesenden Kolonnen aufzutreten und müssen selten, wenn aber, dann so dreihau-nen, daß den Chinesen Ohren und Sehen vergeht, daß die Fegen nur so fliegen.“

Der gute Mann scheint also trotzdem bedenklich vom Hunnen-koller angesteckt zu sein.

Invergründliche Verlogenheit. Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet, daß die von uns mitgeteilte Aushändigung des Königs von Sachsen eine „socialdemokratische Erfindung“ sei. Nach dem wir dem sauberen Blatte die Quelle angegeben, läßt es, anstatt seine schamlose Verleumdung zu widerrufen, im Wogeln fort. Allerdings ist sie dies mit einer Tölpelhaftigkeit, die schließlich selber die Enttarnung erwecken muß, und die geeignet ist, dem Blatte mildernde Umstände zu bewilligen. Das Hauptorgan der Landwirteverbände hat nämlich einen inneren Grund angedeutet, warum das Gespräch zwischen Frege und dem König von Sachsen nicht stattgefunden haben könnte: der „Vorwärts“ habe nämlich wissen müssen, daß der Handelsvertrag mit Rußland im Reich schon 1893 verhandelt worden war, so daß das Gespräch im Frühjahr 1894 nicht stattgefunden haben kann.

Das mußte der „Vorwärts“ um so weniger wissen, als der russische Handelsvertrag hauptsächlich am 15. Januar 1894 abgeschlossen, am 6. Februar 1894 im Reichs-Angebot veröffentlicht wurde und am 20. Februar 1894 die erste Beratung im Reichstag begann. Wenn schließlich die „Deutsche Tageszeitung“ den Monat Februar — an dessen Anfang die Unterredung stattgefunden — zum Frühjahr rechnet, so steht diese Behauptung auf derselben Höhe, wie etwa ihre Behauptung, daß der Streikbezog dem Volk im allgemeinen und den Kleinbauern im besonderen nütze. Wir als gewöhnlichmögliche Leser werden freilich fortfahren, den Februar zum Winter zu rechnen — wenn auch die Agrarier den Kammerlindl, in dem ihre Circus-Generalversammlung stattzufinden pflegt, dem Frühjahr zuweisen möchten. —

Die goldene Hand. Die „Rhein. Westf. Ztg.“ macht nachfolgende Mitteilung aus dem Bericht über die Generalversammlung der de Beers Company vom 8. Januar:

Die Gesellschaft hielt am 8. Januar 1901 ihre Generalversammlung ab. Nach dem Verwaltungsbereicht für das Jahr vom 1. Juli 1899 bis 30. Juni 1900 wurden für verkaufte Diamanten 2 070 413 Pfd. Sterl. erzielt, während die Ausgaben — mit Einschluß der durch den Krieg verursachten außerordentlichen Ausgaben — 1 846 217 Pfd. Sterl. betrugen, so daß ein Reinertrag von 224 196 Pfd. Sterl. verblieb. Auf Gewinn- und Verlustkonto wurden nicht weniger als 1 493 829 Pfd. Sterl. abgeschrieben; vermutlich sind in diesem Betrage die Kosten während des Kriegs mit eingeschlossen.

Der Jahresgewinn ist natürlich infolge des Kriegs ein wesentlich geringerer als sonst, da die Mine während der Belagerung von Kimberley geschlossen war, also von Oktober bis Februar, und auch bis zum Ende des Berichtsjahrs den Betrieb nur teilweise hat aufnehmen können. Dadurch verminderte sich die Einnahme trotz des Steigens der Diamantenpreise auf etwa die Hälfte, während die Ausgaben unvermindert blieben, da die Löhne weitergezahlt wurden und der Krieg besondere Ausgaben verursachte. Deshalb ist für das abgelaufene Rechnungsjahr eine Dividende nicht gezahlt worden; dagegen beschloß die Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 20 Schilling pro Aktie — 20 Proz. für das Halbjahr vom 1. Juli bis 31. Dezember 1900 usw.

Die „Rhein. Westf. Ztg.“ bemerkt zu diesem Berichtsausgang: Danach gab die Gesellschaft mit Einschluß der durch den Krieg verursachten Kosten (ein etwas unklarer Begriff) 32 Millionen aus und schrieb obendrein noch auf Gewinn und Verlustkonto über 20 Millionen Mark ab und alles das in einem schlechten Geschäftsjahr. Das sollte doch schon beweisen, daß eine Extra-Ausgabe von 8 Millionen Mark für „besondere Kriegsgewinne“ keine unerwünschte Summe für die De Beers Co. ist und daß diese nicht ein Viertel des Kapitals der Gesellschaft ausmachen kann, wie behauptet worden ist.

Die Boerenansiedelung in Deutsch-Südwestafrika scheint unsrer Annahme entsprechend auf beträchtliche Hindernisse zu stoßen. Wenigstens beweist der in einem Berliner Briefe der „St. Petersburger Ztg.“ veröffentlichte Schriftwechsel zwischen dem auswärtigen Amt und dem Hauptvertreter des Orange-Freistaats, Dr. Hendrik Buller, daß die deutsche Regierung einwilligen keineswegs geneigt ist, den Hauptforderungen der Boeren entgegen zu kommen. Während nämlich die Boeren ihre feste Entschlossenheit erklären, an der Sprache ihrer Vorfäter festhalten zu wollen, erklärte die deutsche Regierung, den Besuch der Regierungsschulen fordern zu müssen, grundsätzlich könne also die Regierung nur die Erziehung deutscher Schulen zulassen. Soweit Privatunterricht zugelassen werde, werde derselbe amtlicher Aufsicht unterstellt werden.

Während ferner die Boeren zwar die Zusage geben wollten, alle Zeit die Kolonie gegen jeden Feind zu verteidigen zu wollen, andererseits aber die Forderung stellten, daß keiner der Einwanderer oder ihrer Kinder im deutschen Heere, resp. der Schutztruppe zu dienen brauche, erklärte die deutsche Regierung, daß sie zwar direkt keinen Zwang hinsichtlich der Naturalisation ausüben wolle, daß dagegen die im Schutzgebiet geborenen Kinder sich unbedingt naturalisieren lassen und sich damit ohne weiteres zur Ableistung der Wehrpflicht verpflichten müßten.

Da die Regierung damit die Hauptforderungen der Boeren abgelehnt hat, dürfte die Ansiedelung zahlreicher Boeren noch im weiten Felde stehen. —

Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar. Der 29. ordentliche weimarische Landtag, der erste, welcher unter der neuen Verfassung abgehalten wurde, hat unter einem eigentümlichen Himmelschilde zu leiden, ehe seine Eröffnung stattfindet. Bereits im Dezember v. J. waren die Abgeordneten zur Landtags-Eröffnung am 20. Januar eingeladen. Infolge des inzwischen erfolgten Todes des Großherzogs wurde die geplante Eröffnung bis zum 3. Februar verschoben; da nun der junge Großherzog an den Mätern erkrankt ist, macht sich nach einer an die Abgeordneten ergangenen Mitteilung abermals eine Verschiebung der Landtagseröffnung um etwa drei Wochen nötig. Begreifliches Aufsehen erregt es, daß bisher beim diesmaligen Regierungswechsel in Weimar noch keine Amnestie erlassen ist. Als gelinde Anregung ist deshalb auch wohl die zuerst von einem Berliner Blatte, dem „Vorsen-Courier“, gebrachte Notiz aufzufassen, daß der junge Großherzog dem Chef des Departements der Justiz zu erkennen gegeben habe, daß er geneigt sei, Inhaftierte zu begnadigen, wenn Bestrafung wegen geringerer Vergehen oder solche Delikte in Frage stehen, die aus Not begangen wurden. —

Ausland.

Die Eröffnung des Wiener Reichsrats.
1. Wien, 29. Januar. Nach einer aufgezogenen achtmonatigen Pause tritt übermorgen der Reichsrat wieder zusammen. In einer wilden Ständekampagne ist das Abgeordnetenhaus am 8. Juni des vorigen Jahres zusammengebrochen; wird dem neu gewählten Hause ein besseres Schicksal beschieden sein? So mühselig es ist, in diesem Bande der Unwahrscheinlichkeiten auch nur die nächste Entwicklung zu prognostizieren; daß auch das neue Parlament nicht arbeitsfähig sein wird, kann mit der größten Sicherheit schon heute gesagt werden. Für eine geordnete parlamentarische Tätigkeit ist nicht die geringste Aussicht vorhanden. Erweist es doch schon fast als unumgänglich, für das Haus einen Präsidenten zu finden. In dem ganzen Parlament ist auch nicht ein Mensch vorhanden, der halbwegs das Vertrauen aller Parteien fände, und überdies will keine Partei für die Dinge so viel Verantwortung übernehmen, daß sie den Präsidenten stellen würde. Ursprünglich dachte man an die Wiederwahl des früheren Vorsitzenden, des deutschliberalen Abgeordneten Dr. M. v. Fuchs. Er ist aber auf eine so eigentümliche Weise ins Parlament gelangt — indem, wie ganz offen erzählt wird, einige schwankende Wahlmänner bestochen wurden —, daß sein Mandat über angefochten werden wird und in normalen Zeitläuften der Annulierung nicht entgehen würde. Andererseits fehlt dem doppelgängigen, unerschütterlichen Menschen jede Autorität; sein Ansehen ist durch unterschiedliche

Zweideutigkeiten ganz vernichtet worden, so daß seine Wiederwahl eine Neu-Anfrage der höchsten Ständekampagne der früheren Session unumgänglich nach sich zöge. Vorläufig wird der Alterspräsident, der polnische Abgeordnete Weigl, den Vorsitz führen, und man spricht ernstlich davon, dem alten Mann dauernd das Präsidium zu übertragen. So vollendet sich der Kreislauf dieses Parlaments. Es hat seine Majorität und seine Minorität, seine Regierungspartei und seine Opposition. Die sogenannte Regierung erschöpft ihre Tätigkeit in der „Anwendung“ des § 14, und nun wird es vielleicht auch seinen Präsidenten bekommen. So wie das Parlament selbst nur ein Schein ist, so sind alle parlamentarischen Bestände in Oesterreich nur noch Surrogate.

Rein, es wird nicht gehen in diesem Parlamente, es kann nicht gehen und soll nicht gehen. Dieses Parlament ist eine Lüge, und sein elendes Dasein fortzuführen diese einer menschlichen Würde das Leben verlängern. Nicht die Obstruktion verhindert die parlamentarischen Funktionen, vielmehr verhindert die Obstruktion nur den Sieg des Heils. Dem österreichischen Abgeordnetenhaus fehlt es an Lebenskraft; ihm mangelt der Wille zum Leben. Einestheils die Obstruktion, andererseits der Mißbrauch des Verordnungsrechts durch fünf Regierungen haben die Lebenskraft dieses künstlich konstruierten Parlaments völlig ausgezehrt. Das Parlament ist keine politische Potenz und fähig sich nicht als solche; es ist nicht mehr das, was ein gesetzgebender Körper sein muß, wenn er sein soll: das Notwendige, das unter allen Umständen unerlässliche. Sein Dasein ist ein Zufall, seine Tätigkeit ist es, und sein Nützigkeit ist es. Dem Abgeordnetenhaus fehlt das Gefühl der Gemeinwohlheit — so wie es der Völkern fehlt, die diesen widerwärtigen Staat ausmachen. Den Völkern ist der Staat ein Fremdes, und den Parteien ist es das Parlament. Das Abgeordnetenhaus ist ein Haufe zusammenhangloser Parteien, denen, als das geistige Band fehlt. Das Parlament stirbt an Verjüngung; wie das Reich immer mehr zerfällt, so zerfällt auch sein getrocknetes Abbild: die Volksvertretung.

So gering sind die Hoffnungen, die den Zusammentritt des unter so großen Wahlen zusammengewählten Parlaments begleiten, daß heute, einen Tag vor der Eröffnung niemand weiß, was auch nur die nächsten Tage werden soll. Alle sind glücklich, daß man vorläufig keine Sitzungen abhalten wird. Die ersten drei Sitzungen werden nur formellen Dingen gewidmet sein. Am Donnerstag werden die Abgeordneten die Angelobung leisten, die sie halten werden, am Montag erfolgt die in der Geschäftsordnung bestimmte feierliche Eröffnung durch den Kaiser mittels einer Thronrede. Es hieß zwar, die Thronrede werde ein entscheidendes Erkenntnis zur deutschen Vermittlungssprache enthalten, aber Herr v. Körber hat sich die Sache schon überlegt und wird sich mit den üblichen verschwommenen, unerblicklichen Sätzen begnügen, die ihm so geläufig sind. Dann kommen noch zwei Sitzungen, wo die Abteilungen angeheft und die nicht angefochtenen Wahlen verifiziert werden und erst am 9. Februar soll die Präsidentenwahl erfolgen — vorausgesetzt, daß man bis dahin den genügend unbedeutenden Menschen herausgefunden haben wird. Wo nichts ist, hat auch die Obstruktion ihr Recht verloren, und vorläufig wird noch lange nichts zu obstruieren sein. Die Junggeheuer scheinen entschlossen zu sein, bis auf weiteres zuzuschauen, wie sich die Dinge entwickeln werden; mit häßlicher Gelassenheit können sie abwarten, bis das Parlament an seiner eignen Schwäche kraftlos zusammenbricht. In zwei, drei Wochen dürfte die Parlamentarionomie zu Ende sein. —

Schweden.

Stockholm, 27. Januar. Vorgige Woche wurde der schwedische Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, die alle Erwartungen genügt hat. Allerdings war es vorauszusetzen, daß die Frage der Landesverteidigung die erste Stelle in der Rede einnehmen sollte, jedoch hatte man erwartet, daß die Stimmrechtsfrage, die Verteidigungsfrage der Arbeiterklasse, gleichzeitig schärfer accentuiert worden wäre. Inwiefern parlamentarisch habe die Rede unmittelbar an die Vaterlandsliebe der nicht Stimmberechtigten appelliert, um noch größere Opfer als die jetzt schon sehr großen herauszupressen; in zahlreichen Versammlungen während Dezember und Januar haben die Arbeiter ihre Antwort gegeben, indem sie offenherzig erklärt haben, daß sie ihre Unabhängigkeit und Kultur zu verteidigen bereit sind; fordern aber daneben Garantien gegen den Militarismus: eine von Grund aus reformierte militärische Justiz- und Rechtspflege, die die Volkswaffen und das Milizsystem und vor allem die durchgreifende Erweiterung des Stimmrechts fordern.

Es scheint, als ob diese Nachhader mit Mühseligkeit gelassen wären. Die Gelegenheit, alten Volkforderungen entgegenzukommen, war sehr günstig. Statt aber ein solches Entgegenkommen zu zeigen, giebt die Regierung uns zu wissen, daß eine Untersuchung und Prüfung der „Garantien“ gegen die Wirkungen einer eventuellen Stimmrechtsreform eingeleitet sei. Dagegen wird gefordert, daß die Besitz- und Stimmrechtslosen die Opfer, die der Generallandtag für unbedingt notwendig erklärt, sich fromm-erträglich gefallen lassen sollen. U. a. wird die Verlängerung der militärischen Dienstzeit von 60 bis auf 365 Tage gefordert; gleichzeitig würde das Militärbudget binnen 12 Jahren auf 60–70 Millionen Kronen, d. h. 23 Millionen Kronen über die gegenwärtigen Ausgaben, anwachsen. Diese bedeutende Mehrbelastung sollte zugleich wiederum zum großen Teil durch Konsumsteuererhöhung ausgeglichen werden. Für eine durchgreifende Steuerreform sind unsre Nachhader nicht zu haben. —

Mien.

China. Aus Peking wird von gestern berichtet: Tschung-Tschang und Tsching haben erreicht, daß Scheng und Tschouan angewiesen wurden, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Tschouan, der kürzlich zum Wahrgänger der Provinz Tschiu ernannt worden ist, war früher chinesischer Gesandter in Korea. — Die Deutschen haben heute mit dem Bau von Baracken für die Gefandtschaftswache begonnen. —

Amerika.

Mac Kinley übermittelte dem Kongreß den Jahresbericht über die Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Auslande. Mac Kinley spricht sich in demselben lobend über die amerikanischen Konsularberichte aus und bemerkt, Großbritannien und Deutschland suchten das amerikanische System in ihren konsularischen Einrichtungen einzuführen. In einer den Bericht begleitenden Mitteilung sagt Staatssekretär Gah, der Handel der Vereinigten Staaten näherte sich mit überraschender Schnelligkeit einer Stellung, welche den amerikanischen Markt zum Mittelpunkt nicht nur der industriellen, sondern auch der kommerziellen und finanziellen Tätigkeit der Welt machen werde. —

Der Boeren-Krieg.

De Wet

Soll sich nach den neuesten Meldungen weder im Kapland noch im Distrikt von Oranjo, sondern in Orange-Freistaat befinden und einen erneuten Durchbruchversuch nach der Kapkolonie beabsichtigen. Lord Rindener meldet vom 29. aus Pretoria, daß General Anso 40 Meilen westlich von Tlabancho mit den nach Süden vordringenden Truppen De Wets ein Gefecht gehabt habe, über dessen Verlauf Einzelheiten noch nicht bekannt geworden seien. Da mit dergleichen Wendungen englische Schläppen angelockt zu werden pflegen, recht das Telegramm Rindeners mit einer anderweitigen Nachricht aus Kapstadt nicht im Widerspruch, wonach De Wet nach Süden vordringt und zahlreiche Anhänger werbe. Er scheint eine endgültige Aktion vorzubereiten. Außerdem habe ein bedeutendes Kommando Transvaal verlassen und sei in den Freistaat eingedrungen.

Der Angriff auf die Minen.

Der bei dem neulichen Angriff auf die Kleinfontein-Mine durch die Boeren angerichtete Schaden soll sich auf 200 000 Pfund belaufen. Kleinfontein ist am äußersten Osten des Reef ziemlich

isolirt gelegen und war ohne Schutzmannschaft, als es angegriffen wurde. Die Boeren, 200–300 Mann stark, beschädigten planmäßig die Maschinen, wie man glaubt, unter Führung entlassener Minenarbeiter. Solche Ortlichkeiten wie Kleinfontein sollen in Zukunft durch eine Minenwache beschützt werden.

Das heißt, wenn man eine solche zur Verfügung hat!
Auf der Bahnlinie Pretoria-Versaif
ist es zu einem neuen Gefecht gekommen. Rindeners Bericht darüber besagt: Smith-Dorrien ist von Carolina zurückgekehrt, nachdem er die Boerentruppen zerstreut hat. Auf dem Rückwege hatte er mehrere kleine Gefechte mit dem Feinde zu bestehen. Unter den bereits gemeldeten Verlusten wurden auf britischer Seite 4 Mann getötet, 1 Offizier und 17 Mann verwundet.
Die Bahnlinie wird also nach wie vor durch die Boeren unsicher gemacht.

Sonstige Nachrichten.

Eine Boerenabteilung zog heute morgen in Vohsburg ein und richtete in den Minen von Modderfontein und Banzhyn (südlich von Clamwilliam) einigen Schaden an. Der Kommandant Marais und zwei Boeren wurden gefangen genommen.

Aus Pietermaritzburg wird gemeldet: Ein mit Vieh beladener Eisenbahnzug kollidierte mit einem Güterzug. Zwei Eingeborene wurden getötet, ein englischer Soldat verwundet und 16 Maulesel getötet.

Die tägliche Verlustliste

der englischen Armee in Südafrika enthält für den 29. Januar folgende Angaben: 4 Tote, 25 an Krankheiten Verstorbene, 85 Verwundete, ein Gefangener und 16 Vermisste.
Ein Tagesverlust von 82 Mann.

Vorläufig.

In einer in Pretoria öffentlich verlesenen Proklamation betreffend die Thronbesteigung König Eduard VII. von England wird neben den andern Titeln des Königs der Titel „Oberster Herr von und über Transvaal“ aufgeführt.

Dritter Allgemeiner preussischer Städtetag.

Den interessantesten Teil der am Mittwoch zu Ende geführten Verhandlungen des dritten preussischen Städtetags bildete die Erörterung der Fortbildungsschul-Frage. Die einleitenden Referate gaben die Herren Stadtschulrat Platen (Magdeburg) und Stadtschulrat a. D. Vertram (Berlin). Schulrat Platen trat in fesselnder Rede und unter lebhaftem Beifall nachdrücklich für die obligatorische Fortbildungsschule ein und zeigte an der Hand der Erfahrungen, daß die fakultative Fortbildungsschule nicht, wie sie ihre Freunde meinen, die „edlere Form“, sondern bei Lichte besehen nur eine Karikatur der Fortbildungsschule ist. Die Geschichte, sagte Herr Platen, geht über alles, was sich gegen den Fortschritt sträubt, zur Tagesordnung über. Dieses rücksichtlose, sich gegen den Fortschritt sträubende Element zu vertreten, hatte Herr Vertram übernommen. Er priech, wie er das als Stadtschulrat von Berlin so oft getan hat, die fakultative Fortbildungsschule als das Ideal, aber Neues vermochte er nicht zur Begründung dieses Standpunkts vorzubringen, und auf seine Zuhörer machte er wenig Eindruck. Die Debatte gestaltete sich zu einem vernichtenden Urteil über die Gegner der obligatorischen Fortbildungsschulen. Herr Vertram, der Vorkämpfer ihrer Gegner, sah da, wie „ein Häufchen Unglück“; der alte Mann bot einen mitleidberregenden Anblick. An der Debatte beteiligte sich auch unser Genosse Singer, der sich unter den fünf von der Berliner Stadtverordneten-Versammlung delegierten Vertretern Berlins befand — der einzige Socialdemokrat auf dem Städtetag. Singer zeigte in seinen mehrfach von launtem Beifall unterbrochenen Ausführungen, daß, da mit dem Princip der Freiwilligkeit nichts erreicht worden sei, nur noch der Zwang übrig bleibe — Zwang nicht nur gegen die Verweigerer unter der heranwachsenden Jugend, sondern auch gegen das die Jugend auf Kosten ihrer Ausbildung rücksichtslos ausbeutende Arbeitgebertum, das zu den heftigsten Gegnern der obligatorischen Fortbildungsschule gehört. Die Schlussbemerkungen der beiden Referenten ließen noch einmal mit voller Deutlichkeit hervortreten, welche lässliche Figur dem temperamentvollen Magdeburger gegenüber der Berliner Schulrat a. D. machte. Vertram antwortete in fast gereiztem Tone, er ließ durchblicken, daß er auf seine Verdienste um das Berliner Fortbildungsschulwesen stolz sein dürfe, aber man schenkte seinen Worten keine Beachtung mehr. Platen hatte eine Resolution beantragt, die die obligatorische Fortbildungsschule als unentbehrlich bezeichnet und ihre Einführung den Gemeinden dringend empfiehlt. Die Abstimmung ergab eine erdrückende Mehrheit für diese Resolution. „Einstimmig! Einstimmig!“ rief man auf mehreren Seiten, aber von anderer Seite wurde widersprochen. Man verlangte die Gegenprobe. Ein halbes Duzend Hände oder etliche mehr erhoben sich. Unter den Unentwegten, die sich immer noch nicht dafür erörtern können, daß der heranwachsenden Jugend des Proletariats die Möglichkeit der Fortbildung gesichert wird, befanden sich — das ist bezeichnend! — drei Berliner Vertreter, die Stadlv. Langerhans, Mischelet und Kalksch. (Stadlv. Preuß. schien nicht mehr im Saale zu sein.) So wurde die Rüksichtslosigkeit Berlins noch einmal vor aller Welt bekundet.

Ueber den der Fortbildungsschul-Debatte vorangegangenen ersten Teil der am Mittwoch stattgefundenen Verhandlungen wird uns noch berichtet:

Laut der heute ausgegebenen Präsenzliste sind auf dem Städtetage 111 Städte durch 216 Delegierte vertreten. Aus Berlin sind anwesend: Oberbürgermeister Rindener, Stadtrat Dr. Hirsfeld, Stadtschulrat a. D. Geh. Regierungsrat Dr. Vertram, Stadtrat Dr. Münsterberg, Stadtverordneter, Vorkämpfer Dr. Langerhans, Stadtverordneter-Vorkämpfer-Stadtv. Mischelet und die Stadtverordneten Kalksch, Singer und Dr. Preuß.

Den ersten Gegenstand der heutigen Tagesordnung bildete die Beteiligung der Frauen an der Armen- und Waisenpflege. Der Berichterstatter Stadtrat Dr. Münsterberg-Vorleser bemerkte: Die Hauptursache der Verarmung und die damit nur zu häufig zusammenhängenden Krankheiten liegen in den Wirtschaftsverhältnissen. Eine gesunde, saubere, friedliche Händlichkeit sei die beste Belämpfung von Not und Krankheit, deshalb sei die Beteiligung der Frauen an der Armen- und Waisenpflege nicht nur notwendig, sondern geradezu unerlässlich. Die christliche Dialektik, belamlich die älteste Armen- und Waisenpflege, habe stets das weibliche Geschlecht in ganz hervorragendem Maße und zwar mit vollem Erfolge in den Dienst ihres Wirkens gezogen. Der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit habe die Frauen zur Mitthätigkeit herangezogen. In Berlin hatten die Armenpfleger die Frauen als das bestmögliche Element in der Armenpflege bezeichnet. Es sei gesagt worden: die Frauen haben wohl ein Herz für die Armen; sie seien aber zu gutmütig und haben nicht das erforderliche Verständnis für die Verwendung öffentlicher Gelder. Die Errichtung von Wohlthätigkeitsvereinen in allen Stadtbürgern habe jedoch die Armenkommissions-Vorkämpfer von der Notwendigkeit der Heranziehung der Frauen zur Armenpflege überzeugt. Das Armenpflegewesen Berlins sei daher in der Reorganisation begriffen. Er erlaube, einem von ihm und seinem Mitberichterstatter gestellten Antrage, der die

Geranziehung der Frauen zur öffentlichen Armenpflege fordert, zu-
zukommen.

Der Mitberichterstatter Stadtrat Dr. Krause-Posen schloß
sich im allgemeinen den Ausführungen des Vordröner an.

Parlamentarisches.

China-Vorlage. Die Budgetkommission wandte sich
heute der Beratung der China-Vorlage zu, die vor Weihnachten ab-
gebrochen war. Es handelte sich um folgende Resolution des Cen-
trums: Die verhandelten Regierungen werden ersucht, darauf hinzu-
wirken, daß in dem die Wirren in China abschließenden Staats-
vertrag die Freiheit der christlichen Religionsübung in China aus-
bedungen und unter den Schutz der bei dem Vertrag
beteiligten Staaten gestellt werde. Während die Ver-
treter des Centrums, der konservativen Gruppen und der
Nationalliberalen mit allem Eifer für die Resolution eintraten,
wurde sie von Bebel und Richter lebhaft bekämpft. Der Abg.
Richter hob hervor, daß sich Deutschland gar nicht im eigentlichen
Kriegszustand mit China befinde und daß die alten Verträge
daher noch in Kraft wären. Das deutsche Volk wünsche
eine möglichst rasche Beendigung der ganzen
Expedition, deshalb sollten nicht neue Streitfragen
aufgeworfen werden. Bebel betonte besonders, daß die Missionare
an dem Ausbruch der Unruhen in China die Mitschuld
trügen. Bekanntlich wurden chinesische Oppositions-
blätter von christlichen Missionaren redigiert. Die
Missionen seien eine innere Angelegenheit der Kirche und dürften
das Reich nicht berühren. Schließlich wurde die Resolution
von der Mehrheit angenommen.

Die Reklottenvorlage für das chinesische Expeditionscorps wurde
auf Antrag des Referenten Abg. Graf Oriola (natl.) zurückgestellt,
bis das vom Reichszentraler versprochene Gesetz über vermehrte Für-
sorge für die Invaliden aus allen Kriegen vorliege. Es wurde nur
eine Summe von rund 1/2 Million Mark in den China-Etat ein-
gestellt, um widerruflich Zuschüsse zu Pensionen, Witwen- und
Waisengeldern daraus für die China-Krieger zu bewilligen.
Morgen beginnt die Lesung des Post-Etats.

Die Justiz-Kommission, die über die Anträge Rintelen re-
berät, vertagte sich heute auf unbestimmte Zeit. Herr Rintelen ist
erkrankt, hatte aber den Wunsch geäußert, daß die sozialdemokratischen
Anträge zunächst in zweiter Lesung beraten werden möchten. Die
Sozialdemokraten legten hierauf jedoch nicht Wert, sondern drangen
darauf, daß mit der Fortsetzung der Beratung gewartet werde, bis
der Vorsitzende der Kommission wieder gesund sei.

Aus der Petitions-Kommission. Nur wenige der 88 Petitionen,
die in der gestrigen Sitzung verhandelt wurden, besaßen allgemeineres
Interesse. So viel Red und Leid auch aus einzelnen der Eingaben
zu Tage tritt, so muß doch den meisten der Erfolg verfaßt bleiben,
weil sie entweder nicht den Nachweis erbringen, daß der Zustan-
denzug vorher erschöpft ist, oder weil weder eine Rechtsverweigerung
noch eine Rechtsbeugung festgestellt werden kann. Mit der Korrektur
von Urteilen darf sich nach Artikel 77 der Reichsverfassung nur befassen,
wenn eine Rechtsverweigerung oder eine Rechtsbeugung vorliegt.
Die Ungleichartigkeit, mit welcher die Reichsjustizverwaltung bei Pen-
sionierung in valider Beamten betreffs Anrechnung früherer
Dienstzeiten vorgeht, gab gestern in zwei Fällen — Jahn-Erfurt
und Lemke-Berlin — Gelegenheit, zu beschließen, im Pleban
diese Frage zu erörtern. — Als Material wurde dem Reichszentraler
eine Petition des Bundes deutscher Bodenreformer überreicht,
welche die Sicherung der Bauforderungen bezweckt. Die Forderung
hat den Reichstag schon früher beschäftigt. — Das Verlangen der
elsaß-lothringischen Zugbegleitungs-Beamten auf
Besserung ihrer Pensionverhältnisse wurde der Budgetkommission
überwiesen. — Zur Lösung der sozialen Frage hat
der Assessor A. D. Henschel eine eigne Methode ent-
deckt. Er amtierte früher in Berlin, wurde dann zweimal
in eine Anstalt für Geisteskranken gebracht und lebt jetzt in Paris.
Er garantiert jedem deutschen Einwohner ein jährliches Mindest-
einkommen von einer Million Mark, wenn sein Plan durchgeführt
wird, der darin besteht, Gemeinwesen von etwa je 1 Millionen Seelen
zu bilden, deren jede 10 000—20 000 Quadrat-Kilometer Land zu-
gewiesen erhält. Nach kurzer Uebergangszeit von 4 bis höchstens
8 Jahren soll die wöchentliche Arbeitszeit für jeden Mann
höchstens 4 Stunden betragen. Die Kommission war nicht in der
Lage, der Petition weitere Folge zu geben. — Die Herabsetzung
des wahlfähigen Alters von 25 auf 21 Jahre beantragten
vier Arbeiter in Dessau. Der sozialdemokratische Antrag, die Petition
dem Reichszentraler zur Berücksichtigung zu überweisen oder einen
Regierungskommissar hinzuzuziehen, wurde mit 13 gegen 7 Stimmen
(5 sozialdemokratische und 2 freisinnige) abgelehnt.

Zu der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wurden
am Mittwoch bei dem Kapitel „Polizeiverwaltung von
Berlin und Umgegend“ die Gefahren für die Sicherheit
des Verkehrs in Berlin besprochen und angegeben, daß infolge
der Einführung des elektrischen Betriebes die Gefahren
gestiegen seien. Im Jahre 1899 seien 246 Unfälle vorgekommen,
15 mit tödlichem Ausgang, 100 mit schwerer, 1113 mit leichter
Verletzung und 1420 ohne Schädigung. Im Jahre 1900:
2852 Fälle, darunter 26 mit tödlichem Ausgang, 134
mit schwerer, 1302 mit leichter Verletzung und 1160 ohne
Schädigung. Die meisten Unfälle seien beim Auf- und Absteigen
vorgekommen. Die Regierung erklärte, daß mannigfache
Vorkehrungen gegen Unfälle getroffen und beachtet seien: horizontale
Schutzvorrichtung zwischen Motor- und Anhängewagen, Rangvorrich-
tungen vor den Wagen, Ermäßigung der Geschwindigkeit, die namentlich
in der Peripherie, wo auch die meisten Unfälle sich ereigneten,
zu groß sei. Dieselbe müsse noch den einzelnen Stunden verschieden
sein. Sodann würden die Fahrer sorgfältig ausgebildet. Auch sei
eine Entlastung der Leipzigerstraße durch die Parallelstraßen er-
forderlich. — Ferner wurden die bei der Kriminalpolizei in
dem Prozeß Sternberg hervorgetretenen Missethäter
einer Erörterung unterzogen und von allen Seiten an-
erkannt, daß diese Missethäter nicht auf dem Gebiete der
Organisation, sondern auf dem personellen Gebiete lägen. Eine
Trennung der Polizei und Unterstellung der Kriminalpolizei unter
die Staatsanwaltschaft wurde von keiner Seite für richtig angesehen.
Für notwendig wurde erklärt, daß nur ganz geeignete und einwand-
freie Personen in den Dienst treten, daß durch einen besonderen
Beamten die Lebensführung der einzelnen Beamten überwacht werde.
Es sei für eine auskömmliche Stellung der Beamten zu sorgen,
wofür in dem Etat auch Mittel eingestellt seien, durch Verstärkung
der Dienstauswandschädigung. Die Kriminalkommissare könnten
bei der Verschwendung ihrer Ausgaben (Verkehr in teuren Lokalen etc.)
keine bestimmte fixierte Dienstauswandschädigung haben, sondern
müßten ihre Ausgaben liquidieren.

Die Aktionäre

der preussischen Hypothekbank

waren am Mittwoch im Geschäftshaus der Bank versammelt. Klar-
heit über die Lage der Bank ist auch durch diese Generalversammlung
nicht geschaffen worden, auch nicht in dem Maße, in dem das mög-
lich gewesen wäre. Allerdings haben die Aufsätze der Presse aus
der letzten Zeit die Rekonstruktion zu etwas gründlicheren An-
sicherungen veranlaßt. Aber diese Ansicherungen sind nicht geeignet, jene
Verbündeten Appetit auf die Hypothekbank haben sollten. Er wüßte
aber den bankmäßig gewordenen Adler auf den Hypothekbriefen,
der eine Finanzmacht, wie die Deutsche Bank nicht reizen könnte.
Wir sind nicht in der Lage, die Gedanken der Aktionäre zu kennen,
aber die Presse wird Herrn Kempner nicht erwidern wollen, als
daß das müßige Gerede nicht auf ihrer Seite zu suchen ist,
daß es vielmehr gänzlich müßig ist, irgend einem auch nur halbwegs
Verständigen einreden zu wollen, daß die Deutsche Bank aus irgend
einem andern Grunde, als um ihren eigenen Interessen zu
dienen, die Rettung unternommen hat. Wiederholt wurde in den
Verhandlungen am Mittwoch auf die Börse und die „er-
künstelten Leute“ als auf Autoritäten Bezug genommen; eben
die Börse aber hat die Erweiterung des Machtbereichs der
Deutschen Bank (durch Uebernahme der Sanierung der Hypothek-
bank) mit einer Kursteigerung der Deutschen Bank-Aktien begrüßt.
Angesichts dessen und der Thatsache, daß alle Welt „Bescheid“ weiß
— was soll in einer solchen Versammlung, wie die vom Mittwoch,
soll eine Aeußerung?

Die Beratung eröffnete ein von Herrn Emil Salomon er-
statterter Bericht der Revisionskommission. Danach läßt sich noch
nicht sagen, ob eine „Ueberwindung“ der Bank vorliegt. Mit der
Möglichkeit der Ueberwindung müsse gerechnet werden.
Wir dürfen diese vorsichtige Wendung dahin übersehen, daß
zwar nach den bisherigen Ergebnissen der Prüfung nicht nur das
Aktienkapital, sondern auch noch ein Teil des Pfandbriefkapitals ver-
loren ist — mit dieser Thatsache rechnet ja auch die Rettungsgesell-
schaft, indem sie von den Pfandbriefgläubigern eine Ermäßigung
der Zinsansprüche verlangt.

Der Minister, so führte Herr Dernburg von der Treu-
hand aus, habe keineswegs sich gegen jede Mäßigung der
Coupons erklärt, sondern es sei ihm, Herrn Dernburg, an maß-
gebender Stelle eröffnet, daß man erst die genauere Prüfung und
die von der Rettungsgesellschaft zu stellenden Ansprüche abwarten
werde, denen eine wohlwollende Prüfung zugesichert sei.

Herr Dernburg verbreitete sich über die Differenz zwischen der
Zinsberechnung der staatlichen Kommission und der Rettungsgesell-
schaft. Danach ist die staatliche Berechnung einfach so gemacht,
daß die Beleihungen (Hypotheken) geprüft, 27 Millionen von dem
Gesamtbestande (300 Millionen) als zweifelhaft erklärt und
nur auch die Zinsansprüche von diesem Teil als zweifelhaft
von dem Gesamtbetrage der Zinsen abgezogen seien. Wir müssen es
den Organen der Staatsregierung überlassen, sich mit dieser nach
unser Meinung kompromittierenden Darstellung auseinander zu-
setzen.

Herr Dernburg selbst entwarf nun ein andres Bild. Zum Januar-
termin waren 3 706 999 M. Hypothekenzinsen fällig; eingegangen sind
3 019 852 M., also 687 000 M. = 22 Proz. in Rest geblieben.
Multipliziert man die eingegangenen Zinsen mit 4, so würden jähr-
lich 12 080 000 M. eingehen, während 13 760 000 M. Pfandbriefzinsen
zu zahlen sind. Es würden also 1 680 000 M. fehlen. Dieses für
die Begründung einer Herabsetzung der Pfandbriefzinsen geeignete und
berechnete Bild wurde allerdings mit tröstenden Zugaben versehen, es
sei nicht das letzte Wort, eine zielbewusste Leitung werde einen er-
heblichen Teil herabbringen; aber hierzu seien erhebliche Opfer an
Zeit und Arbeit erforderlich.

Ein dunkel gebliebener Punkt ist die Auseinandersetzung
mit der Grundschuldbank wegen der 41 1/2 Millionen ent-
wendeter Hypotheken. Herr Dernburg schüttelte ein Füllhorn des
Lobes aus über den „männlichen Mut“ der Liquidatoren der
Grundschuldbank, die ihren Irrtum offen widerrufen haben und nicht
mehr behaupten, daß ihrer Bank die 41 Millionen von seiten der
Hypothekbank gestohlen seien.

Zunächst liegen nach Herrn Dernburgs Schilderung die Dinge
so, daß Herr Sanden, als die Dinge faul wurden, von Unter-
gesellschaften faule, ganz wertlose Hypotheken hat aus-
stellen lassen, diese der Grundschuldbank übergeben und
ihnen dann gute Hypotheken genommen hat, die er der
Hypothekbank übergab. Diese Uebergabe soll zur Tilgung
von Forderungen der Hypothekbank an die Grund-
schuldbank geschehen. Es fragt sich nur, woher stammten
diese Forderungen? Etwa aus Zahlungen, die durch Ver-
mittlung der Grundschuldbank an die faulen Tochter-
gesellschaften gemacht sind? Bei der Verquickung der Dinge
ist die Hauptsache, daß Direktor Sanden als Direktor beider
Banken die eine in dem Moment bestohlen hat, als die Dinge faul
wurden. Diese Angelegenheit ist jetzt noch weit bedeutlicher als
früher. Das Einschreiten der Behörde zu Gunsten
der Grundschuld-Obligationäre, als derjenigen
Gruppe, die am schuldlossten und am ärmsten ist, scheint dringend
notwendig.

Fretlich haben wir starke Zweifel, daß die Behörde den Auf-
gaben gewachsen ist, die hier an sie herantreten. In der Ver-
sammlung erhob sich ein bekannter Bankier, Herr Joridlowitz, und
griff die Staatsaufsicht nachdrücklich an. Er habe schon
1891 nach Leipzig mitgeteilt, daß Anhalt und Wagner pleite seien. Unter
den Augen der Staatsbehörde ist, als der letzteren die prekäre Lage der
Bank schon bekannt war, der Pfandbrief-Umlauf von 86 auf 300 Millionen
gewachsen. Herr Regierungsrat Hoppe verwies dem gegenüber
einfach auf die Ausführungen des Landwirtschafts-Ministers in der
Budgetkommission des Abgeordnetenhauses, an denen eben Herr Jorid-
lowitz eine scharfe Kritik geübt hatte.

Zu der Versammlung waren einige Beamte der Bank anwesend,
denen in den letzten Tagen gekündigt worden ist. Die Rol-
lage dieser Männer, die 10 bis 20 Jahre bei der Bank
gearbeitet haben, ist nicht gering. Gerügt wurde vor allem, daß
grade die geistigen Kreaturen von Sanden und Schmidt be-
halten sind. Die Diskussion über diesen Punkt war besonders
erregt.

Die Versammlung hat den Aktionären und Pfandbriefbesitzern
nicht das mögliche Maß von Klarheit gebracht. Das gilt ins-
besondere auch von den **Regrahenprüfungen gegen die Aufsichts-
räte**, über die mit einigen gar nichts sagenden Be-
merkungen im Revisionsbericht hinweggegangen wurde. Die
Erben Baron Cohns wurden nicht genannt; im Be-
richt ist nur von einer „sehr reichen Erbschaftsmasse“
die Rede. Wie kommt man dazu, eine Zinsföhrung auch nur vor-
zuschlagen, ehe man weiß, wie viel aus den Einprüchen zu re-
parieren ist?

Partei-Nachrichten.

— Wegen **Beleidigung von Polizeibeamten** wurde der
Redacteur der „Vielefelder Volkszeitung“, Genosse Zentler in Vielefeld,
zu drei Wochen Gefängnis verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Neuquats „socialdemokratischer Terrorismus“.

Die „Germania“ fällt in ihrer Morgenausgabe drei volle
Spalten über den Fall Hoppe; in der Abendausgabe sieht sie sich
genötigt, eine ganze Reihe Nichtigkeiten zu bringen. Da an-
zunehmen ist, daß an dieser neuesten Schauergeschichte noch mehr
etwas zu stellen ist, wollen wir vorläufig auf diese des Näheren
nicht eingehen.

Um ihre Irrtümer zu decken, bringt sie aus dem Citatensatz
eines unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden katholischen
Gewerkschaftsblattens eine Reihe aller Fälle zur Sprache, die im
August passiert sein sollen. Auf diese Fälle von
Terrorismus zu antworten, hatte nach Angabe der „Germania“
damals das bezeichnete Blattchen den „Vorwärts“ aufgefordert. Der
„Vorwärts“ aber — schweig, sagt die „Germania“ pathetisch hinzu.
Aun, und sind jene Fälle nicht bekannt geworden, hätten wir von ihnen
gesehen, würden wir wahrscheinlich, wie wir das immer zu thun
pflegen, Ermittlungen angestellt haben. Diese Ermittlungen unter-
lassen sich schon darum notwendig, weil die „Germania“ und die

„Märkische Volkszeitung“ in ihrem Eifer, die freien Gewerkschaften zu ver-
folgen, zu Verdrehungen und Ueberreibungen sehr geneigt sind. Müste
es doch die Märkische erleben, daß ihr Schilling, der Zimmerer Karde,
der unsere Redacteur Schmidt verlor, weil dieser ihn — ebenfalls
im Zusammenhang mit einer solchen Schanermer — beleidigt
haben sollte, in beiden Instanzen kostenpflichtig abgewiesen wurde.
Auch der „Germania“, die gerade damals, als das Buchhausge-
schäft über den Häuptern der deutschen Arbeiter schwebte, sich
bemühte, recht viele Fälle von „socialdemokratischem Terrorismus“
zu entdecken, haben wir fast immer Unrichtigkeiten, Aufbauschungen,
Verdrehungen aller Art nachweisen können.

Auf den Fall Hoppe zurückzukommen behalten wir uns also vor;
mir auf einiges allgemeiner Natur möchten wir schon heute ein-
gehen. Zunächst eine Frage. Warum erwärmt sich die „Germania“
so sehr für die „Neutralität der Gewerkschaften“ — bei uns? War
sie es doch, die ganz entschieden für den Hirtenbrief und das
Circular des Freiburger Erzbischofs eintrat, gerade sie interpretierte
beides dahin, daß die Bischöfe nicht die Gewerkschaften, sondern nur
katholische Arbeitervereine haben wollten.

Die „Germania“ verlangt, daß die Gesamtleitung der
Gewerkschaften und der Parteivorstand eine strikte Erklärung
gegen den Terrorismus loslassen sollen. Beide Instanzen und
auch die socialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag
haben sich wiederholt gegen jeden Terrorismus, gegen jede
Gewalt ausgesprochen. Einzelne Vorkommnisse sind weder den
Leitern der Gewerkschaften, noch den führenden Parteigenossen an
die Hochhöfe zu hängen. Mit viel größerem Recht können wir
dem Centrum beziehungsweise der katholischen Kirche alle jene
zahlreichen Fälle von Sittlichkeitsverbrechen, Ehe-
bruch, Unterschlagung von Kirchengeldern, Be-
gangen von „Dienern der Kirche“, aufs Konto schreiben.

Was schließlich die „Gleichberechtigung“ anlangt, so ist
es durchaus irrtümlich von der „Germania“, anzunehmen, Arbeiter-
organisationen müßten jedes neue Vereinen, und sei es ein
noch so kleines Häufchen, als gleichberechtigt anerkennen.
Leute, die sich, um Vereinspielerei zu treiben, oder um
ihre Sonderwünsche besser zur Geltung bringen zu können, von
der großen Masse absondern und so die Zersplitterung der
Arbeiterschaft herbeiführen, haben durchaus nicht ohne weiteres
ein Recht, als gleichberechtigt anerkannt zu werden. Es wird also
auf die Lage des einzelnen Falls ankommen, wie die große Masse
der Arbeiterschaft Sonderbestrebungen gegenüber sich verhält.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Holzbildhauer! In Schönlank (Provinz Posen)
haben bei der Firma Steinbagen zehn Kollegen wegen vierzehn-
prozentiger Mäßigung der ohnehin schon niedrigen Accordpreise für
Holzenartikel die Arbeit niedergelegt und ist Jugung streng fern zu
halten. Der Vorstand der Verwaltungsstelle Berlin.

Achtung, Steinscher von Schöneberg und Umgegend! Die
Steinscher von Schöneberg und Umgegend können sich behufs Kontrolle
täglich von 10—2 bei Wolff in Steglitz, Schildhornstr. 98, melden.
Das Streik-Komitee.

Für die **Spitzenwähler in Calais** gingen bei der Berliner
Gewerkschafts-Kommission folgende Beträge ein:
8. Komm. Wahlbez. Kirchhof 4.—, Verband der Schweißgeblühen 30.—,
Refer 3.—, Gartweg 6.50, Dr. Jodel 10.05, Schmalz-
Fabrik 10.—, Brauer-Zweigverein Berlin 40.—, Rottenböcker 3.—, R.
2. 20.—, Buchbinder Bürger 15.—, Von Berliner Frauen 50.—,
Brauer und Berufsgenossen, Bismarck 12.—, Typen S. und M. 4.20,
Mitgl. des Deutschen Buchdrucker-Verb. in „Vorwärts“ 20.—, Thätigkeit
Thomas 10.—, Tischlerei Dewitz 6.25, Tischlerei Kuller, Reinickendorfer-
straße, 6.50, Tischlerei Regner, Wienerstraße 17.10, Centralverband der
Bauarbeiter, Verwaltung Berlin 500.—, Galvanoplastik, Lindenstr. 101 15.—,
Verbandsrat Berlin 30.—, Gesangsverein „Nord“ 20.—, Summa M. 839.70.
Weitere Beträge werden im Bureau der Berliner Gewerkschafts-
Kommission, Engel-Platz 15 I, Zimmer 8, vorm. 9—1, nach-
mittags 6—8 Uhr entgegen genommen. Einbringungen sind nur an
A. Köpfen zu richten. Der Ausschuss.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Verbis Leichenbegängnis.

Malland, 30. Januar. (B. S.) Heute früh 7 Uhr erfolgte die
Bestattung Verbis in einfachster Weise. Den Leichenzug eröffnete
eine Abteilung Kavallerie und Feuerwehr. Hinter dem Leichenwagen
folgten die Verwandten, Stadtbehörden, Vertreter von Kunst und
Wissenschaft. Verbis wurde in der Familiengruft an der Seite
seiner Gattin beigesetzt. Einer legitimen Verfügung Verbis
aufzulegen, zwei auf dem Dachboden seiner Villa befindliche Kisten
unveröffnet verbrannt werden. Man vermutet, daß sie un-
veröffentlichte Kompositionen enthalten.

Der Voeren-Krieg.

Cararvon, 29. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureau's.)
Die Besetzung Brandbills durch die Voeren bestätigt sich. Das
Hauptlager der Voeren befindet sich in der Pöntelbofsdorf-Farm,
welche als die Kornkammer von Zerserburg, Calvina und Kenhardt
betrachtet wird; die Voeren haben daselbst Vorräte im Ueberflus
und erhielten eine bedeutende Anzahl Remonten aus den be-
nachbarten Bezirken. Die Voeren sollen sich in Calvina verschanzt
haben.

Clantwillam, 29. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureau's.)
Die Abteilungen der Obersten Veltune und Delisle sind hier ein-
getroffen. Man befürchtet, daß die Aufgabe, die Voeren aus der
Kolonie zu vertreiben, außerordentlich schwierig sein werde, da das
umliegende Gelände für militärische Operationen sehr ungünstig ist.

Albin, 30. Januar. (B. L. S.) Die Gefahr eines Hochwassers
der Mole ist, nach einer Trierer Depesche der „Kölnischen Volks-
zeitung“, zunächst beseitigt. Der Fluß fällt wieder. Der Pegelstand
in Trier war nachmittags 3.08 Meter gegen 3.16 Meter am Vor-
mittag. Seit dem Morgen scheint es dort unauffällig.

Frankfurt a. M., 30. Januar. (B. S.) Die „Frankf. Ztg.“
meldet aus Hamburg: Der bei Cuxhaven gestrandete Dampfer
„Sommerfeld“ hat den Hinterrücken gebrochen und wird vermutlich
verloren gehen. Heute herrscht in der Bucht wieder starker
Sturm.

Wien, 30. Januar. (B. S.) Bei der Universität fanden heute
vormittag lärmende Studenten-Demonstrationen statt, die sie gegen
den Professor der Anatomie, Hofrat Toldt, angeblich wegen zu
großer Strenge deselben bei den letzten Prüfungen richteten.

Kaisan (Ungarn), 30. Januar. (B. L. S.) In einem hiesigen
Verzögerungslotale kam es heute zu einer Schlägerei zwischen In-
sunteristen und Landwehrcapitänen. Die Polizei griff ein und mußte
von der Feuerwaffe Gebrauch machen, wobei mehrere Insunteristen
schwer verletzt wurden.

New York, 30. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureau's.)
Eine Depesche aus Port of Spain besagt, daß nach Meldungen
aus Caracas glaubwürdige Mitteilungen von Pitt Lake die
dortige Lage als verwickelt bezeichnen. Hunderttausend Reiter,
welche als britische Unterthanen den Polizeidienst versehen, seien, als
die Insurgenten schossen, ins Dickicht geflohen, und hätten 25 Ameri-
kaner, deren Leben und Eigentum sie zu schützen hatten, im
Stiche gelassen. Die Amerikaner hätten die amerikanische Gesandtschaft
in Caracas um Hilfe gebeten. Der Gesandte antwortete, die Meldungen
seien wohl übertrieben; er wolle indessen nach Washington tele-
graphieren. — Dieselbe Depesche meldet, daß die venezolanischen
Aufständischen Corupano wiedergewonnen hätten, und daß sie binnen
kurzem Cumana angreifen werden. Den Dampfern wird nicht ge-
stattet, Passagiere und Post in Corupano an Land zu bringen.

Reichstag.

87. Sitzung vom Mittwoch, den 30. Januar 1901, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Niemand.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung der Entwürfe betreffend ein Reichs-Wohnungsgesetz. Das Schlusswort für den nationalliberalen Antrag erhält

Abg. Müller-Duisburg (natl.):

Nach der Erklärung des Grafen Posadowsky ist der socialdemokratische Antrag völlig aussichtslos. Es bleibt im wesentlichen der Antrag Schrader übrig. Unser Antrag geht insofern über denselben hinaus, als er für die vorgezeichnete Enquete bestimmte Direktiven gibt und die Organisation der öffentlichen Wohnungsfürsorge in Aussicht nimmt. Das zweckmäßigste wäre, eine ständige Kommission zur Prüfung der einschlägigen Fragen einzusetzen, die dem Reichsamt des Innern anzuschließen wäre.

Sollte sich für die von uns vorgeschlagene Direktion keine Mehrheit finden, so würden wir für den Antrag Schrader stimmen.

Das Schlusswort für seinen Antrag erhält der

Abg. Dreesbach (Soc.):

Die Erklärung des Grafen Posadowsky hat wohl niemand befriedigt. Der Herr Vorredner meinte, er hielt trotz dieser Erklärung seinen Antrag aufrecht. Herr Stodmann dagegen ist der Ansicht, es müsse als Demonstration aufgeführt werden, wenn man nach dieser Erklärung noch für einen der vorliegenden Anträge stimmt. Graf Posadowsky hat nun anerkannt, daß Mißstände im Wohnungswesen bestehen, und daß dieselben durch die Selbsthilfe allein nicht beseitigt werden könnten. Man ist aber nicht gewillt, die gesetzliche Grundlage zur Abhilfe zu schaffen, sondern verweist uns an die einzelstaatliche Souveränität. Das Reich erblüht seine Aufgabe nur in der Errichtung zweckentsprechender Wohnungen für seine eigenen Angehörigen; das kann man ja unter Umständen begründen, wenn das Reich das tatsächlich vorhandene Wohnungsbedürfnis anerkennt. Warum es aber dann die Abhilfe durch ein Reichsgesetz ablehnt, ist nicht zu verstehen. Bezüglich der Wohnungshygiene soll der Reichs-Gesundheitsrat in technischer und wissenschaftlicher Beziehung Anregung einwirken. Das ist alles, was die Regierung thun will, das heißt nichts anderes als: Wägh mit den Beiz und nach mich nicht nah. Es ist doch die Frage berechtigt: Soll das Reich etwa nur dann als Einzelstaat auftreten, wenn es sich um Beschaffung von ungezählten Millionen für die Vergroßerung von Meer und Marine handelt, braucht man da auf die Einzelstaaten keine Rücksicht zu nehmen und soll man nur dann den förderativen Charakter des Reichs betonen, wenn es sich um Wohlfahrtsleistungen im allgemeinen Interesse handelt? (Sehr gut! bei den Soc.) Was können wir denn auch von den Einzelstaaten erwarten? Diese sind ja fast alle nach dem Dreiklassen-System gewählt, und wo das allgemeine Wahlrecht besteht, ist seine Wirkung durch die indirekte Wahl wieder bekränkt.

Die Vertreter der Einzelstaaten sind also nicht der Ausdruck des Gesamtwillens der Bevölkerung, sondern vertreten nur die herrschenden Klassen. Wie wollen Sie dort mit Forderungen durchkommen, die im Interesse der großen Masse des Volks liegen? Preußen soll nun versprochen haben, die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in die Hand zu nehmen. Glauben Sie wirklich, daß die Herren im Abgeordnetenhaus die Vorlage ihrer Regierung auch annehmen werden? Glauben Sie, daß diese Körperschaft oder gar das Herrenhaus soviel sociales Verständnis hat? (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Diese sind höchstens zur Abhilfe bereit, wenn es sich darum handelt, die notleidenden Junken in Ostpreußen durch Kornzölle zu unterstützen.

War doch die Vertreterschaft von Hamburg nicht dafür zu haben, daß dem Hauseigentümer das Recht genommen werde, seinem Mieter, der nicht zahlen kann, bis auf's Hemd auszuziehen. Erst das Bürgerliche Gesetzbuch mußte hier Wandel schaffen. Diefelbe Vertreterschaft konnte sich selbst nach den traurigen Erfahrungen der Cholera-Epidemie nicht entschließen, eine vernünftige Bau-Ordnung einzuführen.

Und können wir etwa mehr von den Kommunen erwarten? Diese sind fast in ganz Deutschland nach Klassen, d. h. nach der Steuerkraft zusammengefaßt. Hier herrscht die reinste kapitalistische Interessengemeinschaft, und wenn wir im badiischen Landtag die Abänderung des Wahlrechts verlangt haben, so ist von der Regierung, den Nationalliberalen und auch den Freisinnigen gelangt worden, das sei undenkbar, die Gemeindevertretung sei eine wirtschaftliche Interessengemeinschaft, wer mehr Steuern zahle, müsse auch größere Bestimmungsrechte haben. In Köln, der zweitgrößten Stadt Preußens, hat eine zahlreiche besuchte Versammlung den Beschluß gefaßt, sich an die Kölner Stadtverordneten-Vertretung zu wenden, um einer zu bildenden Baugenossenschaft einen Beitrag von mindestens 1 Million Mark zuzuwenden zum Bau von Wohnungen. Dieser Antrag wurde unter Hinweis auf die 4 bestehenden, von der Stadt unterstützten Baugenossenschaften und den Bau von Wohnungen für die städtischen Arbeiter abgelehnt. Das zur Zeit ein Mangel an kleinen Wohnungen besteht, erkennt die Verwaltung an, meint aber, nach allgemein anerkannter Auffassung seien die bestehenden Arbeitergenossenschaften die geeigneten Organe zur Förderung des Arbeiter-Wohnungsbaus, während von den Leitern dieser Genossenschaften behauptet wird, daß sie nur einen Tropfen auf dem heißen Stein bedeuten und den Kernsten der Arbeiter gar nicht helfen könnten.

Auf dem Wege, den uns der Reichsminister gewiesen hat, ist nichts zu machen. Wir müssen also einen von den vorhandenen Anträgen zum Beschluß des Hauses erheben, um der Reichsregierung zu zeigen, was ihre Pflicht ist. Der Antrag Schrader ist ja schon vor langer Zeit angenommen worden, hat aber bisher keinen Erfolg gehabt. Was den Antrag Heber, Wassermann anlangt, so schreibe ich mich der Ansicht des Centrumsredners an, daß eine Wohnungs-enquete vollständig überflüssig ist. Wir haben Material genug, welches beweist, daß eine Wohnungsnot vorhanden ist. Eine Enquete kann Jahre dauern und dann sind wir noch um keinen Schritt weiter. Der einzige positive Antrag ist der Antrag Albrecht, der die Vorlegung eines Reichs-Wohnungsgesetzes fordert. Dr. Jäger erklärte, er freue sich, daß die Socialdemokratie ihren bisherigen ablehnenden Standpunkt aufzugeben habe, indem er hinzufügte, er freue sich über jeden Sünden, der Dube thut. Ich glaube, über die Dube, die wie angeblich jetzt thun, hat Dr. Jäger keine Ursache, sich zu freuen, denn das Eintreten der Socialdemokraten gegen die Wohnungsnot ist viel älteren Datums als sein Antrag. Ueberall, wo es in der Nacht der Socialdemokratie lag, hat sie schon seit Jahrzehnten Anträge gestellt, die dazu dienen konnten, die Wohnungsverhältnisse der arbeitenden Klasse zu verbessern. Ich selbst habe in Mannheim vor zehn Jahren tatsächlich dabei mitgeholfen, meiner Anregung ist es im Jahre 1880 zu verdanken, daß die badiische Regierung sich dazu entschloß, eine Kommission für eine Wohnungs-Enquete einzusetzen. Ich selbst war Mitglied dieser Kommission und als wir das Resultat zusammenstellten, da zeigte sich, daß die Kommission und die Behörden nicht in der Lage waren, den Mangel abzuheben, weil wir nicht wußten, wo wir mit den Mitteln der gesundheitsförderlichen Wohnungen hin sollten. Das größte ist ja damals abgeändert worden. Aber auch die Ergebnisse der damaligen Untersuchung zeigten, daß eine ledigliche Untersuchung der Wohnungen keinen Zweck hat, wenn nicht Hand in Hand mit ihr die Schaffung besserer Wohnungen geht.

Im Jahre 1888 wurde bei Gelegenheit der Volkszählung auch eine Zählung und Prüfung der Wohnungen vorgenommen. Es ergab sich, daß 900 Wohnungen in Mannheim ohne heizbares Zimmer waren. Wohnungen ohne heizbares Zimmer mit einer Küche wurden bewohnt von einer Person 29, von 2 Personen 140, von 3 Personen 195, von 4 Personen 170, von 5 Personen 160, von 6 Personen 93 usw. Ich glaube, das giebt einen Einblick in die Wohnungsverhältnisse, die geradezu trostlos sind.

Denken Sie sich sechs Personen in einer Wohnung ohne heizbares Zimmer. Da sind die Leute im Winter alle auf die Küche angewiesen. Hier ist dringend Abhilfe nötig. Wenn die Gemeinde nicht will oder kann, muß höhere Orts etwas gethan werden und wenn es in den Einzelstaaten nicht geht, dann muß hier im Reichstag, wo doch wenigstens der Schein einer Volksmeinung vorhanden ist, irgend ein Beschluß gefaßt werden.

Draufliche Beispiele für die Wohnungsnot giebt auch eine Statistik des sogenannten Wöchnerinnen-Mieths in Mannheim. Diefes Mieth nimmt an sich Frauen auf, die kurz vor ihrer Niederkunft stehen und, wenn die Frauen Kinder zu bezeugen haben, so beordert es auch jemanden, der inzwischen die Handhabung führt. Eine Statistik der Wohnungsverhältnisse der Wöchnerinnen von 1000 ergibt folgendes: Es bewohnen bei einer Kopffzahl von 2 Personen, ohne das Neugeborene nur ein Zimmer 41 Familien, bei einer Kopffzahl von 3 Personen 28 Familien, bei einer Kopffzahl von 6 Personen ohne das Neugeborene bewohnte nur 1 Zimmer mit einem Bett eine Familie. Redner führt noch einige Beispiele für die schrecklichen Wohnungsverhältnisse an, die sich bei den Geburten des Mannheimer Wöchnerinnen-Mieths ergeben haben.

Diesem Mangel an geeigneten Wohnungen tritt hinzu der ungeheure Preis, den die Wohnungen meistens für Arbeiterverhältnisse kosten. 25 bis 30 Proz. des Verdienstes müssen allein als Mietzins gegeben werden. Auch hierfür einen drastischen Beweis: Im Jahre 1898/99 hatte der Stadtrat in Mannheim eine Revision seines Gehaltstaxars vorgenommen. Um die Verhältnisse der Beamten klarzulegen, wurde eine Erhebung über die Mietpreise angestellt, die von den Beamten gezahlt werden. Die Miete betrug bei einem Gehalt von 9000—5000 M. ca. 805 M. jährlich, bei einem Durchschnittsgehalt von 2000 M. 683 M. jährlich, bei einer Gehaltsstufe von 1200—1800 M. 450 M., also 30 Proz. des Einkommens. Der Stadtrat hat infolge dessen die Gehälter bedeutend verbessert und für billigere Anwesenheiten gesorgt. Was für die städtischen Beamten zutrifft, ist natürlich in noch schlimmerem Maße der Fall bei den städtischen Arbeitern. Die Arbeiter müssen für die hohen Mietpreise natürlich Ersatz haben und sie glauben diesen am besten zu bekommen durch Aufnahme von Altkameraden. Das führt zu ganz ungläublichen Zuständen. Diese haben sich auch bei der Inspektion der badiischen Fabrikinspektoren herausgestellt. Bei Befichtigung der Unterkunftsräume wurden auch gelegentlich die Wohnungen der verheirateten Arbeiter beaugesehen. Dabei zeigte sich, daß noch dieselben Mißstände wie vor 5 Jahren vorhanden waren. In manchen Fällen war in den Wohnungen für die Person nur ein Luftstrahl von 7,8 Kubikmeter vorhanden. Das soll für einen freien Arbeiter genügen, aber in den Gefängnissen verlangt man 20 Kubikmeter für den Kopf.

Diese Verhältnisse sind nicht etwa ausnahmsweise unglücklich, sondern allgemein. So sehen die Wohnungen nicht nur in Mannheim aus, sondern in allen Städten mit raschem Wachstum. Das Wohnungsleiden treffen wir aber auch auf dem Lande, wenn die Herren nach rechts, es auch nicht zugeben wollen. Auch in der Pfalz, in Baden, in Bayern und Württemberg herrscht Wohnungsnot, wenn der Abgeordnete Jäger es auch bestritt. Fleh zum Bau von Wohnungen ist auf dem Lande genug vorhanden, darin hat der Abg. Säremph recht; schade nur, daß die Wohnungen nicht gebaut werden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wie die Wohnungen in Ostpreußen aussehen, das zeigen die Staatsverhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses im Jahre 1897, in der die unerhörten Wohnungsverhältnisse in Tralshen als Skandal bezeichnet worden sind. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Material zur Beurteilung der Wohnungsverhältnisse auf dem Lande bietet auch die Schrift des Posters Wagner über die „Sittlichkeit auf dem Lande“. Dort werden als Hauptursache der sittlichen Verwahrlosung auf dem Lande die erbärmlichen Wohnungsverhältnisse bezeichnet. Die Herren (nach rechts) leugnen das Wohnungsleiden nur ab, weil es ihnen sonst an den Geldbeutel gehen würde. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Eine Enquete ist eigentlich überflüssig, den Regierungshandeln sollte das Material nicht fehlen. Jetzt handelt es sich darum, thätkräftig einzugreifen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.)

Der Standpunkt meiner Partei ist bekannt. Wir betrachten die Wohnungsfrage als einen der wichtigsten Teile der sozialen Frage. Die endgültige Lösung beider Fragen fällt zusammen. Diese Erkenntnis ist aber durchaus kein Hindernis für uns, schon heute für Abstellung der ärgsten Mißstände hier wie dort mit aller Energie einzutreten. Es ist nicht wahr, daß wir der Wohnungsfrage sich gegenübersehen und die Hände in den Schoß legen. Wir sind für jede Reform in der Wohnungsfrage, die das Abhängigkeitsverhältnis des Arbeiters vom Unternehmer nicht erhöht. (Bravo bei den Social.)

Der von neuer kleiner Wohnungen muß von dem Reich, den Einzelstaaten und den Kommunen gefördert werden. Vor allem liegt den Gemeinden diese Pflicht ob. Diese sind interessiert an dem Jugug großer industrieller Establishments. Dabei müssen sie auch dafür sorgen, daß die betreffenden Arbeiter gesunde billige Wohnungen finden. Darüber, ob die Stadt für ihre Arbeiter Wohnungen bauen soll, sind die Meinungen geteilt. Auch Mitglieder meiner Partei fürchten, daß die Arbeiter, wenn sie den Dienst der Stadt verlassen, auch der Wohnung sofort verlustig gehen. Um das zu verhindern, müßte in den Reichs-Wohnungsgesetz bestimmt werden, daß die Wohnung solcher Arbeiter jedenfalls nur zu dem gesetzlichen Kündigungstermin gelündigt werden darf. — Weiter verlangen wir die Subventionierung gemeinnütziger Baugenossenschaften durch Gemeinde und Staat. — Vor allem muß etwas Wirkliches geschehen. Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns nun endlich Thaten sehen! (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Eckart (fr. Sp.):

Die Erklärung des Herrn Reichsministers ist um so verständlicher, als die Regierung ja selbst zugiebt, daß große Mißstände auf dem Gebiet des Wohnungswesens bestehen, die nur durch Gesetz beseitigt werden können. Von den vorliegenden Anträgen ist der Antrag Schrader mir dringend zu befordern. Er will die Sache in Ruhe bringen, bindet sich aber nicht auf bestimmte Forderungen. Ich bitte Sie, denselben anzunehmen. (Bravo! links.)

Es folgt die Abstimmung über die Anträge. Der Antrag Albrecht (Soc.) wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten abgelehnt, der Antrag Heber, Wassermann (natl.) gegen die Stimmen der Konservativen und Freisinnigen angenommen. Damit ist der Antrag Schrader erledigt.

Es folgt die erste Beratung des Antrags Wargmann und Genossen (fr. Sp.) betreffend Aushebung der Theaterzensur durch Abänderung der Gewerbe-Ordnung.

Abg. Dr. Müller-Mentingen (fr. Sp.):

Die Kompetenz des Reichs in dieser Frage ist unbestreitbar. Die Theaterzensur widerspricht dem Art. 27 der preussischen Verfassungsurkunde. Dieser lautet: Jeder

Preuze hat das Recht, durch Wort und Schrift seine Meinung frei zu äußern. Der Absatz 2 dieses Paragraphen lautet sogar ausdrücklich: „Die Censur darf nicht eingeführt werden.“ (Hört! hört! links.) Es liegt nicht der geringste Grund vor, diesen Absatz nur auf die Censur von Büchern zu beziehen. Vor allem aber kommt es auf den ersten citierten Absatz an, denn es ist nie bestritten worden, daß auch der Autor eines Dramas durch sein Werk unmittelbar zum Volke spricht. Bereits 1899 hat der Abg. Dunder die Theaterzensur als verfassungswidrig bezeichnet. Die Theaterzensur widerspricht aber auch der Gewerbe-Ordnung. In dieser ist nicht davon erwähnt, daß sie durch Ortspolizei-Verordnung eingeführt werden könnte. Das Theaterwesen ist vollkommen ausreichend in der Gewerbe-Ordnung geregelt. Gegenwärtig sind aber die Verhältnisse in den einzelnen Staaten ganz verschieden, in Hamburg, Württemberg und Hessen z. B. wird die Theaterzensur nicht ausgeübt. In Hessen ist nur einmal ein Verbot der „Weber“ ergangen, das aber die größte Enttäuschung im Lande hervorrief und dann wieder aufgehoben wurde. In den meisten Staaten herrscht vollkommen Unklarheit über die bestehenden Rechtsverhältnisse auf diesem Gebiete, so vor allem in Bayern. Man sucht einfach durch polizeiliche Vorschriften die Gewerbe-Ordnung aufzuheben. Das ist dasselbe Verfahren, welches man gegen das Koalitionsrecht anwendet. (Sehr richtig! links.) Es ist nötig, einmal gründlich in den Anglistall des preussischen Polizeistaats hineinzusehen. Die bestehenden Zustände bedeuten einfach die Aufhebung des Rechtsstaats und Proklamierung des Polizeistaats. (Sehr wahr! links.) Unser Antrag will diesen geradezu unheilbaren Zustand endlich ein Ende machen, vor allem im Interesse der modernen Kunst und Literatur. Herr v. Richthofen hat das gefällige Wort ausgesprochen: „Die ganze Richtung paßt uns nicht!“ (Große Heiterkeit, links.) Ich will nicht alles an der Moderne verteidigen, aber ihre Wurzeln hat sie doch. Wir können verschiedene Meinungen über sie sein, wir können ästhetisch über sie streiten, aber die Polizei soll doch die Hände davon halten. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Die Polizei blamiert sich ja nur dabei. (Stürmische Zustimmung links.) Dafür einige Beispiele Redner erinnert an die Censurierung von Gerhart Hauptmanns „Florian Geyer“, an das Verbot der „Jugend“ von Halbe, der „Johanna“ von Björnson, an die bekannten Censururtheile beim „Gyran von Bergerac“. Dunderbar war die Thätigkeit, die der Censor beim Stück von Dreher „Gyran“ entfaltet. Es wurde im Lessing-Theater gegeben, dessen Publikum nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts friedfertig und unschuldig ist. (Große Heiterkeit.) In dem Stück trat ein Baron Joachim und sein Diener Friedrich auf. Beide sind sehr fortpulent. Der Baron jagt zum Diener: „Kommt es Dir nicht niederschmetternd zum Bewußtsein, daß Dein Wais eine sociale Unverschämtheit ist?“ Der Censor begriff nicht, was das heißen sollte und schrieb das Wort „social“. (Stürmische Heiterkeit links.) Der Baron fährt fort: „Mein Pauch ist ein Grundstein der Verfassung, ein Kulturfaktor, Diener aber ist revolutionär! Begreift Du das?“ Friedrich: „Nein, Herr Baron!“ Joachim: „Dummes Luder!“ Das kam dem Censor so ordnungswidrig vor, daß die ganze Stelle gestrichen wurde. (Stürmische Heiterkeit links.) In demselben Stücke urteilt der Baron Joachim mit der Kammerjose Vertha. Vertha sagt: „Ich bin kein Dienstmädchen, ich bin eine geprüfte Jungfer!“ Der Weiberheld Joachim erwidert: „Geprüfte Jungfer! Das ist ja eine ganz neue Species dieses verurteilten Geschlechts!“ Auch diese Stelle wurde gestrichen. (Stürmische Heiterkeit links.) (Gedemütet Berner, der neben dem Redner sitzt, flüstert ihm etwas zu.) Wir sind eben von einem Regierungsoffizier zugelassen, es sei doch sehr richtig, wenn derartige Schweinereien verboten werden! (Große Heiterkeit links.) Wenn man solche Andeutungen hat, dann ist es ein köstliches Beispiel für die Auswüchse, wie sie der preussische Censor begeht. (Sehr richtig! links.) Herr v. Rheinbaben hat ja auch zugestanden, daß in dem einen oder andern Fall Mißgriffe vorgekommen wären. Wahrscheinlich ist jetzt für den Theaterzensor die Ordnung vom 5. Dezember 1899. Danach soll die Censur nur solchen Beamten anvertraut werden, die literarische Kenntnisse, Erfahrung und ein sittlich gereiftes Urteil besitzen. Es wird hinzugefügt: Von grobem Nutzen ist auch die vorherige Befragung von literarischen Sachverständigen, wenn die Tendenz des Stücks oder sein Kunstwert im allgemeinen Bedenken erregt. Was hat denn die Polizei mit dem Kunstwert eines Stücks zu schaffen? Da kommen wir ja zu ästhetischer Censur, und dazu soll die preussische Censur erst den Befähigungsnachweis liefern.

Was für einem Mann ist nun in Berlin die Theaterzensur anvertraut? Ein in den Kanal gefallener und unbefähigter als Regierungsrat wieder aufgetauchter Landrat namens Dumrath ist zum Censor gemacht worden! (Große Heiterkeit links.) Der Herr sollte sich das Wort Treitschkes über die Censoren einmal ansehen: „Das Amt des Censors war zu allen Zeiten so gefällig, daß die Censoren fast immer als schlechte Menschen betrachtet wurden.“ (Große Heiterkeit.) Ein schlechter Mensch ist Herr Dumrath nicht, er scheint ganz gutmütig zu sein, aber er fällt sich unsicher und soll sich einen großen literarischen Beirat gewählt haben. Wer ist denn das? Sollte es wirklich Lauff sein? (Große Heiterkeit links.) Sehen wir uns nun einmal die Früchte an!

Im September v. J. sind 16 Stück beanstandet worden. Ein Verbot war besonders bedenklich, das Verbot von Tolstojs „Macht der Finsternis“. Es ist verboten worden, weil sein „Gesamtinhalt so ordnungs- und sittenverletzlichen Wesens“ Anlaß gegeben hat. (Große Heiterkeit links.) Später ist das Verbot wieder aufgehoben worden und Herr v. Rheinbaben hat den Begriff zugegeben. Derartige Fehlgriffe blamieren unsere Theaterzensur aber vor der ganzen Welt. (Stürmische Zustimmung, links.) Der strengste Censor, den man sich denken kann, der russische Theaterzensor hat das Stück erlaubt. (Hört! hört! links.) Ich habe ordentlich Achtung vor dem Mann. Wenn ein deutscher Dichter in so tragischer und erschütternder Weise Lummheit und Aberglauben in der deutschen Bevölkerung schilderte, wie es Tolstoi für Rußland thut, so fürchte ich, würde das Stück in Deutschland nicht erlaubt sein. (Sehr richtig! links.) Die russische Theaterzensur sieht also bereits über der preussischen.

Die „Nacht der Finsternis“ ist schon vor Jahren von den freien Volkstheatern aufgeführt worden. Sie ist von den Theatern von Stuttgart und München gegeben worden, und obwohl der Minister den Beschluß konstatiert hat, ist das Stück noch heute in Kiel und Leipzig verboten. (Hört! hört!) Wo bleibt denn da die Logik! Sind wir überhaupt noch ein Volk mit einheitlicher Sprache und einheitlicher Kultur, wenn so etwas möglich ist? Ein zweites Stück, das verboten wurde, ist ein harmloses Lustspiel von Jassé, „Der Kuhenseiter“. Es wird die Beweiskraft geschäftet, in der ein Offizier zu Grunde geht. Offenbar ist das Stück beeinflusst von dem harmlosen Prozeß. Der Oberpräsident hat das Verbot bekräftigt, weil eine im Stück selbst liegende ganz augensällige Zeichnung der geschändeten Zustände als unsittlich steht. Das Publikum ist wohl zu dumm, eine andre als augensällige Zeichnung und Schilderungen zu verstehen. (Heiterkeit links.) Das Ober-Verwaltungsgericht hat diesen Geist der Theaterzensur scharf verurteilt.

Ein drittes Stück „Der Kussing ins Sittliche“, Komödie von Georg Engel, ist auch des Gesamtinhalts wegen verboten worden. Ein adliger Schwärmer, der keiner Partei angehört, sondern eine Partei der Unständigen gründen will, entlarvt die Tugendliebe seines Onkels, der an der Spitze eines Sittlichkeitsvereins steht. Die Ausführungen des Censors bei den Verhandlungen vor dem Be-

Arbeitslosigkeit waren geradezu unglücklich. Er sagte dort, das Schiff lasse den Stand der Landwirtschaft in lauterlicheren Licht erscheinen. (Große Heiterkeit links.) Es würden nur Karikaturen von Landwirten hingestellt. Das müsse den Bivelpalt zwischen Stadt und Land verschärfen, und eine solche Verschärfung dürfe angesichts der Handels-Verträge nicht stattfinden. (Stürmische, langanhaltende Heiterkeit.) Die Antwort des Bezirksausschusses war die sofortige Freigabe des Stücks, und der Polizeipräsident hat eine Berufung nicht eingelegt. Daß der harmlose Schwank „Seltene Herren“ von Blumenthal und Stadelburg zuerst verboten war, ist bekannt. Die Verfasser hatten ein Pöngelstück. Ohne dies Verbot wäre ihr Erfolg bei weitem nicht so groß gewesen. 41 Striche hat der Censor am Stück vorgenommen. Nur zwei will ich erwähnen. Gestrichen wurde eine Stelle, die sich gegen die Censur wendet: „Was hat Ihnen denn das arme Stück getan? Einem Behrlosen stören Sie einen Ankel in den Hals. Einem Lebendigen wollen Sie begraben.“ (Heiterkeit.) Und gestrichen wurden die Worte: „Saubern Sie die Reichshauptstadt erst einmal von den Dudmäusern und Heuchlern. Das übrige besorgt die Straßenreinigung.“ (Große Heiterkeit.) Der Censor glaubt vermutlich, daß es in Berlin keine Dudmäuser und Heuchler giebt. (Heiterkeit.) Es ist nur der Jähigkeit Paul Lindaus zu verdanken, daß der zweite Teil von „Ueber unsre Kraft“ hier in Berlin endlich aufgeführt werden durfte, während es in Stuttgart längst gegeben worden war. Besonders bezeichnend ist die Behandlung, welche das Stück „Kojenmontag“ von Otto Erich Hartleben von der Censurbehörde gefunden hat. Da ist z. B. aus der Stelle: „Ich habe Dir mein Leben, meinen Leib und meine Seele hingeworfen“ der „Leib“ als unsittlich gestrichen worden. (Große Heiterkeit.) Einmal wird von den seligen letzten Tagen und Nächten gesprochen. Die letzten Tage wurden gelassen, die „Nächte“ aber gestrichen. (Erneute Heiterkeit.) Sehr merkwürdig ist folgende Streichung: Der Lieutenant Hans sagt zu seinem Schwiegervater: „Je mehr Lügen und Wohlleben um sich greift, um so ernster tritt an den Offizierstand die Pflicht heran, nie zu vergessen, daß es auch nicht materielle Güter sind, welche ihm die hohe Ehrenstellung im Staate und in der Gesellschaft geschnitten haben.“ Die Stelle, die übernommen ist aus dem Erlass Kaiser Wilhelms I. hat der Censor vollkommen gestrichen. (Hört! hört! Heiterkeit.) Ich glaube entschieden, daß ihm unter Bemerkung des solus eventualis hierauf hin eine Majestätsbeleidigung nachgewiesen werden könnte. (Große Heiterkeit.) Wie es unsren Klaffern unter dieser Censur gehen würde, dafür ist eine Aeußerung eines Hoftheater-Intendanten bezeichnend, welcher erklärte: „Wären die Herren Schiller, Goethe und Schopenhauer nicht schon vorher aufgeführt, so kämen sie sicher nicht mehr zum Vorschein; da sie nun aber einmal auf dem Repertoire stehen, so mögen sie in des Teufels Namen auch bestehen bleiben.“ (Große Heiterkeit. Zuruf: Lauff! Ach, Herr Lauff, der steht viel zu hoch, an den reicht die Censur nicht heran. Interessant ist ein reizender Vorfall. In Sagan sollte am ersten Weihnachtsfeiertag die Ouvertüre zur „Leichten Kavallerie“ von Suppé aufgeführt werden und, als die Aufführung als dem Ernst des Tages nicht entsprechend verboten wurde, die „Egmont-Ouvertüre“ gegeben werden. Im letzten Augenblick waren die Noten nicht zu finden. Der Konzertgeber ließ daher einfach, ohne das Programm zu ändern, die Ouvertüre zur „Diebischen Elster“ von Rossini spielen und dies wurde nicht beanstandet. Die Polizei hat also jedenfalls diese Musik für die Ouvertüre Egmont gehalten. (Stürmische Heiterkeit.) Das Beste kommt noch: Eine Theatersängerin schloß ihre Schandackel mit dem bekannten Jodler ab. Die Polizei merkte, daß die Sängerin etwas vortrug, daß der Censur nicht vorgelegt war, und die Sängerin wurde erlucht, künftighin auch das Weitere, was sie vortrug, also den Jodler, der Censur zu unterbreiten. (Stürmische Heiterkeit links.) Man könnte einwenden, daß wir auch die Censur der Zingeltangeln beseitigen würden. Die Gewerbe-Ordnung bietet aber genügende Handhaben, um diesen Zingeltangel beizukommen. Diesen Instituten gegenüber nützt nur die Polizei die Macht, die sie besitzt, nicht aus. Sie verkennt ja überhaupt vollständig ihre Aufgaben. Böcklinische Bilder entfernt sie aus den Schaufenstern, aber die Stupplerin Anna Fischer laun jahrelang ihr Gewerbe vor den Augen der Polizei ausüben. Wir sagen mit dem Reichskanzler: Das muß anders werden und es kann nur anders werden bei vollständiger Aufhebung der Censur. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Stockmann (Rp.):

Ueber die Verletzung der preussischen Verfassung hat der Reichstag nicht zu wachen. Im übrigen befreite ich auch, daß die preussische Verfassung durch die Theaterzensur verletzt ist. Der Herr Vordredner will die Kunst schätzen. Ich habe mich bei vielen der Fälle, die er anführte, gefragt, was denn die Kunst daran verliert, wenn diese Sachen gestrichen werden. (Lachen links, Bravo! rechts.) — Sie wollen durch die Beseitigung der Censur Bahn schaffen für das, was dem Publikum gefällt, wir wollen durch die Censur der Ausbreitung der Unsitlichkeit vorbeugen. Dieser unsittliche und unchristliche Geist zeigte sich auch in der Jubelfeier des Goethe-Bundes bei dem Fall der Ix Heringe, wo gegen erste christliche Anschauungen geeifert wurde. Ich erinnere aber an das Wort Goethes: Der menschliche Geist wird über die Höhe und stützliche Kultur des Christentums nie hinauskommen. (Bravo! rechts.)

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.
Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsanths des Innern.)
Schluß 6 Uhr.

Sociales.

Ein Arbeiter-Haushalt. Ein Berliner Maurer, verheiratet aber kinderlos, verdiente im Jahre 1900 im ganzen 1467,97 M. Das Jahr war günstig, denn der Arbeiter war in der Lage, 285 Tage arbeiten zu können. Das ist für einen Maurer, der häufig die Arbeitsstelle wechseln muß und von der Bitterung abhängig ist, sehr viel. Seine Ausgaben betragen insgesamt 1400,23 M., so daß ihm 67,74 M. übrig blieben. Für die Ernährung, Heizung und Beleuchtung wurden 718,12 M. ausgegeben, so daß auf jede Person des Haushalts täglich 91 Pf. entfallen, eine Summe, die nach den Feststellungen des Reichs-Gesundheitsamts etwa gerade ausreicht für die Beschaffung der notwendigen Nahrungsmittel. Da sich aber darunter auch die Ausgaben für Heizung, Beleuchtung und Reinigung befinden und außerdem für Bier und Cigarren, so steht die Ernährung schon unter dem Minimum, das vom Reichs-Gesundheitsamt für unerlässlich bezeichnet worden ist.

Die andern Ausgaben von zusammen 682,11 M. setzen sich wie folgt zusammen: Miete 251,50 M., Fahrrad und Fahrzeid 181,90 M., Anschaffungen von Kleidung, Wäsche, Schuhzeug und Hausgeräten 74,93 M., Steuern, Kosten und Vereinsbeiträge 89,98 M., Vergütungen 49,85 M.; der Rest wurde ausgegeben für Lektüre, Handwerkszeug, Medikamente, Rasieren und Vogelfutter. Alle einzelnen Posten dieser Ausgaben sind außerordentlich bescheiden; so der für Vergütungen noch nicht einmal jede Woche eine Mark. Die Ausgaben für Erhaltung des Hausstands sind sogar ungenügend und wenn jedes Jahr nicht mehr ausgegeben würde für diese Dinge, dann ginge der Hausstand bald zurück; soll er erhalten werden, dann werden zeitweilig wesentlich höhere Ausgaben nötig sein. Was wird aber nun erst aus einer Familie mit solchem Einkommen — das gegenwärtig noch zu den besten Arbeitereinkommen gehört — wenn zwei oder drei Kinder da sind? Die wenigen, über das rein physische Erhaltungsbedürfnis hinausgehenden Groschen in diesem Budget genügen gar nicht, um die Kinder zu nähren und zu kleiden. Auch wenn die Anschaffungen für den Hausstand bis auf etwas Schußfedern unterblieben, genügt es noch immer nicht; die Ernährung der ganzen Familie muß eingeschränkt werden, das langsame Verkümmern beginnt und Hausstand, Kleidung und Wäsche sind in wenigen Jahren zu Lumpen und altem Gerumpel

geworden, das blutige Elend schaut aus allen Winkeln. Und das ist ein „gut bezahlter“ Arbeiter. Hunderttausende sind noch viel elender bezahlt.

Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse referierte am Montag der Reichstags-Abgeordnete Wurm über „Vollernährung und Volkseinkommen“. Es wird so oft darauf hingewiesen, fühle der Redner aus, daß die arbeitenden Klassen die Ethik nicht genug in den Vordergrund stellen; dieser Vorwurf ist aber völlig ungerechtfertigt. Wenn man mit Mühe um sein tägliches Brot ringt, kann man sich geistig nicht frei entwickeln, und es ist eine höhere Sache, mit hungrigem Magen Ethik zu treiben. Die Ernährungsfrage ist eine der wichtigsten Fragen des Proletariats. Erst die Mitte des vorigen Jahrhunderts hat uns Aufklärung über die richtige Ernährungsweise gebracht, es ist dies ein Gemisches Rechenexempel. Der Vortragende giebt nun eingehend den Nährgehalt der verschiedenen Nahrungsmittel und weist nach, daß die gesunde Ernährung aus pflanzlichen und tierischen Stoffen bestehen muß. Gerade für die schwer arbeitende Bevölkerung ist die gemischte Kost notwendig.

Nach den Berechnungen der Reichsregierung braucht eine Person zur Ernährung täglich 90 Pf., demnach rechnet man für eine Familie 984 M. für's Jahr.

Kommt hierzu noch Wohnung, Kleidung, Beleuchtung zc., so ist bei bescheidensten Ansprüchen ein Jahreseinkommen von 1500 M. für eine Familie erforderlich. Nun wissen wir aber, daß die meisten Arbeiter 1500 M. nicht verdienen, wissen, daß sogar 62 Proz. der Bevölkerung ein Einkommen unter 900 M. hat.

Bedenkt man, daß die Arbeiterklasse, dank unserer fürchterlichen Wohnungsverhältnisse, ein Drittel ihres Verdienstes für Miete ausgeben muß, so ist leicht zu ersehen, daß für die Ernährung, für das wichtigste, nur völlig unzureichendes übrig bleibt. Bei der mangelhaften Ernährung ist es leicht erklärlich, wenn gerade die schlechtestgestellten Arbeiter ihr Elend durch Alkohol zu betäuben suchen und ihre Körper den Krankheiten so wenig Widerstand zu leisten vermag. Erst wenn das Proletariat solche Lebensbedingungen erungen hat, die von der Wissenschaft als notwendig für die Erhaltung des Körpers erkannt sind, erst dann wird es in der Lage sein, für seine geistige Weiterbildung sorgen zu können.

Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag fand eine rege Diskussion statt.

Versammlungen.

Der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden hatte am Dienstag eine öffentliche Versammlung einberufen, in der zuerst Herr Friedrichs über: „Die bevorstehende Entscheidung über die Herabsetzung der Gaspreise“ sprach. Der Redner kritisierte in scharfer Weise das Verhalten des Magistrats in dieser Angelegenheit, bezeichnet dessen Verhalten als „nahezu eine Verhöhnung der Bürgerchaft“, weist dem gegenüber auf die zarte Rücksichtnahme hin, die man der englischen Gasgesellschaft entgegenbringt, und tritt für die Forderung des Einheitspreises von 10 Pf. ein. Die Versammlung beschließt dann folgende Resolution, die dem Oberbürgermeister, dem Magistrat und den Stadtverordneten vorgelegt werden soll: „Die Stadtverwaltung legt den Gasconsumenten eine Steuer auf, die über sechs Millionen Mark beträgt und hauptsächlich von den kleineren und mittleren Gewerbetreibenden aufgebracht wird. Die Versammlung fordert daher die Herabsetzung der Gaspreise auf 10 Pf. und erhebt Protest gegen jede höhere Preisnormierung. Insbesondere verwahrt sie sich gegen die beabsichtigte Erhöhung der gewerblichen Gaspreise, da dieses eine tief einschneidende Belastung des Handwerks und des gewerblichen Kleinbetriebs bedeutet und diese der Großindustrie gegenüber in verhältnismäßiger Weise schwächen wird.“ — Ebenso erhebt die Versammlung energischen Protest gegen eine etwaige langjährige Festlegung eines Gaspreises, der den Einheitspreis von 10 Pf. überschreitet.

Darauf spricht Herr Pöhl über: „Die immer drohender werdende Beseitigung des Zwischenhandels“. Der Redner wendet sich hauptsächlich gegen die Warenhäuser, nennt diese den ungeunden Zwischenhandel und spricht dann ausführlich gegen die durch eine Zeitungsnotiz bekannt gewordene Absicht mehrerer Fabrikanten verschiedener Branchen, in Berlin solide Warenhäuser anzulassen. Redner stellt darin eine große Gefahr für den Mittelstand, den er als die feste Säule unsres Staatswesens bezeichnet gegenüber dem Umsturz und dem internationalen Großkapital. Im Sinne des Vortrags beschließt die Versammlung: „Durch die Presse die Industrie auf die Gefahren hinzuweisen, die durch eine etwaige gänzliche Ausschaltung des Zwischenhandels heraufbeschworen werden, die nicht zum kleinsten Teil die Großindustrie selbst treffen würden, da auch diese ein großes Interesse an der Erhaltung eines gesunden Zwischenhandels hat.“ — Des weiteren führt Herr Pöhl aus, daß ihm im vorigen Jahre auf sein Ansuchen um Vorlegung des Etats der Stadtverwaltung die Einsicht in den ganzen Etat verweigert worden sei und ihm nur ein zwölf Druckseiten harter Auszug unterbreitet wurde. Darauf beschließt die Versammlung: „Den Magistrat aufzufordern, den diesjährigen Etat den Vorschriften der Städte-Ordnung entsprechend im ganzen Umfange zur öffentlichen Kenntnisnahme auszulegen.“

Die Trennung der Lederarbeiter-Organisation vom Buchbinder-Verband wurde am Dienstag durch Beschluß einer sehr stark besuchten Lederarbeiter-Versammlung ausgesprochen, die in Graumanns Saal in der Kaunthstraße tagte. Der Referent Weinschild, der bisher Vertrauensmann der Lederarbeiter im Buchbinder-Verband war, begründete die Notwendigkeit einer besonderen Lederarbeiter-Organisation, indem er ausführte: Von etwa 1500 in Berlin beschäftigten Lederarbeitern gehören nur 400 dem Buchbinder-Verband an, während die übrigen der Organisation fernstehen. Das habe seinen Grund darin, daß sich die Lederarbeiter im allgemeinen nicht als verwandte Branche der Buchbinder fühlen, hauptsächlich aber komme in Betracht, daß die jetzigen Beiträge im Buchbinder-Verband den Lederarbeitern zu hoch seien. Da die Gefahr nahe liege, daß das Interesse an der Organisation bei den Lederarbeitern immer mehr schwinde, und da ihre Forderungen hinsichtlich einer Aufbesserung der Lohnverhältnisse vom Buchbinder-Verband nicht mit der wünschenswerten Energie vertreten werden, so sei der Gedanke aufgetaucht, eine besondere Organisation der Berliner Lederarbeiter im Anschluß an die in Offenbach bereits bestehende Lederarbeiter-Organisation zu gründen. Die neue Organisation werde sich das Ziel setzen, bei niedrigen Beiträgen eine kraftvolle Vertretung der Interessen der Kollegen zu betreiben, ohne daß man sich dem Buchbinder-Verband feindlich gegenüber stelle. Hierauf sprach Weinschild vom Buchbinder-Verband. Er bemerkte, es sei bereits das dritte Mal, daß die Lederarbeiter den Versuch machen, eine Sonderorganisation zu schaffen. Sie seien früher trotz ihrer Sonderorganisation nicht weiter gekommen, sie wohl auch jetzt keinen Nutzen von der Neuorganisation haben. Es sei eine ichtige Ansicht, wenn man glaube, der Buchbinder-Verband habe die Interessen der Lederarbeiter vernachlässigt. Wenn es den Lederarbeitern in diesem Jahr ernst gewesen wäre mit einer Lohnbewegung, dann hätte der Verband auch hinter ihnen gestanden, und sie hätten etwas erreicht. — Mehrere Mitglieder des Buchbinder-Verbands sprachen in ähnlichem Sinne und vertreteten die Ansicht, daß die Lederarbeiter ihre Interessen am besten wahren, wenn sie beim Verband bleiben, während eine Zerstückelung der Kräfte die Widerstandsfähigkeit gegen das Unternehmertum lähmen müsse. Andre Redner traten für die Sonderorganisation ein. — Obgleich die Debatte monoton recht lebhaft war, wurde sie doch auf beiden Seiten durchaus sachlich geführt. Mit großer Mehrheit wurde schließlich eine Resolution angenommen, welche sagt: Die Versammlung ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, mit aller Energie für den Ausbau der neuen Organisation, den Centralverband der Lederarbeiter (Portefeuillier) Deutsch-

lands einzutreten. — Nach einer Pause gab der Vorsitzende bekannt, daß der neue Verband bereits 400 Mitglieder aufgenommen habe. — In den provisorischen Vorstand wählte man: Weinschild, Heintze, Förster, Hemming, Henckle, Schulz, Winge.

Die Marmorarbeiter hielten am Dienstag im „Englischen Garten“ eine öffentliche Versammlung ab, in der über den neuen, von der Kommission ausgearbeiteten Lohnarif beraten wurde. Gegenüber dem bisher gültigen wird in dem neuen Lohnarif eine Reduzierung der Arbeitszeit von 9 auf 8 1/2 Stunden und eine entsprechende Erhöhung der Stunden- und Accordlöhne vorgesehen, für Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagarbeit ist ein Lohnzuschlag festgesetzt und außerdem werden für die verschiedenen Arten der Arbeiten, insbesondere unter Berücksichtigung des zu verwendenden Materials, die Accordpreise genau geregelt. — Nach mehrstündiger, eingehender Beratung wurde dem hauptsächlichsten Teil des Tarifs mit einigen unwesentlichen Abänderungen von der Versammlung zugestimmt und die Beratung der noch verbleibenden Positionen bis zur nächsten Versammlung vertagt. Bis dahin sollen von den Arbeitern in den einzelnen Geschäften die Tarifverordnungen weiter gepflogen und auch das Sammelwesen für den Streikfonds geregelt werden. Auf das Schreiben der Kommission, in welchem die Unternehmer nach den Vorschriften des bisherigen Tarifs zu einer gemeinsamen Tarifverhandlung eingeladen werden, ist bisher noch keine Antwort eingegangen. Gingen sind in letzter Zeit, wie berichtet wurde, verschiedentlich Lohnreduzierungen versucht worden, anscheinend um die Arbeiter von einer Lohnbewegung abzuschrecken. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß der neue Tarif mit allen Mitteln, wenn notwendig durch die allgemeine Arbeitseinstellung, zur Einführung gelangen soll. Der Delegierte zur Gewerkschaftskommission gab bekannt, daß sich bereits am Donnerstag die Vertreter der zum Gewerbe gehörigen Organisationen mit der Lohnbewegung der Marmorarbeiter beschäftigen werden.

Ueber die Lohnbewegung der Barbier.

Herr Friß Deichsel schreibt uns: Ueber sehe ich mich (als Referent) genötigt, den von Ihnen in der Sonnabend-Nummer gebrachten Bericht dahin zu berichtigen, daß der Satz: „Auch jetzt hätten die „Freie Vereinigung“ und die „Alldeutsche Innung“ wieder ablehnend geantwortet“, nicht mit meinen Ausführungen sowie mit der Wirklichkeit übereinstimmt, sondern wie folgt lauten müßte: „Im letzten Sommer hielt in einer Monatsversammlung der „Freien Vereinigung“ der Vorsitzende derselben den Vortrag: „Die Preiserhöhung und die Möglichkeit der Durchführung einer solchen“. Die Ausführungen gipfelten in dem Satz, daß, um eine Preiserhöhung durchzuführen zu können, in wesentlicher Weise die Mitarbeit der Gehilfen nötig sei. Um diese zu erhalten, sei es notwendig, mit diesen (den organisierten Gehilfen) in Verbindung zu treten und deren Lohnforderungen festzustellen. Es wurde eine Kommission gewählt, welche bald darauf mit einer solchen der Gehilfen zusammentrat, auch mit dieser einen Tarif festlegte. Hierauf kam die Kommission der „Freien Vereinigung“ mit der Wollschlägerischen und der „Alldeutschen Innung“ zusammen, um deren Meinung über eine Preiserhöhung und die gleichzeitige Lohnreduzierung zu hören. Leider muß ich nun sagen, daß man in diesen Sitzungen über die von dem Sozialrat, Herrn Dr. Granier geforderten sanitären Schutzvorrichtungen in unsem Gewerbe nicht hinaus kam. Ferner bekam ich den Eindruck, daß die Herren sehr gern bessere Preise nahmen, aber von einer gleichzeitigen Lohnaufbesserung nichts wissen, sondern mit diesen so lange warten wollen, bis sie sehen, welcher Vorteil für sie dabei herauspringt.“

Die an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter hielten am 22. d. M. in der Königsbahn eine außerordentliche Generalversammlung ab. Nach dem Bericht der Kontrollkommission wurden in dieselbe gewählt: für Norden: Kluschemski; für Osten: Hempel und Leutner; für Süd-Ost: Gädels; für Süd-West: Schadow; für Moabit: Kawratski; für Weisensee: Alfred J. von Obmann der Kommission wurde Goldzinski, zum Gewerkschafts-Delegierten Jael gewählt. Die Kollegen von den Firmen Hillebeck u. Kroll sowie Dahinter wurden als gemahregelt anerkannt. Zu Ehren des verstorbenen Kollegen Eduard Stein erhoben sich die Mitglieder von ihren Plätzen.

Der Verein der Bananschlager hielt am Montag eine außerordentliche Generalversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Die 21er-Kommission erstattete Bericht über ihre Tätigkeit in den Monaten Dezember und Januar. Eine längere Debatte rief nur die verhängte Sperre über die Firma R. Franke, Admiralstr. 18 d. hervor. Beschlossen wurde, die Sperre über diese Firma sowie über die Firma Düsterbeck, Weberstr. 6, unter allen Umständen so lange aufrecht zu erhalten, bis obige Firmen mit unster Kommission verhandelt, eventuell den Tarif voll und ganz bewilligt haben. Sodann wurde die Neuwahl der 21er-Kommission vollzogen. Unter Vorsitzendem wurde beschloffen, von jetzt ab sich neu meldende Kollegen ohne jede Nachzahlung als Mitglieder aufzunehmen.

Werber a. S. Eine außerordentlich gut besuchte öffentliche Versammlung, die hier am Sonntag stattfand, beschäftigte sich mit der Mahregelung des Fabrics Helm von den Vereinigten Werberischen Vereinen. Nach einem Referat des Branerei-Arbeiters Schüller aus Berlin nahm die Versammlung eine Resolution an, in der das Verhalten des Herrn Direktors Lamm er scharf verurteilt und die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Mahregelung rückgängig gemacht werde.

Verein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend. Bericht des Gen. Richtke über: „Der Wert der Abstinenz auf wirtschaftlichem Gebiet.“

Öffentliche Versammlung der Schlächtergesellen am Donnerstag, den 31. Januar, abends 9 Uhr, in Gohnd's Restoran, Beuthstraße 19/20. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Die Ausbesserung der Eisenberger Kollegen und die Stellungnahme der Allgemeinen Fleischereijung. 3. Berufsanlagenheiten. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Marktpreise von Berlin am 29. Januar 1901
nach Ermittlungen des (gl. Polizeipräsidiums.

Ware	15.31	15.34	6—	5—
*) Weizen, gut	15,31	15,34	Artischofen, neue, D-Gtr.	1,00
" mittel	15,33	15,32	" Rindfleisch, Rente 1 kg	1,20
" gering	15,31	15,30	" do. Band	1,30
*) Roggen, gut	14,20	14,18	" Schweinefleisch	1,60
" mittel	14,16	14,14	" Rindfleisch	1,80
" gering	14,12	14,10	" Hammelfleisch	1,80
*) Gerst, gut	15,40	14,70	" Butter	2,00
" mittel	14,60	13,90	" Eier 40 Stkts	5,50
" gering	13,80	13,10	" Karpfen 1 kg	2,20
*) Hafer, gut	15,50	15,20	" Kalb	2,80
" mittel	15,10	14,50	" Kanber	2,50
" gering	14,40	13,80	" Leichte	2,—
Nichtstroh	7,16	6,82	" Barische	1,80
Heu	7,90	6,30	" Schiene	3,—
Erbsen	40,—	26,—	" Bleie	1,40
Weißbohnen	45,—	25,—	" Kneble	12,—
Linien	70,—	30,—		

*) ab Bahn.
f) frei Wagen und ab Bahn.
Produktenmarkt vom 30. Januar. Getreide. Die Preissteigerungen, die sich gehen an den gestrigen amerikanischen und an den heutigen europäischen Märkten vollzogen haben, Adten auf den hiesigen Markt eine beschleunigende Wirkung aus. Der Weizen war indes wieder sehr still. Die Preissteigerungen für Weizen und Roggen lagen um 0,20 M. an. Hafer blieb unverändert. Rüböl lag um 20 Pf. weiter nach. — Der Soja-Spiritus notierte unverändert 44,20 M.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 30. Januar 1901. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 433 Rinder 1816 Rinder, 747 Schafe, 10 988 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (Beziehungswerte für 1 Pfund in Pf.): Dänen: a) vollfleischig, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00—00; b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 00—00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00—00; d) gering genährte jeden Alters 00—00. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 00—00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00—00; c) gering genährte 46—50. — Färsen und

Kühe: a) vollfleischige, ausgewählte Kühe höchsten Schlachtwerts 00-00; b) vollfleischige, ausgewählte Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 00-00; c) ältere ausgewählte Kühe und wenig gut entwickelte längere Kühe und Färsen 00-00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 44-48; e) gering genährte Kühe und Färsen 40-42. — **Lämmer:** a) feine Mastlämmer (Schmalmaße) und beste Sauglämmer 68-72; b) mittlere Mastlämmer und gute Sauglämmer 54-58; c) geringe Sauglämmer 48-50; d) ältere, gering genährte (Freier) 34-40. — **Schafe:** a) Mastschaf und lammere Wollschaf 58-61; b) ältere Mastschaf 48-54; c) mäßig genährte Mastschaf und Schafe (Wollschaf) 42-48; d) lammere Niederungsschafe (Lebendgewicht) 00-00. — **Schweine:** a) vollfleischige der feinsten Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 220-250 Pfund schwer; b) schwere, 250 Pfund und darüber (Räfer) 00-00; c) fleischige 54-55; d) gering entwickelte 50-52; e) Sauen 51-53. Für 100 Pfund mit 20 Pct. Tara.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 31. Januar 1901.
 Teilweise heiter, vorherrschend wolkig mit Schneefällen und mäßigen westlichen Winden; Temperatur wenig verändert.
 Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.
W. 23. 100. Das Garde-Train-Bataillon liegt in Berlin.
Grüßel. Rein.
Wittende. Ich hole Sie ab. — **H. T. 1.** Die Gebühren stehen dem Betroffenen zu. Sie erben zu gleichem Anteil mit dem Bruder. — **H. P.** Geldstrafe oder Gefängnis. Es ist nach Ihrer Darstellung nicht anzunehmen, daß Sie überhaupt verurteilt würden. — **H. N. 69.** 1. Ja. 2. Der Niederschlag ist ausführlich zu lesen. — **H. W.** Ein Mädchen, das mindestens 200 Mark vor der Ehe geleistet hat, erhält die Hälfte des Betrages der Abemerkten zurück, wenn sie einen hierauf gerichteten Antrag innerhalb eines Jahres nach ihrer Verheiratung stellt. — **H. K. Rein.** das ist unzulässig. — **Böhmendorf.** Sie haben für Schulden Ihrer Tochter nur dann aufzukommen, wenn sie zum Unterhalt Ihrer Tochter nötig waren und Ihre Tochter dieses bedürftig war. Eine Veröffentlichung in einer Zeitung ist zwecklos. — **H. W.** Durch die Buchhandlung Vorwärts zu beziehen. — **Ernst Schmidt.** Ja. Schriftliche Antwort erteilen wir nicht. — **H. B. 100.** Rochlau. 1. Solcher Antrag wäre zwecklos. 2. Leider nein. 3. Nein. 4. Nein. 5. Die allgemeine Gütergemeinschaft ist das Güterrechtssystem, das das Vermögen beider Ehegatten zu einem gemeinsamen macht.

— **H. J.** Der Betroffene könnte mit einer Ordnungsgeld bestraft werden. Die Invalidenrente richtet sich unter anderem in ihrer Höhe nach der Höhe der Lebensmarken: es tritt daher für den Betroffenen ein Nachteil ein, wenn zu niedrige Marken geleistet sind. — **G. N. 1855.** Ihr Vertrag ist bis zum Oktober in Kraft. Sie können, falls das Haus nicht subhastriert wird oder der Vertrag eine entgegenstehende Vorschrift enthält, nicht zum früheren Anzeig gezwungen werden. Der freiwillige Verkauf ändert an den Rechten und Pflichten des Mieters nichts. — **H. B.** Besten Dank und Gruß. — **G. N. 34.** Die Klage hätte keine Aussicht auf Erfolg. — **H. S. 19.** 1. Ja. 2. Die Höhe des Verdienstes ist gleich. Sie können bei dem Magistrat, Abteilung für Invaliditätsversicherung, Klosterstr. 55) Befreiung von der Rückpflicht beantragen. — **H. W. 000.** Sie müssen innerhalb eines Monats Berufungslage beim Amtsgericht erheben. Ihnen steht ein Anspruch auf Entschädigung für 14 Tage zu. — **H. 1000.** 1. u. 3. Ja. 2. u. 4. 6. 203. — **H. K. 57.** Sie können von Ihrem Vornamen die Abstellung des Nachnamens verlangen. — **1000.** Die Kündigungsfrist für einen Ehevertragsvertrag, Ehevertragsvertrag usw. ist so, daß spätestens am 1. zum Essen, nicht aber umgekehrt am 1. zum 15. zu kündigen ist. — **Christinestraße.** Die Rentenanzahl genügt. Es sind nur 200 Mark erforderlich. — **H. W. 907.** Dazu sind Sie verpflichtet. — **H. P. 307.** Ja. — **H. S.** Wohnsitznahme wegen Alimentenforderungen für uneheliche Kinder ist zulässig. Jedoch muß dem Vater so viel gelassen werden, als dieser zur Befreiung seines notwendigen Unterhalts und zur Erfüllung der ihm gegen seine geschiedene Ehefrau, seine Frau und seine ehelichen Verwandten obliegenden Unterhaltspflicht bedarf.

Briefkasten der Expedition.

Nr. 15 des „Vorwärts“ vom 18. Januar d. J. ist vergriffen

Witterungsübersicht vom 30. Januar 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. u. d. p. C. u. F. H.	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. u. d. p. C. u. F. H.
Erwinende	740.5	4	Schnee	-	2	Daparauda	741.0	4	bedeckt	-	4
Danzburg	739.5	6	bedeckt	0	0	Petersburg	741.0	1	Schnee	-	7
Berlin	743.0	4	wolkig	-	3	Sort	754.0	5	h. bed.	-	2
Frankf./M.	—	—	—	—	—	Aberdeen	745.0	4	wolkig	0	0
München	—	—	—	—	—	Naris	752.5	2	wolkig	0	0
Wien	751.5	2	wolkig	-	2						

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 31. Januar.
Opernhaus. Die Waisenerin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Torquato Tasso. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschloffen.
Deutsches. Cyrano von Bergerac. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Johannistag. Anfang 7 1/2 Uhr.
Preussischer. Heberaufre Kraft. (1. Teil). Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Liebesprobe. Hierauf: Die Gond. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Hoffmanns Erzählungen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Bunter Theater: Heberdrell. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schiller. Freiwild. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Der Damenschneider. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weisk. Zwei Waisen. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Fritz Pütz. Anf. 8 Uhr.
Belle Alliance. Die königliche Heirat. Vorher: Städtische Hüttenwachen. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Das Bösen Ernteten. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Die zwölf unverwundbaren Hälften. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Urania. Tondienst. 18/19. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: „Mittelmeerfahrten“.
Im H. S. J. a. l. Dr. Kass. Chemie der Kühe.
Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater).
Donnerstag abends 8 Uhr: Freiwild.
 Schauspiel in 3 Akten von R. Schiller.
Freitag abends 8 Uhr: Ephraims Breite.
 Sonnabend abends 8 Uhr: Der Herr Senator.
 Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das Glück im Winkel.
 Sonntag abends 8 Uhr: Die Welt, in der man sich langweilt.

Central-Theater.

Zum 558. Male:
Die Geisha.
 Operette in 3 Akten von S. Jones.
 Mimosa: Mia Werber.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen u. folgende Tage: Die Geisha.
 Sonntag nachm. 3 Uhr zu halb. Preisen:
Die Schöne von New York.
 Puccini-Operette in 3 Akten von Benno Jacobson. Musik von Gustav Kerfer.

Thalia-Theater

Dresdenstr. 72.
 Heute und folgende Tage:
Amor von heute.
 Gr. Ausstattungsgosse m. Gef. u. Tanz.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.

Braunstraße 16.
Die Grille.
 Bändliches Charakterbild in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
 Nach der Vorführung:
Tanzkränzchen.
 Freitag:
Die Grille.

URANIA

Faubenstr. 48/49.
 Im Theater
 Donnerstagabend 8 Uhr:
Mittelmeerfahrten.
 Im Hörsaal:
Dr. Nass: Chemie der Kühe.
 Nachm. 4 Uhr zu ermäßig. Preisen:
Mittelmeerfahrten.
 Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
 Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 105.
 Nur noch kurze Zeit:
Die wilden Weiber aus Dahomey.
 Der sensationelle „Germanensaal“ mit plastisch. Gruppen-argermanischer und alt-deutscher Trinker.
 Zur Zweihundertjahr-Feier:
 Die preussischen Könige im Fürstensaal.
 Die Herrscher Europas, Generäle, Minister etc. etc.

Passage-Theater

Unter den Linden 22.
D-Vorstellung
 Anfang: Sonntag 12 Uhr
 Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr
 Neu! Familie Neu!
Tscherpanoff.
 Russische Sänger- u. Tänzer-Gesellschaft.
Circoes. — Ravizetta d'Aragon und erstklassige
17 Spezialitäten
 Eintritt einschließlich Panoptikum 50 Pf.

Metropol-Theater.

Schrenkstr. 55/57.
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Eine tolle Nacht.
 Berliner Ausstattungsgosse.
Die American-Zuaven
 und das Januar-Spezialitäten-Programm.
 Anfang 1/8 Uhr.
 der „Tollen Nacht“ 1/8 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.
 Von Montag, den 4. bis Donnerstag, den 14. Februar cr.:
 Zehnmaliges Gastsp. der
Mad. Yvette Guilbert

Cirkus Busch

Donnerstag, den 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Gala-Abend.
 Zum 64. Male:
Die eiserne Maske.
 Gr. historisches Manège: Schauspiel in 4 Akten und 3 Hauptrollen. Original-Pantomime des Cirkus Busch. — Besonders hervorzuheben: Die Eroberung Strassburgs mit dem Illuminiert. Münster. Wunderbau: Gr. amerik. Konkurrenz-Wettlauf über 10 Pferde u. 2 Elefanten. Prl. Martha Mohrke als „Weiße Dame“ Vortreffliche Programm: Nummern. Sonntag, 3. Februar, nachmittags 4 Uhr: „Berliner Landpartien“, wozu jeder Erwachsene auf allen Sitzplätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte. — Abends 7 1/2 Uhr: Die eiserne Maske.

Kellers Festsäle, Koppenstr. 29.

Sonntag, den 3. Februar, mittags 12 Uhr:
Oratorium „Gutenberg“ von C. Loewe (zum erstenmal.)
 Mitwirkende: Oratorien-Verein (150 Mitglieder), Berliner Tonkünstler-Orchester (60 Mitglieder). Solisten: Frau Wolff-Dreyer, die Herren Peretz, Curt, Funke und Engel.
 Dirigent: Carl Mengewein, königl. Musikdirektor.
 Eintritt 50 Pf. Billets im Bureau des Verolems der Buchdrucker, Ritterstr. 88 (10-2 u. 5-7) und Musikalienhandlung von Schellhauer, Rosenthalerstr. 63-64, sowie an der Kasse. 2309b

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Zwei Waisen.
 Schauspiel in 4 Akten von Scherberg.
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Sonnabend nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung, keine Preise:
Tausend und eine Nacht.

Passage-Panoptikum und Theater.

Neu! Die Neu!
12 unverbrennbaren Fakire
 Die Enttöpfung der Pariser Welt-Anstellung.
 Eintritt einschließlich Theater 50 Pf.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
 Donnerstag, den 31. Januar:
Benefiz für den Kapellmeister Alf. Sommerfeld.
 Neu! Zum erstenmal: Neu!
Bummelfreie.
 Große Feste mit Anfang in 3 Akten von H. Wille.
 Rohmann, Tischlermeister, Dir. Winkler.
 Gastspiel bedeutender Kunstspecialitäten.
 Nach der Vorführung:
Familien-Tanzkränzchen.
 Besucher der Feste haben Tanz frei.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

Sanssouci

Donnerstag, Sonntag und Montag:
Koffmanns Nordd. Sänger.
 Nach jeder Soliste:
Tanzkränzchen.
Lustige Vagabonden.

Reichshallen Stettiner Sänger.

Heute zum Schluss:
Cavalleria schuffiana.
 Freitag:
Excellenz kommt!

Max Kliems Festsäle

Hasenheide 13-15.
 Jeden Sonntag und Donnerstag:
Gr. humoristische Soiree d. Norddeutschen Sänger
 (Zimmermann, Steinhardt, Stangenberg).
 Anfang 7 Uhr. — In den alten Sälen von 4 Uhr ab: Ball.
 Empfehlung meine Säle, 1200, 1010 und 500 Personen fassend, Vereinen und Gesellschaften. (575L*)
Max Kliem.

Wo amüsiert man sich grossartig?

Hasenheide 21 und Jahnstr. 3 in Schnegeisbergs Festsälen. Inh.: Max Schneider. — Telefon: Amt I Va Nr. 8002. — **Heute: Grosser Ball.** als **Spezialität: Cigarren-** und **edlen Weichspeitzten-Regen** zu verbinden mit Schlangen- u. Bonbon-Regen u. diversen Überraschungen.
 Täglich: Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei.

Verband der Steinsetzer und Berufsgen. (Filiale Berlin I.)

Todes-Anzeige.
 Montag, den 28. Januar verstarb unser Mitglied, der Steinsetzer **Paul Pagel.**
 Ihre feinen Anwesen!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Charité aus statt.
Der Vorstand.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.
Täglich
 4 ausländische 4 Kapellen
 Gr. Theater-Vorstellung.

Breslauer Korn

a Str. 60 Pf., 80 Pf., 1,00 Pf.
 a Str. Jagd-Korn 1,50 Pf.

Paul Glatzel, Breslau X.

Getreide-Korn-Brennerei. 1425*
Marienburg. Geld-Lotterie
 Gesamt-Gewinne 365 000 Mk.
 Originallose à 3 Mark.
J. Rosenbergs
 Kommandantenstr. 51.
 Porto u. Liste 30 Pf. extra.

Möbelstoffe!!

auch diese alle Dualität selten billig!
 Gelegenheitskauf:
Mocquet-Plüsch 5,35 M.
 vier Meter (180 Centimeter breit).
 Muster bei näher. Angabe franco.
Emil Lefèvre, Berlin S., Cranienstr. 158.

Riesen-Stofflager

Das 3600*
Krausenstr. 14 I. Etage.
 fertigt nach Mass unter garantiertem Sitz:
 Hochlegante Winterpaletots für 35 M.
 Hochlegante Anzüge für 30 M.
 Hochfeine Bekleidungs für 10-12 M.
 Sozialistische Bücher und Zeitschriften, sowie andere Literatur laut Verhandlung Streifand, 8932*) Buchstr. 10, Hof. Tiergarten.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
 Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:
 Sonntag 5 Uhr. Spezialitäten. **J. H. Hatt.**
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Metropol-Theater.

Sonnabend, den 2. Februar 1901
Dritter grosser Metropol-Theater-Ball.
1000 Mark in bar
 als Schönheitspreis
 werden für die schönste eleganteste Toilette verabfolgt.
 Herrenkarten im Vorverkauf 7 Mark, an der Abendkasse 10 Mark. Damenkarten im Vorverkauf 5 Mark, an der Abendkasse 7 Mark. Logenbillets sind an der Kasse zu haben. Anfang 11 Uhr.

Todes-Anzeige.

Am 29. Januar, morgens 5 1/2 Uhr, entschlief sanft nach langer, schwerer Leiden meine innigst geliebte Frau und bergungstatter **Johanna Torckler** geb. Horn im 53. Lebensjahre. Am hiesigen Beerdigungsort (2373b) **August Torckler und Sohn.** Berlin, den 30. Januar 1901.
 Die Beerdigung findet Freitag, den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jerusalemer Kirchhofs (Brk) aus statt.
 Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der **Julius Renner,** am 28. Januar nach schwerem Leiden verstorben ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet am 31. Januar, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause, Strohmännstr. 21, nach dem Gärtnerskirchhof in Brk statt. 2374b

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Das Lokal Seders Festale, Kommandantenstraße 62, steht der Arbeiterkassette unter den bekannten Bedingungen zu Versammlungen zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

Lichtenberg. Am Donnerstag, den 31. Januar 1901, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee 120, eine außerordentliche Generalversammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins für Lichtenberg-Friedrichsberg statt.

Kommunales.

Städtische Fürsorge für Geisteskrante und Epileptische. In der Hauptanstalt der städtischen Irrenanstalt zu Dalldorf befanden sich am 31. Dezember 1222 geisteskrante Personen, 661 Männer und 571 Frauen.

Die Irrenanstalt zu Dalldorf verpflegte am 1. Dezember in ihrer Hauptanstalt 86 Kinder, 55 Knaben und 31 Mädchen; sie hatte ferner 57 Kinder in Privatpflege gegeben und zwar 42 Knaben und 15 Mädchen.

In der Hauptanstalt der städtischen Irrenanstalt „Herzberge“ zu Lichtenberg befanden sich an dem genannten Tage 1158 geisteskrante Personen, 674 Männer und 494 Frauen.

Die Gesamtzahl der der städtischen Fürsorge überwiesenen Geisteskranten und Irren bezifferte sich mithin am 31. Dezember auf 4408 Personen.

Die Anstalt für Epileptische „Wuhlgarten“ verpflegte am 31. Dezember in ihrer Hauptanstalt 1011 Epileptische, und zwar 566 Männer, 358 Frauen und 87 Kinder.

Lokales.

Das Vertrauen zum Berliner Gewerbegericht.

Das im allgemeinen durchaus berechtigt ist, erleidet zuweilen durch das Verhalten einzelner Kammervorsitzender arge Stöße. Wir erinnern nur an den Fall Dr. Leo. Von den rechtstehenden Arbeitern sehr unangenehm empfunden wird die absolut ungerichtsfertige Abweisung einiger Gewerberichter gegen Vertreter oder Rechtsbeistände aus der Gewerkschaft oder dem sonstigen Bekanntenkreise der tagenden Partei.

Die Wahl unfreier Parteigenossen Glöckel vor dem Bezirksauswahlgang.

Vom Bezirksauswahlgang ist am 20. d. M. der Beschluss der Stadtverordneten-Versammlung, die Wahl des Stadtverordneten Theodor Glöckel für gültig zu erklären, aufgehoben worden, weil, wie es in der Begründung heißt, „möglicherweise ein Versehen bei der Wahl vorgekommen ist“.

Das die Arbeiter zu den Innungs-Schiedsgerichten nur ein sehr geringes Vertrauen haben können.

Das die Arbeiter zu den Innungs-Schiedsgerichten nur ein sehr geringes Vertrauen haben können, mag folgender und von gewerkschaftlicher Seite mitgeteilte Fall lehren: Der Werkmeister S. verklagte den Obermeister der Gelbgießer-Innung, Herrn W., bei dem Innungs-Schiedsgericht auf Erfüllung der Verpflichtungen aus § 816 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Wahlen zum Innungs-Schiedsgericht vor dreiviertel Jahren selbst geleitet hat und mithin genau wußte, wer die rechtmäßigen Weisiger waren. Ebenso mußte deren Person auch dem Vorsitzenden des Innungs-Schiedsgerichts bekannt sein.

Der Tod hat unter den im öffentlichen Leben stehenden Personen wohl selten vorher in kurzer Zeit eine so reiche Ernte gehalten, wie in dem heute zu Ende gehenden ersten Monat des zwanzigsten Jahrhunderts. Es schien als wollte Hans Nord uns allen, die noch aus dem alten Jahrhundert ins neue hineinragten, einmal Generalmusterung halten, und da hat denn auch mancher, der sich dessen nicht versah, daran glauben müssen.

Auch unter unseren Parteigenossen hat der Tod in diesem Monat Auslese gehalten. In Briesen schied am 4. Januar der Kreis-Vertrauensmann Salomon aus dem Leben, ein braver, umsichtiger Organisator, dem die Socialdemokratie im Osten der Mark außerordentlich viel zu danken hat.

Die von der Stadtverordneten-Versammlung bewilligten zehn Millionen Mark sind gestern bei der Firma Koenen u. Co. eingezahlt worden und somit ist die Stadt Berlin von heute ab wenn nicht nominell, so doch tatsächlich Besitzerin der Siemens u. Halske'schen Straßenbahnlinien.

Zur Bürgermeisterwahl schreibt die „Berl. Ztg.“: Ob Stadtschreiber Neubrühl diesmal wieder für den Bürgermeisterposten kandidieren wird, ist, wie wir hören, noch sehr zweifelhaft; jedenfalls wird sich Herr Neubrühl nur dann bewerben, wenn seine Wahl gesichert ist.

Die städtische Gasanstalt am Stralauer Platz wird als erste der älteren Anstalten, die in den nächsten Jahren aufgegeben werden sollen, beseitigt werden. Sie hat, nachdem die Gasbereitung hier schon im März 1899 eingestellt worden war, nur noch als Gasbehälter-Anstalt gedient, deren Behälter von der in der Danzigerstraße gelegenen Anstalt aus gefüllt wurden.

Die Freilegung des Brandenburger Thors. Ein um die künstlerische Volkserziehung und die Hebung der künstlerischen Kultur eifrig bemühter Maler, Schulze-Kaumburg, schreibt zu dem Plan, das Brandenburger Thor „freizulegen“, im „Kunstwart“ das Folgende: „Die Menschheit will, so scheint es, nichts lernen. Obgleich bis heute alle Freilegepläne von Gebäuden, Thoren usw. mit Mißerfolg geendet haben, legt man weiter frei. Männer wie Camillo Sitte sind gekommen und haben mit schneidender Logik gezeigt, weshalb dieses Freilegen Mißerfolg haben muß.“

Wenn wird einmal die Menschheit so weit sein, daß sie aus ihren Erfahrungen an Ursache und Wirkung lernt?

Das Hundebureau des „Vereins Berliner Drochsenkutscher“ wird nach einem Beschluss der Generalversammlung, die in der Nacht zum Mittwoch stattfand, am 15. Februar aufgehoben. Das Polizeipräsidium hat auf eine Eingabe des Vereins über die geschaffene Rechtslage folgendes erwidert: „Es ist nicht Sache des Polizeipräsidiums, darüber zu entscheiden, ob ein von einem Jochführer in einer Drochse zurückgelassener und von dem Kutscher der Polizei eingelieferter Gegenstand eine Hundehunde im rechtlichen Sinne und ob demgemäß ein Anspruch auf gesetzlichen Findexlohn entsteht.“

Die Strafsache gegen den Kriminalkommissar Thiel soll nunmehr am 8. Februar vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt werden. Thiel wird sich wegen Verletzung und Verleitung zum Meineide, nicht aber wegen Begünstigung zu verantworten haben.

günstigen Gestaltung der Aussage des letzteren in Sachen der Freiba Wonda gefaßt haben soll. Die Verhandlung, die erst nach Erledigung mehrerer anderer Termine vor sich gehen wird, dürfte in verhältnismäßig kurzer Zeit abgefallen sein, da Thiel nur die Verleitung zum Meineide bestritt. Es werden nur sieben Zeugen zu vernehmen sein, nämlich der Kriminalhauptmann Stierstädter, die im Sternberg-Prozess aufgetretenen Zeuginnen Hausmann und Kallies, drei Schutzleute, bei denen der Angeklagte Grundigungen nach Vorstrafen usw. von Zeugen eingezogen und der Rechtsanwalt Ulrich, dem gegenüber der Angeklagte seiner Zeit ein Geständnis abgelegt haben soll. Den Vorsitz im Gerichtshof wird Landgericht-Direktor Voigt führen, der kürzlich die Leitung in dem Prozesse Platho-Andt gehabt hat, der Angeklagte wird vom Rechtsanwalt Leonhard Friedmann verteidigt, die Anklage vom Staatsanwalt Traut vertreten werden.

Von der Freien Vereinigung der Athleten- und Ring-sport Vereine Berlins und Umgegend erhalten wir folgende Zuschrift: Höchstlich Bezug nehmend auf den von Ihnen seiner Zeit gebrachten Bericht über den Skandal mit einem Athletenklub in Charlottenburg, bitten wir Sie, davon Notiz nehmen zu wollen, daß derartige Vorkommnisse in athletischen Sportkreisen aufs tiefste verabscheut werden. In dem wie hiermit unserer Enttäuschung über ein solches Nondictum Ausdruck verleihen, bitten wir Sie, in Ihrem wertvollen Blatte die Erklärung aufzunehmen, daß der wahre Sport dem Treiben dieser Klubs völlig fern steht; vielmehr hat es sich die unterzeichnete Freie Vereinigung u. a. zur Pflicht gemacht, solche Klubs, welche das Ansehen der Athletik stets aufs neue schädigen, nach Möglichkeit auszurotten. S. K.: Artur Bottrich, erster Schriftführer.

Wie man Kommerzienrat werden kann, hat nach der „Frankf. Zeitung“ aus Anlaß des diesjährigen Ordensfestes der in Magdeburg wohnende Fabrikant Wilhelm Maßbach erfahren. Am 5. Dezember vorigen Jahres ging ihm von Berlin aus die bescheidene Anfrage zu, ob er nicht die löbliche Absicht habe, Kommerzienrat zu werden. Herr R. hatte bald wieder sogleich Fassung gewonnen, daß er zunächst auf die Angelegenheit eingehen konnte. Allerdings beanspruchte er die Beförderung nicht für sich persönlich, trat vielmehr mit der Berliner Kommerzienrat-Fabrik für einen angehörigen Verwandten in geschäftliche Verbindung. Schon am Sonntag nach dem 5. Dezember war der Schreiber der ersten Anfrage, ein Herr S. aus Berlin, in Magdeburg, um die weiteren Schritte mit Herrn R. zu besprechen. Herr R. hatte danach für die Beförderung seines Verwandten zunächst 50000 Mark bei einem Rechtsanwalt G. in Berlin zu deponieren und dem Sekretär S. 5000 Mark für persönliche Wühewaltungen zu garantieren. Namen wurden vorläufig auf beiden Seiten nicht genannt, nur wurde Herrn R. bedeutet, daß die Seele der Kommerzienrat-Fabrik ein Offizier a. D. in Berlin sei. Dieser Herr habe im Ministerium einen Verwandten und mit dessen Hilfe bereits mehrere Kommerzienräte durchgedrückt. Mitte Dezember reiste Herr Maßbach nach Berlin und wurde nun auch bei dem Offizier a. D. eingeführt. Dieser sagte ihm, daß er augenblicklich noch ähnliche Anträge aus Köln, Breslau und Königsberg zu erledigen habe, daß Herr R. die Abfindungssumme (50000 M.) aber umgehend deponieren müsse, da sonst die Ernennung seines Verwandten bei dem „großen Schub“ am 18. Januar nicht mehr möglich sein würde. Im übrigen erhielt Herr Maßbach die feste Zusicherung, daß die deponierte Summe ohne jeglichen Abzug wieder zurückgezahlt würde, sofern sich im Ministerium irgend welche Schwierigkeiten in den Weg stellen würden. Das sei aber kaum zu befürchten. Einmal sei der Verwandte des Offiziers a. D. einflußreich und selbständig genug, die Sache zu erledigen, und dann würden bei der Regierung die Recherchen stets nur wenig ängstlich angestellt. Um weiteres Material in die Hände zu bekommen, setzte Herr R. von Magdeburg aus den Briefwechsel noch fort. Jetzt ist jedoch die Magdeburger Kriminalpolizei mit der Angelegenheit betraut. Im ganzen wurde die erste Anfrage an vier Herren in Magdeburg gerichtet. Man darf doch neugierig sein, ob etliche von den Kommerzienräten aus jüngster Zeit durch die Berliner Kommerzienrat-Wahl gegangen sind.

Das ist ja eine Geschichte ebenso interessant wie die des berühmten Begnadigungs-Wahls in Hannover, der gegen reichliche Verzählung sich anbeifig machte, in Berlin Begnadigungen zu erwirken, daß sogar der Staatsanwalt seiner Zeit in der Verhandlung bekannte, Pfahl sei ein Mann, der in Begnadigungs-sachen manchen Erfolg habe und deswegen selbst bei Reichsanwälten in hohem Rufe stehe; es müßte doch einmal beim C. u. L. a. b. i. n. e. t. i. des Kaisers angefragt werden, ob Pfahl dort wirklich Einfluß gehabt habe.

Die neue Polizeiverordnung zur Einschränkung des Straßenhandels dürfte bereits zum April in Kraft treten. Wie der Polizeipräsident v. Windheim einer Abordnung der Vereine, welche um mögliche Beschränkung des Straßenhandels petitionierten, gestern mitteilte, wird die Polizeiverordnung, nach welcher der Straßenhandel auch nach 9 Uhr abends gestattet ist, eine Abänderung erfahren. Das Feilbieten von Waren nach 9 Uhr soll für Händler unter 18 Jahren und solche, die den Handel nicht selbständig, sondern im Auftrage einer größeren Firma betreiben, völlig unterlag werden. Im übrigen wird der Straßenhandel nach Eintritt des Reumehr-schlusses nur insoweit gestattet bleiben, als die Händler ihren Waren-vorrat bei sich tragen. Die Benutzung von Wogen, Karren u. soll nach 9 Uhr verboten sein.

Die Errichtung von Verkaufsstellen für solche Branchen, die unter der Konkurrenz der Warenhäuser am meisten zu leiden haben, ist, wie die „Berl. Ztg.“ meldet, in Berlin in Aussicht genommen. Den Anfang machen die Fabrikanten von Holz- und Galanterie-Artikeln, die sich zusammen geschlossen haben und demnächst gemeinsame Verkaufsstellen einrichten. Die beabsichtigte Ausschaltung des Zwischenhandels hat nun in den Händlerkreisen lebhafteste Erregung hervorgerufen, die auch in der letzten Delegiertenversammlung des Bundes der Handel- und Gewerbetreibenden zum Ausdruck kam. Man beschloß, geeignete Schritte zur Bekämpfung des erwähnten Projekts zu thun. In letzter Linie ist ein allgemeiner Boykott der Fabrikanten, die sich an solchen Verkaufsstellen beteiligen, geplant.

Großes Aufsehen erregt im Südoften der Stadt das Verschwinden des Staatsmeisters Reich aus der Adalbertstr. 73. Das Verschwinden dieses Herrn galt als akromommiert und stand bei Handwerkern und Kaufleuten in gutem Ruf. Als Reich vor etwa acht Tagen von Berlin fortging, erregte dies kaum besonderes Aufsehen; allmählich stellte sich jedoch heraus, daß der Verschwindende nicht allein viele Schulden gemacht, sondern auch falsche Wechsel in Umlauf gesetzt hatte. Nicht schlimm sind die Arbeiter daran, von denen der jüngste bereits 17 Jahre im Geschäft thätig ist. Sie haben am letzten Jahrlage keinen Lohn erhalten. Ferner hat sich herausgestellt, daß seit längerer Zeit die Versicherungsbeiträge von Herrn Reich nicht abgeführt worden waren.

1500 Arbeiter sollten zur Beseitigung der Schneemassen von der Verkehrsverwaltung der Großen Berliner Straßenbahn gesteuert eingestellt werden. Auch die städtische Straßenreinigung hat eine beträchtliche Zahl Arbeitslocher eingestellt. — Unter dem plötzlichen Schneewetter hat der Fuhrverkehr empfindlich zu leiden. Schon Dienstagabend, als Frost einsetzte, wurde der Wagenverkehr recht erschwert, umso mehr, als die Pferde ohne Stollen waren, so daß sie zuletzt kaum noch vorwärts kommen konnten. Einzelne Pferde-

Bahnwagen standen still, und es mußten von den nächstliegenden Depots Hilfsperde geschickt werden, um Vorspann zu leisten. Im Laufe des heutigen Vormittags wurde der Veredebahn-Betrieb durch Vorspann aufrecht erhalten. Nach einem Erlaß des Polizeipräsidenten achteten die Polizeibeamten scharf darauf, daß die Last- und Arbeitswagen nicht überladen und die Pferde nicht zu sehr angestrengt wurden. Wann wird die Zeit kommen, daß auch den überangestregten Kutschern ein gleicher Schutz zu teil wird!

Das alte fagenumwobene „Spulhaus“, Potsdamerstr. 90, wird jetzt endlich abgebrochen. Gestern ist der Bauzain gegossen worden, nachdem der einzige Inhaber, der im Erdgeschloß wohnende Gärtner kurz zuvor ausgezogen war. Ueber zwölf Jahre lang hat das Haus, wie man sagt, wegen Erbstreitigkeiten sonst leer gestanden und es war nach und nach in solchen Verfall geraten, daß es einen ruinösen Eindruck machte. Die Besitzerin des „Spulhauses“ hat noch zwei schöne moderne Häuser in der Wilsonstraße, eins in der Kurfürstenstraße und eins in Friedenau, die sämtlich ebenfalls leer stehen.

Ein Einbrecherkleeblatt machte im Jahre 1899 die Städte Magdeburg, Braunschweig und Hannover mit ihren Umgebungen so unsicher, daß es zeitweilig zu einer wahren Landplage wurde. Es gelang schließlich, zwei Mitglieder der Bande, die Einbrecher Franz Fuchs, auch Breitweg und Schneemann genannt, und Georg Hoppe zu ergreifen und hinter Schloß und Riegel zu bringen. Während sie schon im Justizhause saßen, mußte der Dritte im Bunde, Rinaldino oder der Räuberhauptmann genannt, sich noch geraume Zeit allen Nachforschungen zu entziehen, indem er sich vorwiegend auf dem platten Lande aufhielt. Jetzt hat man auch ihn gefaßt. Der Räuberhauptmann wurde allmählich wieder etwas dreister und lehrte endlich nach Berlin zurück, wo er mit seinen Spiegelgesellen auf die Raubzüge durch die Provinz ausgezogen war. Hier hatte ihn aber die Kriminalpolizei noch nicht vergessen. Bald nach seinem Eintreffen nahm sie ihn fest und brachte ihn in Untersuchungshaft nach Moabit.

Wangelhafte Beleuchtung der Treppe hat vorgestern Abend in dem Hause Graunstr. 31 einen schweren Unfall herbeigeführt. Der 35 Jahre alte Postkassier Ernst Adomat, der im dritten Stock des Seitenflügels wohnt, trat auf der steinernen Wendeltreppe zum ersten Stock fehl, stürzte rücklings in den Fluß hinab und zog sich schwere Kopfverletzungen mit Gehirnerschütterung, Rippenbrüche und innere Verletzungen zu. Der Verunglückte wurde mit einem Lächchen Rettungswagen nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht, wo er sehr schwer daniederliegt.

Feuerbericht. Eine Mispulverexplosion, bei der drei Personen verletzt wurden, erfolgte Dienstagabend Wilhelmstr. 40. Hier wohnt im dritten Stock des Quergebäudes der Kaufmann Hehlgenstedt, der sich aus Liebhaberei auch mit der Schnellphotographie beschäftigt, wozu er Mispulver gebraucht. Als nun seine Frau in der Küche mit jenem Pulver hantierte und dabei dem Lichte zu nahe kam, erfolgte eine heftige Detonation und Stichflammen schlugen aus dem Fenster. In großer Verwirrung eilten Hausbewohner die Treppe hinauf, wo ihnen Frau F. lächerlich bremend entgegengeflücht kam. Man drückte sie zu Boden und ersüdete die Flammen durch Kleidungsstücke und Decken. Die Bedauernswerte hatte jedoch schon so schwere Brandwunden davongetragen, daß eine Gefahr für ihr Leben nicht ausgeschlossen ist. Weil besser kamen ihre Tochter und das Dienstmädchen weg, die beim Eintritt der Explosion in der Küche saßen. Sie wurden zwar gegen die Wand gedrückt, trugen aber nur leichte Brandwunden im Gesicht und an den Händen davon. Das durch die Explosion entstandene Feuer konnte schnell gelöscht werden. — Fast gleichzeitig wurde die Wehr nach der Wollstraße gerufen, wo im Kesselraum des Verheimschen Kaufhauses ein kleiner Brand ausgebrochen war. Im übrigen haben wir Eintritt der gelinden Witterung auch die zahlreichen Klammierungen, wie sie die strenge Kälte im Gefolge hatte, aufgehört. Nur vereinzelt wurde die Wehr in den beiden letzten Tagen in Anspruch genommen. Wiltonstr. 33 braunten Weiten, Kopenstr. 92 Deflorationen und Stephanstr. 26 Fußboden und Dakenlage.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Der nunmehr vom Magistrat für das Jahr 1901 aufgestellte Armen-Etat zeigt eine verhältnismäßig hohe Zunahme der erforderlichen Ausgaben. So sind an Unterstützungen und Pflegegeldern für Personen, welche sich in der Fürsorge des hiesigen Ortsarmen-Vereins befinden, 100 000 M. oder 10 000 M. mehr als im vergangenen Jahre ausgeworfen. Die Mehrleistung für das Kreis-Krankenhaus Groß-Lichterfelde steigt sich von 48 767 M. auf 53 200 M. Die Versorgung der Armen, Blinden, Blinden u. stellt sich auf 13 800 M. An Armen- und Krankenpflegerlohn sind in Anschlag gebracht: 25 000 M. Die Gesamteinnahmen stellen sich auf 61 000 M., demgegenüber stehen Ausgaben von 236 300 M., was einem Fehlbetrag von 175 300 M. oder dem Vorjahre gegenüber eine Erhöhung von rund 30 000 M. gleichkommt. Recht ungenügend scheinen bei der Festsetzung des Etats immerhin noch die Ferienkolonnen bedacht zu sein, wenn man in Betracht zieht, daß für diese Zwecke die Summe von 7318 M. genügen soll.

Die Frage der Errichtung eines Schöneberger Volks-Theaters ist insofern in ein neues Stadium getreten, als die in dieser Angelegenheit eingesetzte Kommission der Stadtverordneten-Versammlung beschlossen hat, den Winterfeldt-Platz, auf dem sich das Theater erheben sollte, für diesen Zweck unter keinen Umständen herzugeben. Die Kommission hielt sich hierbei die projektierte Verbauung des alten Botanischen Gartens vor Augen, um dessen Erhaltung sich auch die Schöneberger Bürgererschaft eifrig bemüht, während der Winterfeldt-Platz um die Hälfte verkleinert werden soll.

Rixdorf. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben folgende Interpellation an den Magistrat gerichtet:

Was gedenkt der Magistrat dagegen zu thun, wenn ein einzelnes Mitglied der Krankenhaus-Deputation — wie im letztvergangenen Falle Veltz — ohne den Krankenhausarzt oder den Magistrat oder die zuständige Deputation zu benachrichtigen, eigenmächtig die von Magistrat und Deputation beschlossenen Rahmungen für die Kranken zu Ungunsten der Letzteren vermindert?

Zur Begründung der Interpellation teilen die Unterzeichneten mit, daß bereits in der Deputation für die Pflege-Anstalten ein Antrag eingereicht wurde, dem Magistrat über dieses Vorgehen des Herrn Veltz Bescheid einzulegen, daß man aber diesen Antrag aus dem Grunde mit 4 gegen 4 Stimmen ablehnte, weil Herr Veltz selbst gegen den Antrag stimmte und Herr Stadtrat Granier als Vorsitzender nichts gegen eine derartige Abstimmung einzuwenden hatte.

Herr Veltz ist ein berühmter Sozialistenführer, und derselbe Mann, der jenes bekannte Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts veranlaßt hat, durch welches den Wählern der dritten Abteilung ihr geringes Recht noch erheblich verkürzt worden ist.

Den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung, durch den die Wahl des mit 6 Stimmen für gewählt erklärten Steinheimers Widel für gültig erklärt worden ist, hat der Protestheber, Genosse Schriftführer Max Vohl, durch Klage im Verwaltungs-Streitverfahren angefochten. Mit der Durchführung des Prozesses ist Rechtsanwalt Wolfgang Heine betraut worden. Vohl meint, Widel hätte schon deshalb nicht für gewählt erklärt werden dürfen, weil er nicht die „meisten Stimmen“ habe. Die Klage geht hierbei nämlich davon aus, daß bei der Feststellung der erforderlichen absoluten Majorität die für ungültig erklärten 109 Stimmen des Sozialdemokraten Schneider und die ebenfalls für ungültig erklärten 102 Stimmen des Sozialdemokraten Kuhlmeier (des während der Wahl schnell aufgestellten zweiten Arbeiterkandidaten) hätten als Stimmen berücksichtigt werden müssen. Auf keinen Fall sei Widel mit seinen 6 Stimmen der Gewählte gewesen. Eventuell hätte eine Neuwahl angeordnet werden müssen. Auch die vom Wahlvorstande verworfene Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts, wonach nur der Allein-Eigentümer eines

Hauses im Sinne der Städte-Ordnung Hausbesitzer sei, wird von Vohl als verfehlt angegriffen.

Aus Rixdorf. Bei dem Ueberfall des Zimmermanns Bräsch, über den wir berichteten, handelt es sich um einen Raubanfall, dem nachdem die Thäter den B. niedergestochen hatten, plünderten sie ihm seine Taschen aus. Bräsch liegt so schwer krank darnieder, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Glücklicherweise ist es der Kriminalpolizei gelungen, die drei Thäter zu ermitteln und sämtlich hinter Schloß und Riegel zu bringen. Es sind dies drei vielfach vorbestrafte Personen Namens Schauer, Riegler und Schostag, letzterer aus Berlin. Alle drei sind dem hiesigen Amtsgericht überwiesen worden.

Die Wohnungsnot von Weißensee vor der Gemeindevertretung. Der neulich mitgeteilte Antrag unserer Genossen in der Gemeindevertretung führte in der gestrigen Sitzung zu einer äußerst umfangreichen Debatte. Begründet wurde der Antrag von G. W. Gerstendörfer (Soc.). Der vor Monaten noch gezeichnete Rosslund Wime von niemand mehr hinwegdisputiert werden, die Mittelchen, zu denen die Gemeinde beim vorigen Wohnungswechsel betreffend die Unterbringung der Wohnungslosen gegrißen, seien unangebracht, unzulänglich und zu verwerfen. Statt dessen forderten wir zunächst:

Führung einer ausreichenden Wohnungsstatistik; Errichtung eines kommunalen Wohnungsamts; die sofortige Einsetzung einer Kommission, welche über die zur Abstellung des Wohnungsmangels notwendigen Schritte zu beraten und der Gemeindevertretung baldigt zur Beschlußfassung vorzulegen hat.

Weiter verlangen wir von der Gemeinde:

Die Erwerbung von möglichst umfangreichem Grundbesitz; auf diesen Terrain die Errichtung von Wohnhäusern mit kleineren Wohnungen aus Gemeindegeldern.

Ueber die Pflicht der Gemeinden, für die Unterkunft der Wohnungslosen Gemeindegeldern zu sorgen, könne man, ohne überhaupt den Willen der Gemeindevertretung, etwas zur Abstellung dieser Uebelstände zu thun, in Zweifel zu ziehen, nicht weiter ein Wort verlieren. Die Abstimmung werde beweisen, ob die aus Grundbesitz bestehende Mehrheit der Vertretung die Wege betreten will, die Pflichtgefühl und ernstem Willen zur Abhilfe gleichermaßen voraussetzen.

Die Debatte war äußerst interessant. Der Wohnungsmangel wurde von sämtlichen Rednern anerkannt, doch bezeichnete man die vorgeschlagenen Mittel zur Steuerung der Not als viel zu weitgehend. Unmöglich könne man die Gemeinde verpflichten, Grundstücks-Spekulation zu treiben oder gar selbst Häuser zu bauen. Hierin müsse zunächst das so nahe liegende leistungsfähige Berlin mit gutem Beispiel vorangehen. Gerade durch den Abzug der weniger bemittelten Bevölkerung nach den Vororten würden letztere ganz ungemein belastet und die Wohnungsnot künstlich erhöht.

G. W. Taubmann (Soc.) erwiderte, daß er die Gesetze verfolge, welche die Herren Hausbesitzer bei dem Gedanken befehle, für den Bau von Wohnhäusern durch die Gemeinde stimmen zu lassen. Nichtsdestoweniger würden die Antragsteller auf ihren Anträgen beharren. Selbstverständlich dürfe die Gemeinde keinen Wohnungswucher treiben, sondern es sei nur erforderlich, daß Zinsen und Amortisation für das aufgewendete Kapital gedeckt seien.

G. W. Barthel hält für ausreichend, wenn die Gemeinde das Armenhaus vergrößere, dort können im Notfalle solche Leute untergebracht werden. Die übrigen Redner waren im großen und ganzen mit den von dem Antragsteller aufgestellten nächsten Forderungen einverstanden.

Nachdem die Gemeindevorordneten Schilleck (Soc.) und Gerstendörfer (Soc.) gegen die Ansicht, diese Wohnungslosen im Armenhaus unterzubringen, protestiert hatten, wurde beschlossen: Die Einsetzung einer Kommission mit den in dem Entwürfe näher bezeichneten Befugnissen.

Diese Kommission übernimmt gleichzeitig die Führung der Wohnungsstatistik. Durch amtliche Bekanntmachungen in den hiesigen Zeitungen sind Wohnungsuchende und Vermieter im Bedarfsfalle zur Meldung bei dem Vorsitzenden dieser Kommission aufzufordern.

Alles andre wurde abgelehnt. Der Kommission gehört von unserer Seite der Genosse Gerstendörfer an. Als Vorsitzender wurde der Kaufmann Rathmann, Adolfs-Chaussee und Lohrtingerstraße-10, gewählt.

Einen eignen Wagen zum Wegschaffen verunglückter Tiere wird demnächst Charlottenburg erhalten. Er erhält seinen Platz im Hauptrevier der Feuerwehrrampe am Kästow. Die Feuerwehrrampe besorgt auch den Transport der verunglückten Tiere nach einem Schuppen, der auf ihrem Gelände steht, so daß sie in der kürzesten Zeit von der Straße wegkommen. In dem Schuppen kann das Tier, wenn der Besitzer es wünscht, sofort getötet werden. Wie notwendig ein solcher Wagen ist, zeigten am Dienstag zwei Unfälle. In dem einen blieb ein schwerverletztes Pferd vier, in dem andern 3/4 Stunden auf der Straße liegen, bis ein Kaddex im Wagen es abholte. Den Transport vom Schuppen etwa nach der Tierarzneischule will aber die Feuerwehrrampe nicht besorgen. Ein Teil des Uebelstands bleibt also noch bestehen.

Gerichts-Beilage.

Der Helios-Gründungs-Prozess geht nun langsam seinem Ende entgegen. Gestern wurde die Forderungsbekanntmachung zur Verlesung laut u. a. die protokollierte Aussage des inzwischen verstorbenen Junges Kaiser, welche in einigen Punkten den Angeklagten nicht günstig lautet. U. a. leitet darin die Behauptung wieder, daß, als der Zeuge in der Prozeßsache Helios contra Ledmann vor Gericht vernommen werden sollte, Dr. Haase auf ihn eingedrungen habe, daß er das Zeugnis verweigern sollte. Dr. Haase habe erklärt: Wenn Sie das morgen vor Gericht so darstellten, wie Sie es mir gegenüber getan, so machen Sie uns alle unglücklich, dann kommen wir nach Moabit. — Dr. Haase behauptete demgegenüber, daß Kaiser in seiner — übrigens nicht bestrittenen — Aussage die Thatfachen entstellte habe. Wenn es wahr gewesen wäre — wie Kaiser behauptete — daß bei drohender Zwangsvollstreckung mit Verweisung ein Vermögensstück der Gesellschaft zum Schein veräußert worden sei, so sei der Rat an Kaiser, in dessen eigenem Interesse sein Zeugnis zu verweigern, der einzig sachgemäße gewesen. Ihm sei die ganze Affäre verdammt, um welche es sich in dem betreffenden Prozesse handelte, nicht bekannt gewesen. Auf seinen Vorhalt bestätigte der ehemalige Buchhalter der Gesellschaft, Zeuge Klotz, die letztere Behauptung. Ferner bestätigte ein Zeuge die Behauptung des Angeklagten Haase, daß, bevor die Strafanzeige erstattet wurde, Kaiser ihm nahe gelegt habe, eine große Summe — 50 000 M. — zu zahlen und damit die Sache aus der Welt zu schaffen. Der Zeuge meinte, es sei ihm dies so vorgekommen, als ob man jemand die Pistole auf die Brust setzt. — Als letzte Zeugin wurde Fräulein Ernestine Loebe als Wön zu dem dem Angeklagten Heinide zur Last gelegten Betrugsfällen vernommen. Sie hat zweimal fünf Aktien der „Helios“ gekauft und dem Angeklagten Heinide anßerdem ein Darlehen von 1000 M. gegeben. In dem letzteren will sie durch die Behauptung des Angeklagten betrogen worden sein, daß er ein reicher Mann sei; die Aktien will sie gekauft haben, weil Heinide ihr glänzende Verdienste damit in Aussicht stellte. Heinide hatte sich dabei verpflichtet, einen etwaigen Anfall der letzten fünf Aktien an Jins und Jins-Gins zu beden. Die Zeugin hat die 1000 M. und das Geld für fünf Aktien von Heinide zurückgehalten, freilich erst lange nach dem festgesetzten Termin in Aktien, die immer erst gezahlt wurden, nachdem er verstarbt und etwa neunmal zur Vollziehung des Offenbarungseides vorgeladen worden war. Die Zeugin besitzt also jetzt noch fünf Aktien der Gesellschaft; sie bestätigte dem Angeklagten Heinide, daß sie überhaupt keine Strafanzeige gegen ihn erstattet habe, dies vielmehr von dritter Seite geschehen sei. — Die Verhandlung soll am Donnerstag zu Ende geführt werden.

Aus einem Detektivbureau. In unterantwortlichster Weise hatte sich der frühere Schutzmann Otto Lindmüller, welcher gestern der dritten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt

wurde, fallter eidesstattlicher Versicherungen bedient. Der Angeklagte wurde nach seiner Entlassung aus dem Arnte von einem Detektivbureau beschuldigt. Er hatte in dieser Eigenschaft Ermittlungen gegen eine Frau angestellt, deren Mann gegen sie die Scheidungsklage angestrengt hatte. Der Kläger versprach ihr eine besondere Belohnung, wenn es ihm gelänge, belastendes Material gegen dessen Ehefrau zu beschaffen. In fünf eidesstattlichen Versicherungen, die zu den Akten des Anwalts des Klägers genommen wurden, bezeugte der Angeklagte darauf, daß ihm von namhaft gemachten Personen Tatsachen mitgeteilt seien, welche keinen Zweifel darüber ließen, daß die beklagte Ehefrau die eheliche Treue nicht halte. Es wurden namentlich höhere Offiziere angeführt, mit denen die beklagte Ehefrau verkehren sollte. Die Scheidung kam nicht zu stande, da sich herausstellte, daß die beklagte völlig schuldlos sei und der Angeklagte Lindmüller sich den Inhalt der eidesstattlichen Versicherungen aus den Fingern gezogen hatte. Der Angeklagte entschuldigte sich mit seiner Kollage. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, der Gerichtshof erkannte auf sieben Monate Gefängnis, wovon 14 Tage durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden.

Mißglückte Polizeistation. Die Jahrestelle Calbe des Verbands der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen wollte am 24. März 1900 ein geschlossenes Vereinsvergügen abhalten, das aus Konzerte, Theateraufführungen und Ball bestehen sollte. Die Polizeiverwaltung verbot das Vergügen als ein öffentliches und verboterte seine Fortsetzung, als democh alle Vorbereitungen vom Vorstande getroffen wurden und sich zahlreiche Teilnehmer in dem gemieteten Saal einfanden. Und zwar wurden alle irgendwie verfügbaren Beamten zur Verhinderung des gefährlichen Festes aufgeboden. — Der erste Bevollmächtigte der Jahrestelle, Berginvalide Holste, erhielt demnächst eine Anklage, weil er eine öffentliche Festlichkeit ohne die hierfür erforderliche polizeiliche Erlaubnis veranstaltet habe. Die Anklagebehörde machte nach verstümmtem Muster vor allem geltend, alle Veranstaltungen der Jahrestelle wie des Verbands überhaupt seien öffentliche, weil der Verband mit öffentlichen Interessen. Schöffengericht und Landgericht sprachen jedoch den Beschuldigten frei. Das Landgericht führte die Gründe aus: Gleich dem Schöffengericht verneine die Staatsanwaltschaft, daß das Vergügen ein öffentliches gewesen sei. Der Vot der Jahrestelle habe die einzelnen Mitglieder aufgeführt und zur Teilnahme eingeladen. Jeder Teilnehmer habe 50 Pf. für ein Programm gezahlt, das zugleich als Legitimation beim Eintritt diene. Hiernach sei die Festlichkeit nur für Mitglieder der Jahrestelle geplant und auch nur von solchen und ihren Familienangehörigen besucht gewesen. Somit habe es sich um eine geschlossene Gesellschaft gehandelt und darum zu dem Vergügen einer polizeilichen Erlaubnis überhaupt nicht bedurft. Nicht zugestimmt werden könne der Ausführung der Staatsanwaltschaft, daß wegen der leichten Möglichkeit, Mitglied zu werden, hier nicht von einer „geschlossenen Gesellschaft“ die Rede sein könne. Diese Möglichkeit sei im vorliegenden Fall vielmehr ohne Bedeutung. Entscheidend sei, daß nur Mitglieder und ihre Angehörigen teilgenommen hätten, daß sich die Teilnahme am Fest nur auf einen begrenzten Kreis von Personen erstreckt habe und nicht jedem man zugelassen worden sei. Die Annahme von der Staatsanwaltschaft angelegte Revision wurde vom Kammergericht mit folgender Begründung verworfen: Der Angeklagte sei mit Recht freigesprochen worden. Der Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sei nach außen abgeschlossen durch die Zugehörigkeit seiner Mitglieder zu einem bestimmten Beruf und durch die Zahlung von Eintritts- und Beitragsgeldern. Und seine Mitglieder seien, wie die Aufführung der Zwecke im § 2 des Statuts ergebe, durch die Gemeinschaft der Ziele innerlich mit einander verbunden. Sie erwarben die Mitgliedschaft durch Aufnahme seitens des Vereinsbevollmächtigten. Es habe sich deshalb bei dem Vereinsvergügen um eine geschlossene Gesellschaft gehandelt, die eine Erlaubnis nicht bedürfte. Gegenüber diesem Tatbestand sei es unerheblich, daß der Verband und die Jahrestelle angedeutet auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken versuchten. — Bei der gegebenen Sachlage erweise es angemessen, auch die dem Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen der Staatskasse aufzuerlegen.

Ein Mordprozeß von so entsetzlichem Inhalt, wie er in der europäischn Kulturwelt nicht für möglich gehalten werden sollte, spielt sich seit Dienstag in Wien ab. Das Oidische Ehepaar dortselbst ist angeklagt, das eigne 13jährige Kind durch grausame Mißhandlungen getötet und den Leichnam dann stückweise im Rückenberge verbrannt zu haben. Das ist Zeitungsaustrieger, er führte seit Jahren mit seiner jetzigen Frau einen gemeinsamen Haushalt, berechnete sich jedoch erst mit ihr, als dem Verhältnis drei Kinder entsprossen waren. Eine Folge dieser Verheerung war die, daß das eine der drei Kinder, der am 24. April 1895 geborene Joseph, für welchen die Eltern bisher nicht zu sorgen hatten, da er, in der Findelanstalt geboren, auf Kosten der Stadt in Obhut gegeben worden war, den nunmehrigen Ehepartnern zur eigenen Obhut zurückgestellt wurde. Darauf sollen die Eltern an dem Knaben das grauame Verbrechen begangen haben. Der Angeklagte Ott sucht in der Verhandlung von seiner Frau alle Mitschuld abzuwälzen und nimmt für sich allein die Täterhaft in Anspruch. Er entschuldigt sich damit, daß er nervenschwach sei und während der epileptischen Anfälle, an denen er leide, nicht wisse, was er thue.

Vermischtes.

Unwetter und Hochwasser. Immer noch laufen neue Meldungen über Verwüstungen ein, die Sturm und Wasserfluten angerichtet haben. Die Ruhr liegt im oberen Lauf innerhalb 24 Stunden um 2 1/2 Meter, weitere Niederungen überschwemmend. Das Hochwasser kam so plötzlich, daß keinerlei Vorbereitungen getroffen werden konnten. Im unteren Lauf der Sieg ist alles überschwemmt. Zahlreiche Bewohner konnten nur das nackte Leben retten. Auch im gesamten Wesergebiet herrscht Hochwasser, die Schiffe suchen erneut schleunigst die Schutthäfen auf. Das Hochwasser der Weser ist inzwischen Montagabend gegen 8 Uhr zum Stehen gekommen. Der Eisgang ist nur noch gering. Die Straße Wänden-Gameln am rechten Weserufer ist überflutet, der Verkehr unterbrochen. Seit 1891 war der Wasserstand nicht so hoch. Aus dem ganzen Lande Baden kommen Nachrichten über große Schäden, die der Sturm, mit dem ein schweres Gewitter verbunden war, angerichtet hat. In Weiskheim trat für eine kurze Zeit Hochwasser ein. In Osterburken wurde die Spiel- und Turnhalle vollständig zerstört, desgleichen die darin befindlichen Turngerätschaften. — Aus dem Bodensee trafen die Dampfschiffe mit großen Verspätungen ein. Einige Kurse konnten überhaupt nicht ausgeführt werden, da das Anlanden unmöglich ist.

Die Rettungsdampfschiffe Cuxhaven der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 30. Januar von dem auf der Robbenplate gestrandeten deutschen Dampfer „Sommerfeld“, Kapitän Weisköfer, mit Stückgut von Hamburg nach Australien bestimmt, 12 Personen durch das Rettungsboot des zweiten Gildenschiefs gerettet.

In Kiel ist der Betrieb der elektrischen Straßenbahn eingestellt, der Fernverkehrslehrer infolge Reifens von Drähten beeinträchtigt. Die Kluge treffen mit erheblichen Verspätungen ein. Das Unwetter herrscht seit Mitternacht ununterbrochen. Der Bahndamm der Oldenburger Eisenbahnbrücke ist auf 30 Meter eingerissen, die Fahrt zwischen Neuschwanz und Beer aber nicht gehemmt. — Aus Kachen meldet man: Seit gestern nacht herrscht Schneesturm. Es sind bereits mannigfache Verkehrsstörungen beobachtet.

Aus dem König Albertwerk zu Lichtentanne wurden, wie aus Jülich gemeldet wird, durch das Ausströmen flüssiger Eisenmassen vier Arbeiter lebensgefährlich verbrannt.